



Parlamentssitzung vom 08.12.2025

Protokoll

19:00 – 22:50 Uhr

Vorsitz

Casimir von Arx (GLP), Parlamentspräsident

Parlamentsbüro

Christine Müller (Grüne), 1. Vizepräsidentin
Selin Lopez (FDP), 2. Vizepräsidentin
Brigitte Rohrbach (SP Frauen), Stimmenzählerin
Reto Zbinden (SVP), Stimmenzähler

Mitglieder des Parlaments

Franziska Adam (SP Frauen)
Christina Aebischer (Grüne)
Roland Akeret (GLP)
Dominic Amacher (FDP)
Géraldine Bösch (SP Frauen)
Corina Burren (parteilos, Sitz der SVP)
Bülent Celik (SP Männer)
Heidi Eberhard (FDP)
Toni Eder (Die Mitte)
Lukas Erni (Grüne)
Mayra Faccio (JUSO)
Sara Cristina Gasser (Junge Grüne)
Kathrin Gilgen (SVP)
Jutta Gubler (SP Frauen)
Janka Hamm (SP Frauen)
Andreas Hauser (GLP)
Laura Hoffman (Junge Grüne)

Mark Kobel (FDP)
Fabienne Marti (GLP)
Florian Moser (SVP)
David Müller (Grüne)
Matthias Müller (EVP)
Urs Mumenthaler (SP Männer)
Arlette Mürger (SP Frauen)
Klaus von Muralt (Grüne)
Sladjan Petrovic (Die Mitte)
Tatjana Rothenbühler (FDP)
Monika Röthlisberger (Grüne)
Sandra Röthlisberger (GLP)
Ronald Sonderegger (FDP)
Isabelle Steiner (SP Frauen)
Katja Streiff (EVP)
Roger Tanner (GLP)
Andrea Winzenried (SVP)

Gemeinderat

Tanja Bauer (SP), Gemeindepräsidentin
Hansueli Pestalozzi (Grüne), Vizegemeindepräsident
Thomas Marti (GLP), Gemeinderat
Christian Burren (SVP), Gemeinderat

Fachstelle Parlament

Chantal Fuchs

Protokoll

Ursula Wüst

Entschuldigt

Roland Hofer (SVP)
Hans-Peter Kohler (FDP), Gemeinderat

PAR 2025/107

Traktandenliste und Mitteilungen

- 1 Traktandenliste und Mitteilungen
- 2 V2529 Interpellation (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Wissens- und Technologietransfer am Standort Köniz", Beantwortung
- 3 Immobilienstrategie
- 4 Verwaltungs- und Direktionsreform Gemeinde Köniz - Schlussbericht
- 5 V2127 Motion (FDP) "Eine moderne Gemeinde braucht eine adäquate schlanke, effiziente und kostengünstige Verwaltungsstruktur", Abschreibung
- 6 V2522 Motion (SVP-Fraktion, FDP-Fraktion, EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Mehr Transparenz bei der Bezeichnung öffentlicher Leistungen der Gemeinde Köniz", Beantwortung
- 7 V2524 Postulat (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Bilingualer Unterricht an den Könizer Schulen"
- 8 Verschiedenes

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Guten Abend miteinander, ich begrüsse euch herzlich zur letzten Parlamentssitzung in diesem Jahr und in der Legislatur.

Wir haben heute ein besonderes Programm: Wir haben nur noch wenige Geschäfte und haben dann eine etwas ausgedehntere Varia-Diskussion.

Heute entschuldigt ist Roland Hofer, er ist krank. Tatjana Rothenbühler und Reto Zbinden kommen etwas später. Hans-Peter Kohler ist wegen einer wichtigen privaten Verpflichtung abwesend und wird durch Thomas Marti vertreten. Es sind 37 Parlamentsmitglieder anwesend, das Parlament ist beschlussfähig.

Gibt es Anmerkungen zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall.

Beschluss

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2025/108

V2529 Interpellation (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Wissens- und Technologietransfer am Standort Köniz"

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

VorstosstextAusgangslage

Bildung und Forschung sind zentrale Treiber für wirtschaftliche Entwicklung – insbesondere in einem rohstoffarmen Land wie der Schweiz. Der Kanton Bern verfügt über eine weitreichende Bildungs- und Forschungslandschaft. Die duale Berufsbildung erfolgt in den Lehrbetrieben und den über 20 Berufsfachschulen. In unmittelbarer Nähe zu Köniz befindet sich die Universität und das Universitätsspital sowie zwei Fachhochschulen an vier Standorten. Zudem ist im Kanton Bern eine ETH-Forschungsstelle, ein Standort des Switzerland Innovation Park und ein Standort der Haute Ecole Arc angesiedelt.

Die Gemeinde Köniz hat in ihrer Wirtschaftsstrategie 2024 Schwerpunkte bei wissensintensiven Branchen identifiziert wie Biotechnologie, Medizinaltechnik, Sicherheits- und Labortechnik sowie Umwelt- und Gebäudetechnik. Diese Branchen sind typischerweise nicht nur auf hochqualifizierte Fachkräfte angewiesen, sondern auch auf Ergebnisse aus Forschung und Entwicklung.

Für den Wirtschaftsstandort Köniz ist deshalb der Wissens- und Technologietransfer (WTT) wichtig, d.h. der Transfer von Wissen und Forschungsergebnissen aus den Bildungs- und Forschungsinstitutionen in die Gesellschaft, Kultur, Wirtschaft und Politik. Der WTT erfolgt schwergewichtig über zwei Wege:

1. Personengebundene Transfers, d.h. die Ausbildung von Fachkräften in Berufsschulen, Fachhochschulen und Hochschulen.
2. Transfers von Wissen und Forschungsergebnissen von Bildungs- und Forschungsinstitutionen in die Wirtschaft: wie z.B. Drittmittelforschung an Hochschulen, Kooperationen der Wirtschaft mit Forschung und Entwicklung, die Gründung von Spin-offs, Public Private Partnerships (PPP) zwischen öffentlichen und privaten Institutionen.

Das Umsetzungsprogramm zur neuen Regionalpolitik des Kantons Bern 2024–2027 identifiziert als Förderinhalte unter anderem die Förderung des WTT sowie die Qualifizierung regionaler Arbeitskräfte und Akteure.

Fragen

1. Wie wird die Nähe des Standorts Köniz zur Bildungs- und Forschungslandschaft im Raum Bern heute genutzt? Wie beurteilt der Gemeinderat die aktuelle Situation?
2. Welche formellen und informellen Netzwerke bestehen heute? Welche Netzwerke werden von der Gemeinde aktiv genutzt und welche bieten weiteres Potenzial?
3. Mit welchen Mitteln unterstützt die Könizer Standortförderung lokale Unternehmen bezüglich der Akquirierung von Fachkräften? Wo sieht der Gemeinderat weitere Unterstützungsmöglichkeiten?
4. Welche Kooperationen mit den Fachhochschulen und universitären Hochschulen gibt es? Besteht Zugang zu kantonalen Innovationsplattformen?

Eingereicht

18.08.2025

Unterschrieben von 8 Parlamentsmitgliedern

Fabienne Marti Locher, Toni Eder, Roger Tanner, Andreas Hauser, Katja Streiff, Roland Akeret, Sandra Röthlisberger, Matthias Müller

Antwort des Gemeinderates

1. Frage 1/Antwort

Vorbemerkung: Köniz ist nicht Teil des NRP-Perimeters, daher kann die Gemeinde nicht am Programm teilnehmen.

Durch die Anwesenheit von Bundesbetrieben und deren Forschungsanstalten auf Gemeindeboden (z.B. Agroscope, METAS) gibt es bereits einen direkten Austausch zwischen diesen Institutionen und der Gemeinde Köniz. Das Thema Bildung und Forschung wird z.Zt mehrheitlich in punktuellen Informationen und Gelegenheiten in der Standortpromotion eingebunden. Konkret findet das diesjährige Wirtschaftsapéro in den Räumlichkeiten der METAS statt, an dem sich diese auch vorstellen und auf Ihre Kompetenzen hinweisen werden.

Im Rahmen der neuen Wirtschaftsstrategie von Köniz soll die Innovationskraft in ausgewählten Branchen massgeblich zur Weiterentwicklung und Zukunftsfähigkeit der Gemeinde Köniz als Wirtschaftsstandort beitragen und dazu natürlich die Nähe zu den übrigen Bildungs- und Forschungsinstitutionen im Raum Bern verstärken. Vorerst setzt die Wirtschafts- und Standortförderung einen Fokus auf die Branchen rund um Medizin/Pharma/Medizinaltechnik. Dies ist auch begründet durch die lokale Konzentration an solchen Firmen vor Ort und deren Bedürfnis, Fachkräfte für morgen zu finden und zugleich Innovation voranzutreiben um für die Zukunft konkurrenzfähig zu bleiben. Weitere Schwerpunktthemen wie Sicherheits- und Labortechnik sowie Umwelt-/Gebäudetechnologie folgen gemäss der Analyse im Vorfeld der Wirtschaftsstrategie.

Eine weitere Bestrebung das Thema Bildung und Forschung intensiver anzusprechen ist die im Mai 2025 erstmals durchgeführte Könizer Industriennacht. Diese findet auch künftig einmal jährlich statt und wird von Unternehmen aus Köniz und den Partnern HIV Bern, dem KMU Köniz und dem Lehrstellennetz getragen und soll prinzipiell die Bildungslandschaft und das Stelleangebot aufzeigen sowie dem Fachkräftemangel entgegenwirken.

2. Frage 2/Antwort

Teilweise sind die Erklärungen bereits in der ersten Antwort gegeben. Zu den formellen Netzwerken gehört der eigens für die Industriennacht gegründete Förderverein mit den genannten Partnern.

Gleichzeitig werden regelmässig Gespräche mit dem Kanton geführt um Fragen rund um künftige Bildungsstandorte frühzeitig zu besprechen.

Ein dauerhafter Standort des kantonalen Gymnasiums besteht bereits mit dem Gymer Lerbermatte. Eine weitere Synergie und Kooperation innerhalb der Bildungslandschaft Bern besteht ebenso indem der Kanton einen zweiten Gymnasium-Standort im Liebefeld eröffnet hat, in welchem Schüler:innen aus umliegende Gymnasien unterrichtet werden, solange Renovationen an deren Heimstandorten stattfinden oder wenn Platzmangel besteht.

3. Frage 3/Antwort

Die Könizer Standortförderung und speziell die Wirtschaftsförderung kontaktiert direkt und proaktiv die Firmen vor Ort um deren Bedürfnisse und Standortfaktoren aufzunehmen und Optimierungen zu unterstützen. Zudem soll die Industriennacht und die Vernetzung von Akteuren zu den jeweiligen Themen helfen, gemeinsam Lösungen zu finden. Die Industriennacht ist eine erste und gute Initiative, das Thema 'Fachkräfte-Akquisition' in ein Rahmenprogramm einzubetten und systematisch und regelmässig anzusprechen. Für weitere Aktionen und Initiativen in diese Richtung fehlen momentan die finanziellen und personellen Ressourcen.

4. Frage 4/Antwort

Momentan gibt es keine direkten Kontakte und Kooperation mit Fachhochschulen und Universitäten oder Innovationsplattformen. Durch einige Partner der Industrienacht und den Kontakten zum Kantonalen Amt für Wirtschaft besteht indirekt ein Zugang und Möglichkeiten für einen im Interesse von Köniz liegenden Austausch.

Es wird künftig durch die Könizer Wirtschaftsförderung vermehrt auf bestehende Organisationen und Forschungsprogramm hingewiesen um die Firmen vor Ort zu sensibilisieren und zu animieren, teilzunehmen. Die Gemeinde Köniz verfügt über keine finanziellen Fördermittel für Innovation und verweist diesbezüglich auf die Kantonale Wirtschaftsförderung.

Köniz, 29.10.2025

Der Gemeinderat

Beilagen

Keine

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Bei diesem Geschäft handelt es sich um eine Beantwortung der Direktion Präsidiales und Finanzen. Wünscht jemand die Diskussion?

Die Diskussion wird verlangt von mindestens 10 Parlamentsmitgliedern.

Erstunterzeichnerin, Fabienne Marti, GLP: Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation. Die Interpellation sieht etwas komplex aus, ist aber eigentlich ganz einfach: Es geht um Brücken. So wie Brücken zum Beispiel Inseln verbinden, solche Brücken braucht es auch zwischen Wissen und Forschung und der Wirtschaft.

Stellt euch ein Beispiel vor: Wir haben Forschungsstellen, an welchen zu Biologie, Chemie, Medizin etc. geforscht wird. Sie produzieren Forschungsergebnisse, sind international vernetzt, machen Publikationen. Und auf der anderen Seite haben wir zum Beispiel Biotech-Unternehmen, welche diese Erkenntnisse nutzen könnten.

Aber: Forschungsergebnisse verlassen die Labore nicht einfach von selbst – sie brauchen Brücken, welche zwischen Bildung/Forschung und Markt vermitteln. Das können Kooperationen und Projekte, aber auch Menschen – Fachkräfte – sein. Diese bauen die Brücke zwischen Labor und Markt. Und da stellt sich die Frage: Ist es in dem Fall nicht auch für die Standortförderung Köniz von Interesse, sich mit dieser Brücke auseinanderzusetzen?

Der Wirtschaftsstandort Köniz ist hervorragend. Im Gemeinderat vom Kantons Bern gehören wir zur Spitzengruppe. Wenn wir mal von der hohen Unternehmensbesteuerung absehen, haben wir alles was es braucht:

- Gute Verkehrsanbindung,
- digitale Infrastrukturen,
- ein funktionierender Arbeitsmarkt,
- hohe Lebensqualität
- und ein hervorragendes Bildungsangebot.

Wir haben jede Menge Bildungs- und Forschungsinstitutionen direkt vor unserer Haustüre: Berufsfachschulen, höhere Fachschulen, Fachhochschulen, die Universität Bern, das Universitätsspital, ETH-Forschungsstellen, Switzerland Innovation Park, Bundesbetriebe mit Forschung und noch vieles mehr und alles in unmittelbarer Nähe. Dies ist wie ein riesiger Tresor mit dem aktuellsten Wissen.

Jetzt: Der Gemeinderat setzt in seiner Wirtschaftsstrategie ja gerade auf wissens- und technologieintensive Branchen: Biotech-, Medizinaltechnik, Sicherheits- und Labortechnik, Gebäudetechnologie. Und die Antwort des Gemeinderates zeigt: Im Bereich Netzwerke bestehen informelle Instrumente zum Beispiel mit Besuchen bei Unternehmen, aber vor allem mit Vernetzungsanlässen wie Wirtschaftsapéro und Industrienacht. Diese sind öffentlich, aber wenig spezifisch.

WTT bedeutet aber noch mehr: Zum Beispiel konkrete Vermittlung zwischen Forschung und Unternehmen, Bekanntmachen vom Standort Köniz, Begleitung von Start-ups etc.

Aber ich denke zum Beispiel auch daran, Forschungsergebnisse in die Verwaltung zu bringen. Das heisst Erkenntnisse wie zum Beispiel zur Verkehrs- und Raumplanung, aber auch im Bereich Public Management – also öffentliches Management in der Verwaltung. Man könnte zum Beispiel statt dem x-ten Benchmarkvergleich mit Bern, Thun, Biel auch Erkenntnisse aus der Gemeindeforschung anzapfen. Ich sehe aus der Antwort vom Gemeinderat viel öffentliche Vernetzung, aber noch praktisch keine Instrumente zwischen Unternehmen und Bildungs- und Forschungsinstitutionen. Irgendwie fehlt mir auch generell ein strukturierter Massnahmenplan, welchen an die Wirtschaftsstrategie anknüpft. Ich denke, in Bezug auf Netzwerke könnte hier mehr gemacht werden. Aber es ist auch klar, wir befinden uns erst am Anfang.

Ich bin darum mit der Antwort teilweise befriedigt. Ich freue mich aber auf Informationen, wie es mit der Wirtschaftsförderung weitergeht und wie geplant ist, die gute Standortbedingungen von Köniz zu nutzen.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Reto Zbinden ist eingetroffen, wir sind mittlerweile 38 Parlamentarierinnen und Parlamentarier.

Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer, SP: Ein ganz kurzer Abriss, denn ihr habt ganz viele Antworten bereits erhalten. Es ist zweifellos ein wichtiges Thema, es ist aber wichtig zu wissen, dass Wissenstransfer und Innovationsförderung im Kanton Bern primär kantonal gelöst ist, es braucht auch entsprechende Mittel und die Gemeinden sind hier subsidiär unterwegs - das heisst ergänzend zu dem, was der Kanton macht. Und da sind wir sehr bestrebt uns im kantonalen Kontext einzubringen, schlicht und einfach, weil es ansonsten auch sehr aufwändig ist und wir auch viele Mittel brauchen, aber wir möchten dies optimal ergänzen. Wie auch die Vorstösserin gesagt hat, ist dies ein wichtiges Thema und wird in der Wirtschaftsstrategie auch angetönt, allerdings beschränken wir uns eben auf jene Aufgaben, welche wirklich auf Gemeindeebene mit den Ressourcen, welche wir haben, machbar und umsetzbar sind. Und wir wollen dies beobachten und sind sicher bestrebt, Vernetzungen anzubieten.

Die Interpellantin ist mit der Antwort des Gemeinderats teilweise befriedigt.

PAR 2025/109

Immobilienstrategie

Kenntnisnahme; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

1. Ausgangslage

Die Gemeinde Köniz wächst kontinuierlich und erfüllt eine Vielzahl öffentlicher Aufgaben, die auf einer soliden, zukunftsfähigen Infrastruktur beruhen müssen. Schulen, Sportanlagen, Verwaltungsgebäude, Infrastrukturanlagen, aber auch Liegenschaften und Grundstücke im Finanzvermögen prägen die Lebensqualität in den Quartieren ebenso wie die finanzielle Handlungsfähigkeit der Gemeinde. Der Immobilienbestand ist breit, heterogen und für die Bevölkerung in seiner Gesamtheit oft schwer überblickbar. Zugleich stehen die Gebäude und Flächen vor grossen Herausforderungen: Sie müssen demografischem Wandel, steigenden Ansprüchen an Klima- und Energieeffizienz, gesellschaftlichen Bedürfnissen nach bezahlbarem Wohnraum sowie wirtschaftlichen Anforderungen an eine tragfähige Gemeindefinanzierung gerecht werden.

Es existierten für einzelne Teilbereiche – etwa mit der Wohnstrategie oder dem Klimaschutzreglement – spezifische Grundlagen. Was fehlte, war ein übergeordnetes Instrument für die Immobilien der Gemeinde, das sich in diese Elemente einfügt, miteinander verbindet und den gesamten Immobilienbestand in seiner Vielfalt und in seinen Abhängigkeiten sichtbar macht. Genau diese Lücke schliesst die Immobilienstrategie: Sie bietet eine Gesamtübersicht über das Portfolio, ordnet die Aufgaben und schafft eine gemeinsame Grundlage, auf welcher der Gemeinderat, die Verwaltung und Bevölkerung die künftige Entwicklung nachvollziehen können.

Damit wird die Immobilienstrategie zu einem richtungsweisenden Instrument für die Gemeinde: Sie beantwortet die grundlegende Frage, wie Köniz mit ihrem wertvollen Immobilienvermögen umgeht – heute und in Zukunft. Sie schafft Übersicht, macht Zusammenhänge verständlich und eröffnet einen transparenten Rahmen, in dem Prioritäten gesetzt und Entscheidungen nachvollziehbar werden.

2. Strategisches Leitbild

Die Immobilienstrategie bündelt die Zielsetzungen der Gemeinde in Leitsätzen, welche im Alltag der Verwaltung als auch in den politischen Entscheidungsprozessen Orientierung geben. Die Leitsätze sind thematisch aufgeteilt in Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft. Im Zentrum steht ein verantwortungsvoller Umgang mit Ressourcen: Bestehende Flächen sollen möglichst effizient genutzt werden, bevor Erweiterungen oder Neubauten in Betracht gezogen werden. Technische Lösungen werden dabei mit Augenmass gewählt – robuste Low-Tech-Ansätze dort, wo sie dauerhaft und betriebssicher wirken, moderne High-Tech-Elemente dort, wo sie einen klaren Mehrwert schaffen.

Auch in der finanziellen Betrachtung verfolgt die Gemeinde einen langfristigen Ansatz. Investitionen werden nicht nur nach Bau- oder Anschaffungskosten beurteilt, sondern nach ihrem gesamten Lebenszyklus. So rücken Betrieb, Unterhalt und Folgekosten gleichermaßen in den Fokus, was die nachhaltige Bewirtschaftung und eine tragfähige Finanzplanung sicherstellt.

Ökologisch verpflichtet sich Köniz hohen Standards: Bei jedem Projekt wird der angemessene Gebäudestandard definiert, erneuerbare Energien konsequent berücksichtigt, graue Emissionen reduziert und der Einsatz kreislauforientierter Baustoffe geprüft. Damit leisten die gemeindeeigenen Immobilien einen aktiven Beitrag zu den Netto-Null-Zielen – 2035 für die Gemeindeverwaltung, 2045 für die Gesamtgemeinde.

Neben diesen ökologischen und ökonomischen Leitplanken trägt die Strategie auch gesellschaftlichen Anliegen Rechnung. Sie bekennt sich zu bezahlbarem Wohnraum, fördert soziale Durchmischung und schafft barrierearme Angebote. Zugleich stärkt sie die regionale Wirtschaft, indem sie bei Projekten - wo möglich - bevorzugt auf Unternehmen aus der Region setzt.

Die Gemeinde baut dabei auf Eigentum mit Weitblick: Grundstücke werden nach Möglichkeit im Eigenbesitz gehalten, Verkäufe bleiben die Ausnahme. Wo eine Vergabe angezeigt ist, erfolgt diese im Bau-recht – so behält die Gemeinde Einfluss auf künftige Entwicklungen und kann ihre Ziele langfristig sichern. Ergänzend sorgt der bestehende Rahmenkredit für die notwendige Flexibilität einer vorausschauenden Bodenpolitik.

3. Aufbau nach Portfolios

Damit die Gemeinde ihre Immobilien übersichtlicher bewirtschaften und entwickeln kann, ist das Portfolio in sechs Teilportfolios unterteilt, die übergeordnet in Verwaltungsvermögen und Finanzvermögen zusammengefasst sind.

Zum Verwaltungsvermögen gehören alle Immobilien, die unmittelbar der Erfüllung öffentlicher Aufgaben dienen. Dazu zählen die Schulanlagen, die Sport- und Freizeitinfrastrukturen, die Gebäude für Sicherheit und Unterhalt sowie die Verwaltungsgebäude. In diesem Bereich steht die Funktionalität im Vordergrund: Die Immobilien müssen zuverlässig, wirtschaftlich und bedarfsgerecht zur Verfügung stehen, damit die Gemeinde ihre Dienstleistungen für die Bevölkerung erbringen kann.

Das Finanzvermögen umfasst dagegen jene Immobilien und Grundstücke, die nicht direkt für öffentliche Aufgaben benötigt werden. Sie werden so bewirtschaftet, dass sie einerseits eine dem Verwendungszweck angemessene Rendite erzielen, andererseits aber auch wohn-, sozial- und standortpolitische Ziele unterstützen. Durch die Vergabe von Baurechten an gemeinnützige Wohnbauträger oder durch gezielte Grundstückserwerbe behält die Gemeinde langfristige Handlungsspielräume und kann aktiv auf die Entwicklung von Quartieren und Arealen Einfluss nehmen.

Mit dieser Gliederung in Teilportfolios sowie in Verwaltungs- und Finanzvermögen erhält die Gemeinde ein Instrument, welches mit wenigen Unterteilungen eine einfache Übersicht schafft.

4. Objektstrategie und Investitionsplanung

Auf die übergeordnete Gliederung des Portfolios folgt die konkrete Betrachtung auf Ebene der einzelnen Liegenschaften. Hier setzt die Objektstrategie an: Sie legt fest, ob ein Gebäude oder Grundstück im Bestand erhalten oder für eine Weiterentwicklung vorgesehen wird, und bildet damit die Grundlage für die jährliche Investitionsplanung.

Zwei Grundhaltungen prägen diese Ebene: „halten“ und „entwickeln“. Wo ein Objekt in seiner bestehenden Form weiterhin benötigt wird, stehen Werterhalt, Unterhalt und zyklische Sanierungen im Vordergrund. Wo hingegen neue Anforderungen bestehen oder Anpassungen sinnvoll sind, wird das Objekt gezielt weiterentwickelt – sei es durch Umnutzung, Aufstockung, grössere Sanierung oder Ersatzneubau.

Der daraus entstehende Unterhalts- und Investitionsbedarf wird systematisch erfasst und in die Finanzplanung integriert. Ein digitales Werkzeug unterstützt die Gemeinde dabei, den baulichen Zustand zu bewerten, Benchmarks zu berücksichtigen und die künftigen Kosten realistisch einzuschätzen. So entsteht eine solide Grundlage für die Planung und Priorisierung von Projekten.

Die Priorisierung erfolgt in drei Stufen: An erster Stelle steht der bauliche Unterhalt, damit die bestehende Substanz gesichert und Schliessungen vermieden werden können. Darauf folgen die Nutzerbedürfnisse, etwa zusätzlicher Raum für Schulen oder Verwaltung. Erst an dritter Stelle treten Reserveprojekte hinzu – Vorhaben, die weder baulich noch betrieblich dringend sind, deren Umsetzung jedoch aus anderen Gründen sinnvoll und strategisch wichtig sein können. Mit dieser klaren Methodik verbindet die Objektstrategie die strategische Gesamtsicht mit den operativen Entscheiden vor Ort. Sie stellt sicher, dass Investitionen nachvollziehbar priorisiert, Mittel effizient eingesetzt und die Immobilien langfristig im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung gesteuert werden.

5. Schwerpunkte nach Teilportfolios

Schulen: Der Bildungsraum wird vorausschauend gesichert. Schulraumreserven und anpassungsfähige Grundrisse mindern Spitzen, Verdichtung bestehenden Räumen kommt vor neuer Miete, neue Miete kommt vor Neubau; wo Anmietungen nötig sind, werden kurzfristige Verträge bevorzugt, bei langfristigem Bedarf wird der Eigentumserwerb geprüft. Sanierungen alternder Anlagen bieten Chancen zur funktionalen und energetischen Modernisierung. Provisorien oder Modulbauten werden verwendet, wo nichts anderes möglich ist; ob Miete oder Kauf der Provisorien oder Modulbauten entscheidet situativ die voraussichtliche Nutzungsdauer.

Sport & Freizeit: Die Gemeinde stellt auf wachsende Bedürfnisse von Schulen, Vereinen und Bevölkerung ab. Die Sicherung geeigneter Aussenflächen, die Mitberücksichtigung von Turnhallenbedarf bei Bauprojekten sowie die Aktualisierung des Bewegungs- und Sportraumkonzepts schaffen Angebotssicherheit und Qualität.

Infrastruktur: Werkhof, Entsorgung, Zivilschutz, Friedhöfe und Feuerwehr werden dienstleistungsorientiert weiterentwickelt. Standortfragen und Kapazitäten werden mit Blick auf Einsatzradien, Eintreffzeiten und Bevölkerungswachstum überprüft; daraus folgen Massnahmen zur Flächensicherung, funktionaler Weiterentwicklung und – wo notwendig – Neubauten.

Verwaltung: Die heute verteilten Standorte werden mit Blick auf Prozesse, Zusammenarbeit und Bürgerservice schrittweise zentralisiert. Ein Desksharing-Standard steigert Flächeneffizienz, senkt Kosten und verbessert die Arbeitsplatzqualität (Lärm, IT-Infrastruktur, Ergonomie).

Liegenschaften (Finanzvermögen): Kőniz hält das günstige Preissegment stabil, indem zurückhaltend investiert und der werterhaltende Unterhalt priorisiert wird. Die sozialverträgliche Dekarbonisierung erfolgt über eine gestufte Sanierungskaskade: zunächst minimalinvasive Effizienzschritte, wie zum Beispiel die Heizungssanierung auf fossilfreie Wärmeerzeugung – mit Blick auf Mietbelastung, Klimaziele und Bestandespflege.

Grundstücke (Finanzvermögen): Die aktive Bodenpolitik folgt klaren Kriterien: Sicherung öffentlicher Nutzungen (Schule, Infrastruktur), Förderung preisgünstigen und gemeinnützigen Wohnungsbaus,

Arrondierung eigener Areale, Vermeidung spekulativer Entwicklungen. Die Qualitäts- und Nachhaltigkeitsziele bei Vergaben im Baurecht verankern. In der Landwirtschaftszone bleibt die Pacht der Regelfall; Neuvergaben berücksichtigen ökologische Bewirtschaftungsauflagen und stärken die lokale Wertschöpfung.

6. Einbettung und Governance

Die Immobilienstrategie ist eng mit weiteren strategischen Grundlagen der Gemeinde verknüpft. Sie ergänzt die Finanzstrategie und den IAFP, steht im direkten Zusammenhang mit der Klima- und Energiestrategie samt Klimaschutzreglement, bezieht die Plattform Freiraum mit ein und berücksichtigt die Wohnstrategie – etwa bei Vergabekriterien oder der Abgabe von Baurechten. Auch zur Wirtschafts- und Standortförderungsstrategie bestehen enge Bezüge, da die Nutzung und Entwicklung des Finanzvermögens einen wichtigen Einfluss auf die lokale Wirtschaft hat.

Für die Umsetzung gilt eine klare Rollenverteilung: Die Abteilung Immobilien führt, koordiniert und berichtet über den Stand der Projekte, während die Nutzenden ihren Bedarf frühzeitig anmelden. Partizipation mit der Bevölkerung wird gezielt dort eingesetzt, wo sie die Qualität der Projekte erhöht und ihre Akzeptanz in der Bevölkerung stärkt.

7. Finanzen, Personal

Mit dem vorliegenden Geschäft werden keine neuen Verpflichtungskredite gesprochen. Die Umsetzung erfolgt projektweise über den IAFP. Personell stützt sich die Umsetzung der Strategie auf die bestehenden Strukturen und Ressourcen der Abteilung Immobilien.

8. Mehrwert der Immobilienstrategie

Die Immobilienstrategie stiftet über ihre inhaltlichen Leitplanken hinaus einen erheblichen Mehrwert für Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Sie schafft erstmals eine Gesamtübersicht über das gesamte Immobilienportfolio der Gemeinde Köniz und ordnet dieses in klar definierte Teilportfolios. Dadurch werden Abhängigkeiten sichtbar, Prioritäten vergleichbar und Diskussionen faktenbasiert und nachvollziehbar. Für das Parlament, die Verwaltung sowie die Bevölkerung entsteht so ein gemeinsames Verständnis, wie die verschiedenen Liegenschaften genutzt, entwickelt oder bewirtschaftet werden sollen.

Zugleich ermöglicht die Strategie eine systematische Verknüpfung mit anderen strategischen Grundlagen der Gemeinde. Sie ergänzt die Finanzstrategie um immobilienbezogene Aspekte, konkretisiert die Klima- und Energiestrategie im Bereich der gemeindeeigenen Gebäude, verknüpft sich mit der Wohnstrategie bei der Vergabe von Baurechten und berücksichtigt die Wirtschafts- und Standortförderungsstrategie in der Entwicklung des Finanzvermögens. Diese Einbettung stellt sicher, dass Entscheidungen im Immobilienbereich nicht isoliert, sondern kohärent und abgestimmt getroffen werden.

Darüber hinaus erhöht die Immobilienstrategie die Verständlichkeit für die Öffentlichkeit. Sie zeigt auf, wie die Gemeinde ihre Rolle als Eigentümerin verantwortungsvoll wahrnimmt, welche Grundsätze gelten und welche Handlungsmöglichkeiten bestehen. Die transparente Darstellung stärkt das Vertrauen in die Planung und schafft Akzeptanz für Investitionen und Massnahmen, die langfristig auf Nachhaltigkeit, Lebensqualität und finanzielle Stabilität ausgerichtet sind.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Parlament nimmt Kenntnis von der Immobilienstrategie.

Köniz, 31.10.2025

Der Gemeinderat

Beilagen

1) Immobilienstrategie

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Bei diesem Geschäft handelt es sich um eine Kenntnisnahme der Direktion Sicherheit und Liegenschaften. Die Sitzungsakten bilden den Bericht und der Antrag des Gemeinderates und wir haben eine Tischvorlage mit einer Planungserklärung der GPK und einer Planungserklärung der Fraktion Grüne/Junge Grüne.

Das Vorgehen ist wie folgt: Zuerst hat die GPK-Referentin das Wort, dann folgen die Fraktionsvoten, die Einzelvoten, der Gemeinderat und dann die Abstimmung. Mit Mail vom 25. November habe ich euch über die Möglichkeit von Planungserklärungen oder Erklärungen gemäss Art. 64 Abs. 2 des Geschäftsreglement informiert, welche bei Berichten und Strategien des Gemeinderates anwendbar sind.

GPK-Referentin, Janka Hamm, SP Frauen: Vorab eine Bemerkung aus der GPK: Weil gerade mehrere Geschäfte der DSL zur Prüfung angestanden sind, haben wir diese unter uns aufgeteilt. Darum halte ich das GPK-Votum zum vorliegenden Geschäft.

Die Immobilienstrategie der Gemeinde Köniz legt erstmals umfassend und systematisch dar, wie die Gemeinde mit ihren Gebäuden und Grundstücken umgehen will. Sie bildet damit einen wichtigen Orientierungsrahmen für die langfristige Planung und für die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Politik. Der amtliche Gesamtwert des Immobilienportfolios beläuft sich auf rund CHF 430 Mio.

Die Strategie zeigt auf, wie das Vermögen strukturiert ist und wie es künftig entwickelt werden soll. Die Leitsätze der Strategie orientiert sich an den drei Themenbereichen: Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft. Sie behandelt zentrale Punkte, wie nachhaltiges Bauen, effiziente Raumnutzung, sorgfältiges Investieren und die Bedeutung der regionalen Wirtschaft. Der Immobilienbestand ist in Verwaltungsvermögen und in Finanzvermögen gegliedert und wird weiter in sechs Teilportfolios unterteilt: Schulen und Tagesschulen, Sport und Freizeit, Infrastruktur, Verwaltung sowie Liegenschaften und Grundstücke. Die Gliederung ermöglicht eine zielgerichtete Planung mit unterschiedlichen Anforderungen.

Ein wichtiges Element ist die Unterscheidung in der Objektstrategie in "halten" und "entwickeln". Damit wird festgelegt, ob ein Gebäude im heutigen Zustand genutzt und unterhalten oder ob es für zukünftige bauliche Anpassungen vorbereitet werden soll.

Zur Unterstützung der Investitions- und Unterhaltsplanung setzt die Gemeinde ein digitales Instrument ein, welches den baulichen Zustand erfasst und den Investitionsbedarf nach einem dreistufigen Priorisierungssystem einordnet. Für die Budgetierung unterscheidet die Strategie zwischen Kleinunterhalt, grosszyklischen Sanierungen und Mehrbedarf an Raum. Der grösste Anteil der Mittel entfällt erwartungsgemäss auf die grosszyklischen Sanierungen, gefolgt vom zusätzlichen Raumbedarf und dem laufenden Unterhalt.

Die Strategie zeigt zudem, wie sie mit anderen strategischen Grundlagen der Gemeinde verzahnt ist. Insbesondere mit der Finanzstrategie, dem IAFP, der Klima- und Energiestrategie, der Wohnstrategie und der Plattform Freiraum. Damit entsteht ein kohärenter Rahmen, welcher fachliche Ziele und finanzielle Vorgaben verbindlich und die langfristige Planbarkeit verbessert.

In Anhang werden schliesslich die wichtigsten kommenden Massnahmen pro Teilportfolio aufgeführt. Die GPK hat das Geschäft am 11. November 2025 bei der zuständigen Abteilung Immobilien geprüft. Wir danken Thomas Marti und den zuständigen Mitarbeitenden Sanjin und Yvonne für die geduldige Beantwortung der zahlreichen Fragen.

Folgende Themen wurden in der GPK diskutiert:

Einigen Mitgliedern ist die Immobilienstrategie zu wenig griffig. Sie hätten sich konkretere Bekenntnisse des Gemeinderates zum Umgang mit den gemeindeeigenen Liegenschaften gewünscht. Sie empfinden die vorliegende Strategie als zu übergeordnet und zu wenig verbindlich. Bemängelt wurde ausserdem, dass auf strategischer Ebene keine Gebäudestandards definiert wurden, an welchen sich die Gemeinde in Zukunft orientieren könnten. Auch der angekündigte Bestellprozess, welcher eine vorgängige Bedarfssplanung sicherstellen soll, liegt noch nicht vor. Die Abteilung hat dazu festgehalten, dass diese Themen für eine Strategie zu detailliert sind, in welcher vor allem allgemeine Grundsätze festgehalten sind. Die Abteilung Immobilien möchte sich Zeit für eine intensive Auseinandersetzung mit den Gebäudestandards nehmen und sie danach festhalten. In welcher Form der sogenannte Mittelbau ausgestaltet wird – ob in Weisungen, Reglement oder auf Verordnungsstufe – das sei noch offen. Auch der Bestellprozess ist in Erarbeitung.

Einige GPK-Mitglieder waren der Ansicht, dass solche Ausführungsbestimmungen nötig sind, damit die Immobilienstrategie vollständig beurteilt werden kann. Es wurde darum diskutiert, ob ein Antrag an den Gemeinderat gestellt werden soll, mit dem Anliegen, die entsprechenden Grundlagen zu gegebener Zeit der GPK vorzulegen. Dieser Antrag wurde aber mit 4 zu 3 Stimmen abgelehnt.

Ein weiterer Punkt wurde intensiv diskutiert: Die Richtlinienmotion V2011 "Köniz baut mit Holz", welche im Jahr 2021 vom Parlament als Postulat erheblich erklärt wurde. Der Gemeinderat hatte damals zugesichert, die Holzbaustrategie in die Immobilienstrategie aufzunehmen. Dieses Element fehlt jetzt aber in der vorliegenden Fassung. Da das Postulat auch aufgrund dieses Versprechens abgeschrieben wurde, erachtet es die GPK zur Umsetzung des parlamentarischen Willens als notwendig, eine Klarstellung vorzunehmen. Die GPK hat darum mit 4 zu 3 Stimmen eine Planungserklärung verabschiedet. Diese lautet wie folgt: "Die Holzbaustrategie "Holzbau erwünscht" gemäss KBOB ist auf der Stufe Immobilienstrategie aufzunehmen." Die Holzbaustrategie der Koordinationskonferenz der Bau- und Liegenschaftsorgane der öffentlichen Bauherren, kurz KBOB, sagt folgendes: "Holzbau gewünscht. Aufgrund der Ziele in der Immobilienstrategie kann ein Projekt schon in der strategischen Planung als Holzbau definiert werden. Damit kann ein Bauwerk in Bezug auf Holz konzipiert und optimiert werden. Andere Bauweisen bleiben möglich, wenn sie die Anforderungen besser erfüllen." Die KBOB-Haltung ist nicht als Obligatorium zu verstehen, sondern als strategische Priorisierung. Sie ermöglicht, Projekte frühzeitig als Holzbau zu prüfen und entsprechend zu optimieren, lässt aber andere Bauweisen zu, wenn diese im konkreten Fall besser geeignet sind. Die Planungserklärung der GPK verfolgt das Ziel, die Immobilienstrategie in diesem Sinn zu ergänzen.

Ich komme zu den Abstimmungsergebnissen des Gesamtgeschäftes:

1. Die GPK stellt fest, dass die für den Entscheid notwendigen Informationen und Unterlagen vorliegen. Das Abstimmungsergebnis war hierzu einstimmige Zustimmung.
2. Die GPK empfiehlt dem Parlament, die Immobilienstrategie zur Kenntnis zu nehmen. Abstimmungsergebnis: 1 zustimmende Kenntnisnahme, 6 teilweise zustimmende Kenntnisnahme.
3. Die GPK empfiehlt dem Parlament folgender Planungserklärung zuzustimmen: "Die Holzbaustrategie "Holzbau erwünscht" gemäss KBOB ist auf der Stufe Immobilienstrategie aufzunehmen." Abstimmungsergebnis: 4 dafür, 3 dagegen.

Fraktionssprecherin EVP-GLP-Mitte, Sandra Röthlisberger, GLP: Die GLP-EVP-Mitte-Fraktion nimmt die Strategie mehrheitlich zustimmend zur Kenntnis. Die Immobilienstrategie ist ein Steuerungsinstrument des Gemeinderates. Dem Parlament zeigt es die eingeschlagene Richtung auf.

Was uns gefällt, ist:

- Die Immo hat dieses Instrument gemeinsam erarbeitet und eine Haltung entwickelt. Den Prozess finden wir wertvoll.
- Die Struktur mit Leitsätzen ist vorbildlich.
- Die Strategie gibt der Leserin und dem Leser einen guten Überblick über das beachtliche Portfolio.
- Die Orientierung nach dem Dreiklang der nachhaltigen Entwicklung ist für uns Mitte-Parteien erfreulich.

Was uns nicht gefällt, ist:

- Die Immobilienstrategie ist wenig griffig.
- Vieles ist vage, im Sinne von "optimal" und "bedarfsgerecht". Man möchte den Handlungsspielraum objektspezifisch offen halten.
- Objektspezifisch ist keine Strategie. Und Fehlplanungen werden damit nicht verhindert.
- Beim Finanzvermögen fehlt uns die Aussage zum Umgang mit der steigenden Verschuldung und den damit verbundenen Risiken.
- Generell fehlt uns die Verschriftlichung der Ausführungsbestimmungen. Damit fehlt ein griffiges Führungsinstrument. Es geht um die Bestellprozesse, Gebäudestandards und um die Holzbaustrategie.
- Da können wir jetzt aber nachlegen, beim Bestellprozesse ist namentlich relevant, dass sich das Portfolio suffizient entwickelt. Suffizienz fehlt mir persönlich als Begriff, als Strategie ist es aber mit "Kaskadennutzung" – also zuerst betriebliche Lösungen, dann bauliche - und mit der systematischen Bedarfsplanung benannt.
- Bezüglich Gebäude-Standards, hier leisten die Grünen mit ihrer Planungserklärung Nachschub. Hier wird es einige Stimmen von unserer Fraktion geben.
- Der Planungserklärung zur Holzbaustrategie der GPK stimmen wir einstimmig zu. Letztlich hat dies der Gemeinderat auch in der Antwort zur Motion "Köniz baut mit Holz" geschrieben, dass die Strategie "Holzbau erwünscht" in die Immobilienstrategie geschrieben wird. Nun fehlt das. Wir möchten dem jetzt Nachschub verleihen, aus formalen und inhaltlichen Gründen.

Zum guten Schluss: Es ist eine Strategie des Gemeinderats. Er steuert das Portfolio und die Verwaltung führt aus. Unsere Rolle als Parlament ist es, dass wir uns erklären lassen, wie sich das Portfolio entwickelt. Das ist dann wichtig, wenn wir hier Kreditanträge für Planungs- und Ausführungskredite beraten. Wir haben dann ein gutes Gefühl, wenn eine Systematik in der Entscheidungsfindung erkennbar ist.

Fraktionssprecherin SVP, Corina Burren, parteilos, Sitz der SVP: Es ist schon viel Wasser die Aare runter geflossen, seit wir von dieser Immobilienstrategie in Köniz zu sprechen begonnen haben. Schön, dass wir diese jetzt noch ganz am Ende der laufenden Legislatur zur Kenntnis nehmen dürfen. Schliesslich ist die Realisierung von dieser Strategie damals als eines der Legislaturziele angekündigt worden. Uns ist bewusst, dass sicher eine umfangreiche Arbeit hinter dieser Strategie steckt. Als positiv erachten wir, dass die Immobilienstrategie viel Spielraum bietet. Dadurch bietet sie aber natürlich eine Plattform für Diskussionen auf den einzelnen Arealen. Die Strategie ist wirklich auf einer hohen Flughöhe angelegt und ist nicht verbindlich. "Nicht verbindlich" – eben einerseits schön und gut, weil sie viel offen lässt und so ermöglicht, andererseits fragen wir uns aber, ob sich die ganze Mühe gelohnt hat, wenn am Schluss eben nur ein unverbindliches Dokument, eine Strategie ohne konkrete Inhalte vorliegt.

Es wäre interessant zu wissen, wie hoch die Kosten für den internen Aufwand und allenfalls für externe Unterstützung waren. Ich werfe die Frage in den Raum: Wie viel hat das Ganze in etwa gekostet?

Wir von der SVP-Fraktion werden diese Immobilienstrategie teilweise zustimmend zur Kenntnis nehmen. Die Planungserklärung der GPK werden wir ablehnen, weil die Holzbaustrategie aus unserer Sicht definitiv nicht in dieses Dokument passt. Wir befürworten zwar grundsätzlich Holzbauten, aber diese Holzbaustrategie "Holzbau erwünscht", liegt auf der strategischen Flughöhe.

Wir sind gespannt, ob diese Strategie in den nächsten Jahren nahezu unbemerkt über uns fliegen wird und Köniz darunter diskutiert oder ob sie dann doch das eine oder andere Mal die Flughöhe im konkreten Handeln erreicht.

Fraktionssprecher Grüne/Junge Grüne, Lukas Erni, Grüne: Die Immobilienstrategie enthält vieles, welches wir Grünen/Junge Grünen seit Jahren fordern. Klare Klimaorientierung, effiziente Raumnutzung, erneuerbare Energien und eine sozial verträgliche Dekarbonisierung. Die Netto-Null-Ziele 2035 für die Verwaltung und 2045 für die Gesamtgemeinde sind in dieser Strategie explizit verankert und bilden eine wichtige Leitplanke und ganz persönlich finde ich diese Strategie auch noch optisch ansprechend gestaltet.

Trotzdem bleiben zentrale Punkte für uns abstrakt. Die sechs Portfolios sind sehr gut beschrieben, aber bei mehreren Massnahmen bleibt es etwas unklar, wie dies in den Projekten konkret weiterhelfen soll. Auch beim Portfolio Verwaltungsgebäude und Liegenschaften fällt auf, dass bei Netto-Null 2035 bei den Gebäuden im Finanzvermögen, wir rasch an unsere Grenze stossen werden. Diese Herausforderung wird zwar am Rande erwähnt, aber sie wird darin eben auch nicht wirklich als Herausforderung hervorgehoben. Wir regen darum an, dass der Gemeinderat eine Roadmap für die einzelnen Immobilien erstellt und aufzeigt, wie diese bis wann netto-Null-tauglich gemacht werden können.

Ausserdem: Die Strategie sagt, dass projektspezifische Gebäudestandards zu definieren sind. Das klingt für uns relativ flexibel, aber das kann auch heissen, dass man entscheidet, wenn es soweit ist und genau diese Unschärfe wollen wir eigentlich gerne draussen haben, denn Unterschiede je nach Standard sind eben doch noch ziemlich substantiell. Darum reichen wir eine Planungserklärung ein, ihr habt sie auf dem Tisch. Das ist für uns kein Misstrauensvotum, denn wir sind überzeugt, dass sie die Strategie im Kern stärkt. Die aktuelle Formulierung der Strategie bleibt etwas vage, wenn es um die Gebäudestandards geht. Die Planungserklärung schafft Klarheit und verstärkt die Verbindlichkeit. Sie garantiert ausserdem, dass die grauen Emissionen, also die versteckten Emissionen in der Bausubstanz konsequent berücksichtigt werden. Diese machen nämlich heute den grössten Teil der Gebäudebilanz aus. Gleichzeitig bleibt beim neuen Gebäudestandard 2025 zum Beispiel auch weiterhin die Möglichkeit zur Flexibilität. Projekte können sich an Minergie, an einem SNBS-Standard – das ist der Standard nachhaltiges Bauen Schweiz – oder an einem SIA-Klimapfad orientieren. Und sie erlaubt auch die Möglichkeit, in gut begründeten Fällen, den Standard 2019.1 anzuwenden, den Blick über das Einzelgebäude hinaus, etwa auf Arealebene und verhindert ungewollte Härtefälle. Diese Formulierung stellt zudem sicher, dass die Strategie nicht in wenigen Jahren bereits wieder überholt ist und sich jeweils auch am aktuellen Stand orientiert.

Kurz: Diese Planungserklärung stärkt die Strategie, sie macht sie präziser und sorgt dafür, dass Köniz seine Klimaziele realistisch und wirksam verfolgen kann. Wir bitten euch darum, dieser Planungserklärung zuzustimmen und falls das Parlament dieser Planungserklärung zustimmt, dann würden wir zustimmend zustimmen, ansonsten würden wir teilweise zustimmen. Und die Planungserklärung der GPK nehmen wir an.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Ich halte fest, dass Tatjana Rothenbühler eingetroffen ist. Es sind jetzt 39 Parlamentsmitglieder anwesend.

Fraktionssprecherin SP/JUSO, Isabelle Steiner, SP Frauen: Die SP/JUSO-Fraktion bedankt sich beim Gemeinderat und der Verwaltung für die vorliegende Immobilienstrategie. Damit gibt sich die Gemeinde einen Kompass bei der Bewirtschaftung und Weiterentwicklung eines Immobilienbestandes im Wert von immerhin CHF 430 Millionen.

Die in den Dokumenten ausformulierten Leitsätze können wir unterstützen und auch die etwas konkreteren Stossrichtungen im Anhang des Dokumentes erscheinen uns sinnvoll.

Drei Punkte möchte ich kurz hervorheben:

1. Besonders am Herzen liegt uns bekanntlich der soziale Aspekt der Immobilienstrategie im Bereich Wohnen. Die wichtigsten Punkte haben hier Platz gefunden, zum Beispiel die aktive Bodenpolitik mit gezielten Landkäufen und der Abgabe an gemeinnützige Wohnbauträger:innen. Auch der Verzicht auf vorschnelle Luxus-Sanierungen bei preisgünstigen Wohnungen ist richtig. Auch sollen für die Vermietung von gemeindeeigenen Wohnungen im tiefen Preissegment neue Kriterien definiert werden.
2. Der zweite Aspekt sind die Infrastrukturbauten im Verwaltungsvermögen. Hier zeigt das Papier vor allem auf, dass sich gerade in mehreren Bereichen ein grosser Handlungsbedarf aufgestaut hat. Dies gilt insbesondere für den Schulraum und die Sportanlagen. Auch bei der auf verschiedene Standorte verteilten Verwaltung, den Standorten von der Feuerwehr oder beim Werkhof gibt es sicher Optimierungspotenziale, welche es zu ergründen gilt.
3. Schliesslich möchte ich noch die Ökologie erwähnen, bei welcher die Gemeinde jetzt noch ein knappes Jahrzehnt hat, um das Netto-Null-Ziel zu erreichen. Die Grundsätze in der Immobilienstrategie sind hier sinnvoll gewählt.

Allgemein gibt es in dieser Strategie wenig, worüber wir hier streiten können. Und das ist aber auch genau die Kehrseite dieser Strategie: Die Flughöhe ist hoch, vieles bleibt vage. Formuliert werden Grundsätze und Grundwerte, an welchen sich die Verwaltung orientieren kann – und welche wir, als Teil der Öffentlichkeit, den Gemeinderat darauf behaften können.

Entsprechend einfach ist es, Aspekte zu finden, welche in der Strategie noch präzisiert formuliert werden könnten: Uns fehlt beispielsweise eine regionale Koordination bei der Sportinfrastruktur. Oder eine Strategie, um Leerstand oder unternutztes Bauland zu vermeiden. Oder konkrete Massnahmen für den Ausstieg aus fossilen Energieträgern. Wir erwarten, dass dies in einem weiteren Schritt noch konkretisiert wird, beispielsweise mit einer Massnahmenplanung. Die Massnahmen im Anhang bilden eine gute Grundlage dafür, müssten aber noch weiter präzisiert und vor allem auch terminiert werden.

Die Planungserklärungen wird ein Teil der Fraktion unterstützen, zum Teil werden diese abgelehnt und weitere Mitglieder werden sich enthalten. Die Immobilienstrategie wird die SP/JUSO-Fraktion grossmehrheitlich zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Fraktionssprecherin FDP, Selin López, FDP: Die Gemeinde Köniz wächst und wächst und wächst und benötigt eine zukunftsfähige Infrastruktur. Der Immobilienbestand ist vielfältig und schwer überschaubar. Herausforderungen, wie demografischer Wandel, der Klimaschutz, bezahlbarer Wohnraum, Gemeindefinanzierung insbesondere, fordern eine übergeordnete Immobilienstrategie, welche Übersicht verschafft, Zusammenhänge verdeutlicht und Prioritäten setzt. Das wird unseres Erachtens mit diesem Papier gemacht. Wir danken dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Ausarbeitung dieser Immobilienstrategie.

Ein kleiner Reminder unsererseits: Die meisten Strategien des Gemeinderates werden uns mitgeteilt, was auch nicht unbedingt zwingend notwendig wäre, denn schliesslich ist es sein Arbeitspapier und das schätzen wir doch sehr, dass er diese Strategie auch mit uns teilt. Vielen Dank dafür an dieser Stelle. Wir schätzen insbesondere die Aufteilung der Schwerpunkte nach Teilportfolios: Bei den Schulen insbesondere der Fokus auf eine vorausschauende Planung, Modernisierung und flexible Nutzung, bei Sport und Freizeit, zum Beispiel der Ausbau und die Sanierung der Sportanlagen und bei der Infrastruktur, die Anpassung an das Bevölkerungswachstum und so weiter und so fort, um hier nur einige zu nennen.

Was auch ganz wichtig ist: Diese Immobilienstrategie ist mit anderen strategischen Grundlagen der Gemeinde verknüpft, wie zum Beispiel mit der Finanz-, der Klima- und der Wohnbaustrategie. Die Abteilung Immobilien koordiniert die Umsetzung, währenddem die Bevölkerung bei Bedarf auch eingebunden werden kann. So steigt auch die Akzeptanz und das ist für uns zur Zeit der richtige Weg. Wir sehen einen klaren Mehrwert in dieser Immobilienstrategie. Die Strategie schafft Transparenz, Übersicht und

ein gemeinsames Verständnis für die Nutzung und die Entwicklung der Immobilien. Sie verknüpft immobilienbezogene Aspekte mit anderen strategischen Zielen und stärkt das Vertrauen in die Planung. Die FDP nimmt daher zustimmend Kenntnis und befindet diese Strategie als gut. Die Planungserklärungen lehnen wir ab. Einerseits soll der Gemeinderat nicht auf gewisse Richtungen eingeschränkt werden und wenn wir jetzt insbesondere die Planungserklärung der Fraktion Grüne/Junge Grüne anschauen und wenn wir Gebäude, welche bereits bestehend sind oder neu gebaut und bereits sehr stark eingekesselt in einem Korsett sind, dann haben wir riesige Kostenfallen und ich bitte da mit Augenmass zu kalkulieren, denn gewisse Sachen machen einfach keinen Sinn, wenn wir sie in diesem Standard umsetzen.

Gemeinderat Thomas Marti, GLP: Vorab vielen Dank für die Diskussion und die doch mehrheitlich positive Kenntnisnahme unserer Immobilienstrategie. Ich verstehe sehr gut, dass die Flughöhe zum Teil als zu hoch erachtet wurde, aber ich glaube, genau diese Beurteilung konnte man erst machen, indem wir ein möglichst kurzes und übersichtliches Papier produziert haben. Wenn wir jetzt die Flughöhe justieren müssten, dann wäre hier ein ziemlich umfangreiches Papier gekommen, bei welchem wir dann auch sagen müssten, dass wahrscheinlich die Überarbeitung beinahe schon im monatlichen Zyklus erfolgen müsste. Und das wäre doch schade, wir wollen doch etwas, woran wir uns in der nächsten Legislatur festhalten können.

Noch zu den einzelnen Voten: Die SVP hat gefragt, was dies gekostet hat, mit dem internen und externen Aufwand. Ich glaube, dafür, dass wir relativ lange daran gearbeitet haben, sind wir mit externen Kosten unter CHF 20'000 gut bedient. Das ist das eine. Das andere ist, wenn wir nach den internen Kosten gefragt werden, dann muss ich sagen, das rechnet sich nicht in Franken und das ganz einfach darum, weil es eine Führungsaufgabe ist, solche Sachen zu erstellen, mit den anderen Abteilungen auszudiskutieren und dann im Gemeinderat zu verhandeln. Das ist eine Kernaufgabe der Verwaltung, welche wir haben. Und darum ist dies eigentlich im Aufwand inkludiert.

Zu den Planungserklärungen möchte ich sagen: Die Aufnahme der Holzbaustrategie "Holzbau erwünscht", das kann man machen, das könnt ihr überweisen. Ich möchte nur sagen, wir erfüllen es, ich lebe danach. Alles, was in den letzten Jahren neu gebaut wurde, ist aus Holz und darum bin ich der Meinung, dass man dies zwar machen kann, der Mehrwert aber nicht sehr gross ist, weil wir dies eigentlich bereits leben.

Etwas anders oder etwas schärfer sehe ich es, wenn hier verlangt wird, dass wir mit den gemeindeeigenen Gebäude den aktuellen Gebäudestandard übernehmen. Ich gehe davon aus, dass in der Planungserklärung, der Gebäudestandard nach SVKI Energiestadt und Energie Schweiz gemeint ist und in Ausnahmefällen könnte man 2019.1 brauchen. Dazu möchte ich zu bedenken geben, dass wir dies eben genau nicht wollen. Wir wollen nicht, dass wir jedes Gebäude zertifizieren müssen. Wir wollen, dass wir hier je nach Gebäudekategorie, je nach Grösse des Gebäudes, diese Zertifizierung freiwillig machen können. Es ist auch so, dass bei der Übernahme dieses Standards, ziemlich harte Bedingungen enthalten sind, dass man zum Beispiel bezüglich Klimaschutz und Energie immer die Note 5 bei Neubauten und bei bestehenden Bauten haben muss – also nach SNBS-Standard-Hochbau – und dort sehen wir einen Zielkonflikt, vor allem auch mit sozialen Kriterien, denn da sind wir der Meinung, dass kann dort dann ziemlich starke Einflüsse geben. Darum möchten wir dies gerne projektspezifisch haben. Es geht nämlich auch nicht darum, dass wir mit einer Weisung oder so etwas, einfach die Entscheidung, uns als Gemeinderat, aber auch euch als Parlament und der Bevölkerung aus der Hand geben. Wir sind der Meinung, dass diese Entscheidung dort gefällt werden muss, wo sie hingehört und nicht vorgängig in einer Weisung festgelegt wird.

Ein weiterer Aspekt ist ein ganz praktischer: Wenn wir zu wenig Flächen haben und eine Turnhalle in den Boden bauen müssen, dann wollen wir diese Turnhalle in den Boden bauen. Und das wäre dann unter Umständen auch sehr schwierig, wenn wir diese Vorgaben haben.

Es ist aber nicht so, dass wir nicht nichts bezüglich Standards machen wollen. Wir wollen dort das, was wir aktuell als Weisung kennen, überarbeiten. Wir wollen dort schärfer werden. Aktuell gilt Gebäudestandard 2015, das ist uns allen klar. Wir haben in diesem Jahr Diskussionen zwischen den Abteilungen und den Direktionen aufgenommen. Es ist aber auch so, dass wir dort bis Ende 2025 das Resultat noch nicht präsentieren können. Aber was wir möchten und wo wir hinwollen, das zeigt zum Beispiel die Stadt Zürich oder der Kanton Fribourg, welcher nach Projekt, Projektgrösse, Art des Projekts, definiert, wo, welcher Standard angewendet werden soll. Das ist das eine, auf der anderen Seite sind wir aber auch daran, dass wir – das haben wir auch gesehen – dass wir den Prozess bei der Definition, welche Standards angewendet werden müssen, dies schärfen müssen. Das ist beinahe schon entscheidender, es geht dort zum Beispiel ganz konkret darum, wie man zu einer Nutzungsvereinbarung in punkto Energie kommt und zu welchem Zeitpunkt im Projekt dies kommt. Das finde ich doch ziemlich relevante Aspekte

und von meiner Seite her kann ich sagen, in diesem Jahr, in welchem ich das beurteilen kann, haben wir dort auch grosse und konstruktive Schritte gemacht.

Also, um es nochmals zu wiederholen: Die Planungserklärungen lehnen wir in diesem Sinne ab oder empfehlen sie zur Ablehnung. Und nochmals vielen Dank für eure Beurteilung.

Beschluss über Planungserklärung der GPK

Das Parlament stimmt folgender Planungserklärung zu:

"Die Holzbaustrategie "Holzbau erwünscht" gemäss KBOB ist auf der Stufe Immobilienstrategie aufzunehmen."

(Abstimmungsergebnis: 26 Stimmen für Zustimmung / 9 Stimmen für Ablehnung / 4 Enthaltungen)

Beschluss über Planungserklärung der Grünen/Jungen Grünen-Fraktion

Das Parlament stimmt folgender Planungserklärung zu:

"Für gemeindeeigene oder von der Gemeinde subventionierte Gebäude orientiert sich die Gemeinde am jeweils aktuellen Gebäudestandard. In gut begründeten Fällen, kann der Gebäudestandard 2019.1 zur Anwendung kommen."

(Abstimmungsergebnis: 21 Stimmen für Zustimmung / 16 Stimmen für Ablehnung / 2 Enthaltungen)

Beschluss über Kenntnisnahme

Das Parlament nimmt Kenntnis von der Immobilienstrategie.

(Abstimmungsergebnis: 29 Stimmen für zustimmende Kenntnisnahme, 9 Stimmen für teilweise zustimmende Kenntnisnahme, 0 Stimmen für ablehnende Kenntnisnahme)

PAR 2025/110

Verwaltungs- und Direktionsreform Gemeinde Köniz - Schlussbericht

Kenntnisnahme; Direktion Präsidiales und Finanzen

1. Ausgangslage

Im 2022 hat der Gemeinderat das Programm «Direktions- und Verwaltungsreform Gemeinde Köniz» beschlossen und gestartet. Der Anstoss dafür kam sowohl vom Parlament (Motion V2127) als auch vom Gemeinderat (Legislaturziele 3.2 und 4.1).

Dem Gemeinderat war es ein wichtiges Anliegen, die Erwartungen von Parlament, Gemeinderat und Verwaltungskader an das Programm zu erheben und abzugleichen. Nur so konnte eine effektive Arbeit sichergestellt werden. Im Rahmen einer Analysephase wurden die Erwartungshaltungen sowie die Themenschwerpunkte erhoben und es wurde ein Programmauftrag erstellt, der die Ziele, das Vorgehen, die Programm- und Projektstruktur und -organisation sowie Rollen und Aufgaben in der Führung des Programms festlegte. Das Parlament hat den Programmauftrag an seiner Sitzung vom 28. August 2023 in der Form eines Berichts des Gemeinderats an das Parlament zur Kenntnis genommen und gleichzeitig die Erfüllungsfrist der Motion V2127 bis am 31. Dezember 2025 (Ende Legislatur) verlängert.

Mit vorliegendem Antrag wird dem Parlament der Schlussbericht des Programms zur Kenntnisnahme vorgelegt. Für weitere Ausführungen zu den Programmzielen, den Aktivitäten, den Ergebnissen und

deren Beurteilung, den Kosten und einen Ausblick in die Zukunft verweist der Gemeinderat auf den beigelegten Schlussbericht.

Parallel zur Kenntnisnahme des Programm-Schlussberichts wird dem Parlament ein separater Antrag zur Abschreibung der Motion V2127 vorgelegt.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Parlament nimmt Kenntnis vom Schlussbericht Programm "Verwaltungs- und Direktionsreform Gemeinde Köniz".

Köniz, 24. September 2025

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Schlussbericht Programm "Verwaltungs- und Direktionsreform Gemeinde Köniz"

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Auch das ist eine Kenntnisnahme der Direktion Präsidiales und Finanzen. Die Sitzungsakten bilden der Bericht und der Antrag des Gemeinderates. Das Vorgehen ist wie folgt: Zuerst spricht der GPK-Referent, dann die Fraktionen, dann die Einzelsprecherinnen und die Einzelsprecher, dann kommt der Gemeinderat und danach stimmen wir ab. Auch für dieses Geschäft gibt es die Möglichkeit, Planungserklärungen oder Erklärungen gemäss Art. 64 Abs. 2 GRP abzugeben.

GPK-Referent, Toni Eder, Die Mitte: Ich freute mich bereits auf ein einfaches, ja, beinahe ein etwas triviales GPK-Votum. Einen Bericht zur Kenntnis nehmen, dessen Inhalt eigentlich bereits etwas überholt ist, das ist ja nicht so schwierig, die Fraktionen würden dann den Inhalt schon kritisieren. Es kam anders. Aber schön der Reihe nach.

Ich versuche die Vorlage zusammenzufassen, so dass im Sinne einer hohen Effizienz nicht alle Votanten den Inhalt der Vorlage wiederholen müssen: Die letzte grosse Direktionsreform wurde im Jahr 2010 in Kraft gesetzt. Damals wurde die Anzahl der Gemeinderatsmitglieder von sieben auf fünf verkleinert. In den letzten zehn Jahren wurden wiederholt Vorstösse eingereicht, die auf eine erneute Direktionsreform abzielten. Die ersten beiden Vorstösse - Motion V1603 und Motion V1725 - wurden beide vom Parlament abgelehnt. Die Motion V2127, "Eine moderne Gemeinde braucht eine adäquate, schlanke, effiziente und kostengünstige Verwaltungsstruktur", wurde aber dann erheblich erklärt. Diese Motion beinhaltete die Erarbeitung eines Plans mit sechs Zielen. Der Gemeinderat hat dann 2022 das Programm "Direktions- und Verwaltungsreform Gemeinde Köniz" beschlossen und gestartet. Der Gemeinderat schreibt, dass es ein wichtiges Anliegen gewesen sei, die Erwartungen von Parlament, Gemeinderat und Verwaltungskader an das Programm zu erheben und abzugleichen. Im Rahmen einer Analysephase wurden die Erwartungshaltungen sowie die Themenschwerpunkte erhoben und es wurde ein Programmauftrag erstellt, der die Ziele, das Vorgehen, die Programm- und Projektstruktur und auch die Organisation sowie Rollen und Aufgaben in der Führung des Programms festlegte. Das Parlament hat den Programmauftrag an seiner Sitzung vom 28. August 2023 in der Form eines Berichts des Gemeinderats an das Parlament zur Kenntnis genommen und gleichzeitig die Erfüllungsfrist der Motion V2127 bis zum Ende der Legislatur, als bis zum Ende dieses Jahres verlängert.

Mit dem Programmauftrag wurde das Programm in zwei Teile gegliedert:

- Direktionsreform: Die Struktur und Organisation der Könizer Verwaltung muss eine ausgewogene Verteilung der Aufgaben und Aktivitäten auf die fünf Direktionen und eine ausgewogene politische Einflussnahme sicherstellen. Das ist eine vorwiegend politische Frage.

- **Verwaltungsreform:** Unter dem Titel "Verwaltungsreform" sollten die Projekte gesteuert und koordiniert werden, welche die Wirksamkeit der Verwaltungsaktivitäten erhöhen und mehrere oder alle Direktionen betreffen. Es hat primär eine organisatorische und betriebswirtschaftliche Perspektive. Aufgrund der Ergebnisse der Analysephase wurden im Programm "Verwaltungsreform" fünf Projekte definiert:

1. Digitalisierung und Optimierung der Prozesse im Finanzwesen
2. Digitalisierung und Optimierung der Prozesse im Personalwesen
3. Überprüfung und Klären ausgewählter Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten in der Verwaltungsführung.
4. Erarbeiten einer Digitalisierungsstrategie
5. Massnahmen im Bereich der Organisationskultur.

Das Programm wurde über die gesamte Legislaturperiode geführt. Ende 2025 wird es abgeschlossen, steht im Papier. Allenfalls noch laufende Aktivitäten werden in die Linienorganisation übergeben. Für den Programnteil "Direktionsreform" hat der Gemeinderat während der Analysephase einen Benchmark zur Organisationsstruktur mit anderen Gemeinden erarbeitet resp. erarbeiten lassen. Auf dieser Grundlage hat er im Februar 2023 beschlossen, auf eine Direktionsreform zu verzichten.

Soweit so gut oder wie auch immer. Am 18. November 2025 publizierte der neu gewählte Gemeinderat eine Medienmitteilung, in der festgehalten wurde, dass die Finanzabteilung und die Planungsabteilung die Plätze tauschen sollen. Damit stellt der neue Gemeinderat in Aussicht, nun doch eine Direktionsreform zu befürworten. Ob und wie die Direktionsreform umgesetzt wird, liegt letztlich in der Kompetenz des Parlaments.

Zur Diskussion in der GPK:

Es wurde diskutiert, wie damit umgegangen werden soll, dass der vorliegende Bericht überholt ist und was jetzt damit gemacht werden soll.

Für die GPK gab es verschiedene Reaktions-Möglichkeiten:

- Rückweisungsantrag mit konkreten Aufträgen zur Überarbeitung des Berichts,
- Bericht zur Kenntnis nehmen,
- Einreichung einer GPK-Motion.

Die GPK einigte sich darauf, dass eine Motion mit folgenden Eckpunkten eingereicht wird:

1. Der Gemeinderat erstellt einen Bericht mit einer Übersicht über alle Schnittstellen zwischen den Abteilungen der Gemeindeverwaltung. Aus der Übersicht geht hervor, wie häufig und mit welchem Aufwand die Schnittstellen genutzt werden.
2. Der Gemeinderat legt dem Parlament den Bericht zusammen mit der vom neuen Gemeinderat angekündigten Revision des Verwaltungsorganisationsreglements vor.

Die Motion liegt nun vor resp. wurde an der letzten Parlamentssitzung zirkuliert und eingereicht.

Zu den Beschlüssen der GPK:

1. Die Geschäftsprüfungskommission stellt fest, dass die für den Entscheid notwendigen Informationen und Unterlagen vorliegen. Das Abstimmungsergebnis war 6 Stimmen dafür, 1 Enthaltung.
2. Die Geschäftsprüfungskommission empfiehlt dem Parlament, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Das Abstimmungsergebnis war 6 Stimmen für teilweise zustimmende Kenntnisnahme, bei einer Enthaltung.
3. Die Geschäftsprüfungskommission beschliesst, eine GPK-Motion einzureichen mit den erwähnten Inhalten. Hier war das Abstimmungsergebnis: 4 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen. Es waren 6 Mitglieder anwesend.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Noch eine Anmerkung von meiner Seite, die GPK-Motion habt ihr ja letztes Mal bereits eingereicht, diese ist "halbdringlich" erklärt, so dass sie in die Sitzung vom März 2026 kommen wird.

Fraktionssprecherin FDP, Heidi Eberhard, FDP: Vielen Dank an die Direktion Präsidiales und Finanzen und den Gesamtgemeinderat für den Schlussbericht zur "Verwaltungs- und Direktionsreform Gemeinde Köniz" inkl. diesem Benchmark zur "Organisationsstruktur ausgewählter Gemeinden" aus verschiedenen Kantonen in den diversen Landesteilen der Schweiz. Das ist eine den Schlussbericht ergänzende Lektüre, die uns über die Vollzeitstellen pro Direktion der ausgewählten Gemeinden in der Deutsch-Schweiz, der Romandie und dem Tessin informiert.

Es ist unbestritten, grundsätzlich haben wir von der FDP uns einen etwas grösseren Umbau unter einer Verwaltungs- und Direktionsreform vorgestellt und erhofft. Das zeigt sich ja dann auch in der Motion V2127 "Eine moderne Gemeinde braucht eine adäquate, schlanke, effiziente und kostengünstige Verwaltungsstruktur". Diese Motion wurde, wie bereits vom GPK Referenten erwähnt, erheblich erklärt.

Doch wir erkennen, um eine Gemeinde und die Direktionen zu reformieren, benötigt es scheinbar einfach mehr Zeit. Das Gras wächst ja auch nicht schneller, wenn man daran zupft. Dem Bericht entnehmen wir, dass bereits vieles in Angriff genommen wurde. Die Digitalisierung ist im Gange, weiterhin auf Kurs und wird weiter ausgebaut und optimiert, Effizienzsteigerungen sollen realisiert werden. Wir versprechen uns auch davon, dass auch mal Kosteneinsparungen resultieren.

Die Anpassung der Strukturen an die aktuellen Bedürfnisse der Gemeinde, wurde auch schon in früheren Voten unserer Fraktion genannt und verlangt. Wir sind überzeugt, dass hier noch Optimierungspotenzial besteht.

Der Gemeinderat hat in der Legislatur 2022-2025 die ersten Schritte getan. Wir gehen davon aus, dass weitere unter dem neu zusammengesetzten Gemeinderat ab 01.01.2026 folgen werden und sagen schon mal "merci". Die Zuteilung der Direktionen wurde vom neu gewählten Gemeinderat vorgenommen. Wir konnten dies dem bereits erwähnten Newsletter vom 18. November 2025 entnehmen. Es tut sich also etwas: Die Aufgabenteilung der Direktionen wurde im Rahmen der Direktionszuteilung diskutiert. So werden die Finanzen neu der bisherigen Direktion Planung und Verkehr (DPV) und die Planung neu der Präsidialdirektion zugeteilt.

Unter "Ausblick" entnehmen wir auf Seite 14 dem Schlussbericht, dass die Überprüfung und Optimierung von Abläufen, Prozessen und Organisationsstrukturen mit dem Ziel des Bürokratieabbaus und der Erhöhung der Wirksamkeit der Verwaltung, eine Daueraufgabe ist. Der Gemeinderat wird sich auch in der neuen Zusammensetzung aktiv mit der Optimierung auseinandersetzen. Das stimmt uns zuversichtlich.

Wie eingangs erwähnt, wir stellen uns unter "Reform" vor, dass sich etwas wesentlich verändert hat und Optimierungen messbar sind. Wir danken aber für das bereits Erreichte und für das weitere am Ball bleiben.

Die Fraktion FDP.Die Liberalen nimmt den Schlussbericht zur Verwaltungs- und Direktionsreform der Gemeinde Köniz teilweise zustimmend zur Kenntnis.

Fraktionssprecher Grüne/Junge Grüne, Klaus von Muralt, Grüne: Wertschätzung ist etwas Wertvolles. Es ist etwas, das wir alle gerne bekommen. Und gerade in der heutigen Zeit, in der alles immer zack, zack gehen muss und man von einer Sache zur nächsten hastet, ist es wichtig, auch mal einen Moment innezuhalten und anzuerkennen, was andere geleistet haben.

Bei der Verwaltungsreform scheint uns Grünen/Jungen Grünen ein solcher Moment gekommen und wir möchten den zuständigen Mitgliedern der Verwaltung und den zuständigen Gemeinderäten unsere Wertschätzung für die gemachte Arbeit ausdrücken. Auch wenn es sicher wünschenswert gewesen wäre, dass alle Projekte auf das Ende dieser Legislatur abgeschlossen wären, so lässt sich das Erreichte wirklich sehen.

Im Rahmen der Projekte Digi-Fin und Digi-P konnten wichtige Neuerungen eingeführt werden, die einer modernen Verwaltung entsprechen. So zum Beispiel das neue Zeiterfassungssystem, die digitale Lohnbuchhaltung, das elektronische Personaldossier – nicht zu verwechseln mit dem elektronischen Patientendossier – oder der elektronische Kreditoren- und Debitorenworkflow, um nur einige zu nennen. Damit kann nicht nur viel Papier, sondern es kann auch Zeit und Geld eingespart werden und es setzt Ressourcen frei für andere Sachen.

Auch die Digitalisierungsstrategie und die neu geschaffene Stelle "Digitale Transformation" sind eine gute Sache. Bei der Umsetzung sollte dann vor allem auch darauf geachtet werden, dass die Gewinne der Digitalisierung den Bürgerinnen und Bürgern von Köniz zu Gute kommen. Also dass man konsequent Angebote im Stil von eBau, eUmzug oder ePublikation ermöglicht und digitale Behördenleistungen noch einfacher zugänglich macht für die Bevölkerung.

Wir begrüßen auch die angestossenen Massnahmen beim Projekt "Organisationskultur" und was das Projekt "AKV" anbelangt, so ist positiv zu werten, dass direktionsübergreifende Prozesse überprüft und angepasst wurden. Die Arbeiten können sicher auch dazu dienen, den von der GPK geforderte Bericht zu den Schnittstellen zwischen den Abteilungen der Gemeindeverwaltung zu erarbeiten. Diesen Bericht sowie die angekündigte Revision des Verwaltungsorganisationsreglements warten wir gerne ab und beziehen zum Teil "Direktionsreform" dann im Sommer 2026 Stellung.

Für den Moment stellen wir fest, dass die neue Zusammensetzung des Gemeinderats bereits frischen Wind in die festgefahrene Sache gebracht hat und das ist schon mal eine gute Nachricht. Denn frischen Wind können wir im 2026 sicher alle gut brauchen, vor allem auch jene, welche schon bald zu neuen Ufern aufbrechen werden.

Fraktionssprecher SP/JUSO, Urs Mumenthaler, SP Männer: Wir danken allen die an diesem Schlussbericht gearbeitet haben.

Der Schlussbericht beantwortet die Fragen des Parlaments umfassend und zeigt die Ziele, Aktivitäten und Resultate der Reform transparent auf. Er bezieht sich klar auf die abgeschlossene Legislatur und die bisher erreichten Fortschritte. Gleichzeitig bleibt festzuhalten, dass zentrale Elemente der Verwaltungsreform – insbesondere in der Digitalisierung, den Personalprozessen und der Organisationskultur – noch nicht abgeschlossen sind. Mehrere Arbeiten gehen in den Regelbetrieb über und die Optimierung von Abläufen bleibt eine Daueraufgabe. Dies führt zu einer gewissen Irritation, da der Bericht einen Abschluss markiert, während bereits neue Reformabsichten des neu zusammengesetzten Gemeinderats angekündigt wurden.

Die Direktionsreform ist abgeschlossen, die Verwaltungsreform hingegen nicht vollständig. Der zeitliche Übergang zwischen altem Bericht und neuen Reformplänen erklärt die entstandenen Unklarheiten.

Die SP/JUSO-Fraktion stimmt dem Antrag vom Gemeinderat mehrheitlich zu.

Zur Motion der FDP, "Eine moderne Gemeinde braucht eine adäquate, schlanke, effiziente und kostengünstige Verwaltungsstruktur", halten wir fest, dass die SP/JUSO-Fraktion der Abschreibung im nächsten Traktandum einstimmig zustimmen wird.

Fraktionssprecher SVP, Reto Zbinden: Wir danken auch für diesen Bericht und vor allem auch für die Arbeit, welche darin steckt.

Der vorliegende Schlussbericht zur Verwaltungsreform zeigt einige gute Sachen auf, zum Beispiel die Digitalisierungsfortschritte. Das anerkennen wir. Doch eben, diese Digitalisierungsprojekte ersetzen keine strukturelle Verwaltungs- und Direktionsreform.

Der Bericht basiert jetzt eigentlich auf einer Strategie, welche, wie wir es schon mehrfach gehört haben, nicht mehr aktuell ist. Ich ganz persönlich hatte darum eigentlich das Gefühl, man müsste den Bericht zurückweisen, aber es hat auch gute Sachen im Bericht, auf welchen man jetzt aufbauen kann. Und darum kann ich auch mit der Strategie der GPK leben, welche jetzt eine Motion eingereicht hat, welche die fehlenden Analysen und Entscheidungsgrundlagen einfordert. Das entspricht vielleicht auch besser dem Könizer Weg. Diese Motion ist von daher wichtig, sie verhindert, dass man in einem veralteten Bericht hier stecken bleibt und sie will sicherstellen, dass zentrale Fragen erklärt werden, damit wir hier einen Beschluss fassen können.

Wir haben es auch bereits gehört, es ist lange her, seit wir die letzte grundlegende Direktionsreform hatten. Seither hat sich sehr vieles verändert und wie es sich gezeigt hat, hat dies jetzt auch der Gemeinderat in neuer Zusammensetzung erkannt und bereits erste Pflöcke eingeschlagen. Er hat dies angekündigt und das ist richtig und überfällig, aber es ist für uns auch klar, mit einem Tausch von Planung und Finanzen alleine, ist es dann nicht getan. Das ist ein Schritt, aber nicht die notwendige Reform. Es gibt viele Fragen, welche geklärt werden müssen, insbesondere die Schnittstellenanalyse muss jetzt von uns aus gesehen neu gemacht werden. Wo bestehen Schnittstellen? Wie häufig haben diese miteinander zu tun? Was besteht dort für einen Mehraufwand und welche Risiken entstehen in diesen Schnittstellen? Ohne diese Fakten ist es für uns schwierig, diese Reform dann auch nachvollziehen zu können.

Ein weiterer Punkt, welcher für uns sehr wichtig ist, ist die direktionsübergreifende Zusammenarbeit. Ich glaube, die grossen Herausforderungen entstehen vielfach zwischen den Direktionen und nicht innerhalb der Einzelnen, sondern eben, wenn es Überschneidungen gibt. Darum braucht es dort verbindliche Mechanismen, klare Verantwortlichkeiten und eine zeitgemässe Zusammenarbeit.

Wir haben einige Fragen und Aufträge, welche wir dem Gemeinderat gerne mitgeben möchten. Wir haben sogar diskutiert, eine eigene Motion einzugeben, haben aber das Gefühl, es sollte eigentlich ausreichen, wenn wir dies hier am Mikrofon sagen, damit wir dies dem neuen Gemeinderat mitgeben können:

- Die neue Aufgabenverteilung ist zu aktualisieren, es ist Klarheit und Aktualität zu schaffen.
- Eine grosse Frage für uns ist: Gehören Finanzen und Personal nicht zusammen? Aufgrund von Synergien und strategischer Steuerung?
- Die Unabhängigkeit des Bauinspektorats müsste gewährleistet sein.
- Wo ist die Informatik am besten angesiedelt?
- Den Transfer der Abteilung Sicherheit zum DUB könnte man sicherlich zumindest prüfen.
- Die vollständige Schnittstellenanalyse, diese wurde bereits genannt.
- Die direktionsübergreifende Zusammenarbeit ist wirklich sehr wichtig. Da sehen wir auch Synergien zum Beispiel bei der Grünpflege und dem Winterdienst, welche man in Zukunft sicherlich besser nutzen könnte.

- Schlussendlich muss eine ausgewogene Direktionsarchitektur sichergestellt werden und nicht eine Machtkonzentration auf einige Direktionen.

Wir nehmen von diesem Bericht teilweise zustimmend Kenntnis. Wir anerkennen die geleistete Arbeit, aber sehen auch klar, der ursprüngliche Auftrag ist eigentlich mit diesem Bericht noch nicht erfüllt. Die echte Direktionsreform steht noch aus. Die GPK-Motion ist ein guter erster Schritt in die richtige Richtung und der Gemeinderat sollte diese Punkte vollständig aufnehmen und ernsthaft prüfen, damit wir zu einer neuen, effizienten, modernen und politisch ausgewogenen Organisation kommen.

Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer, SP: Ich danke zuerst dem GPK-Sprecher für die gute Zusammenfassung, damit nicht alle alles nochmals zusammenfassen mussten. Das war sehr wertvoll. Doch ich danke besonders euch allen für diese fundierte Auseinandersetzung mit diesem Geschäft. Es kamen viele gehaltvolle und wichtige Rückmeldungen. Es kam auch die Erkenntnis, dass dies eine ständige Aufgabe ist und darum ist es auch sehr interessant, heute einmal zu hören, wie ihr dies seht, weil wir jetzt in der Verwaltung und dann auch im Gemeinderat sehr lange über dieses Geschäft gesprochen haben und es war wirklich Zeit, dies einmal mit euch zu spiegeln.

Es freut mich, dass wir diese Diskussion hier führen können und es freut mich natürlich auch, wenn hier Wertschätzung auch gerade gegenüber der Verwaltung, welche hier viel gearbeitet hat, zurückkommt. Zu Beginn der Legislatur war klar, die Gemeinde steht vor grossen Herausforderungen: Die Bevölkerung wächst, die Aufgaben werden komplexer, die Digitalisierung schreitet voran und gleichzeitig fehlen überall Fachkräfte. Da hat man gute und schöne Pläne gemacht und dann kam Corona und der budgetlose Zustand und das hat zu sehr grossen Verunsicherungen insbesondere in der Verwaltung geführt. Vor diesem Hintergrund musste man mit etwas Fingerspitzengefühl vorgehen. Mit externer Unterstützung haben wir die Verwaltung einmal so angeschaut, wie es auch im Bericht steht, und haben überlegt, was zu Köniz passt. Es ist bewährt pragmatisch, wie es aus meiner Sicht die Stärke von Köniz ist, nicht ein unnötiger Aufwand, sondern immer mit Blick darauf, was denn am Schluss für die Bevölkerung eine Verbesserung bringt. Denn um das geht es uns ja.

Wir haben bewusst zwischen politischen Strukturen und operativen Fragen unterschieden und das wurde hier ja auch gewürdigt und wurde auch so zurückgemeldet.

Zuerst zu den politischen Fragen: Die Direktionsreform wurde bewusst priorisiert und sofort angegangen. Ich habe bereits gesagt, es war eine unsichere Zeit und wir brauchten dringend Stabilität in der Verwaltung. Ihr seid dazu bereits informiert worden, weil uns dies wichtig war, damit ihr dies sofort wisst. Wir wollten auch nicht, dass man jahrelang in der Verwaltung rätselt, wer jetzt wohin verschoben wird. Wer schon einmal in einer Organisation gearbeitet hat, in welcher eine so grosse Umstrukturierung passiert, weiss, dass dies sehr lähmend sein kann.

Wir haben es uns aber nicht einfach gemacht. Wir haben geschaut, wie dies heute mit Köniz ist. Ihr wisst, man beschloss ja grosse Veränderungen, als man fünf vollamtliche Direktionen und Direktionsvorstehende eingesetzt hat. Wir haben dies angeschaut und gesehen, das macht wirklich Sinn. Es macht Sinn, dass Köniz fünf vollamtliche Exekutiv-Mitglieder hat.

Wir haben auch geschaut, wie andere dies aufteilen und wir fanden heraus, es gibt weder richtig noch falsch, es gibt einfach sehr viele unterschiedliche Herangehensweisen, welche Abteilung mit welcher Abteilung zusammen in einer Direktion ist. Wir haben aber auch sehr schnell gemerkt, was wirklich wichtig ist, ist die Zusammenarbeit. Es sind selten nur zwei Abteilungen, welche zusammen arbeiten. In ganz vielen Fällen sind es viel mehr Abteilungen und man kommt nicht darum herum, über die Direktion hinweg gut miteinander zu arbeiten. Und das ist auch ein Vorteil von Köniz: Wir haben auch eine Grösse, mit welcher dies noch relativ gut funktioniert. Wir haben nämlich herausgefunden, wenn wir uns mit anderen grösseren Städten vergleichen, dass diese durchaus grössere Schwierigkeiten mit dieser Zusammenarbeit haben, weil es dort schon viel grössere Strukturen pro Direktion gibt und diese Zusammenarbeit viel formalisierter ist. Wir haben aber auch herausgefunden, dass wir sehr ähnlich wie Thun sind. Ohne, dass wir dies gewollt haben, fanden wir ganz viele ähnliche Abläufe und Instrumente und ihr wisst, Thun ist in etwa gleich gross wie wir, vermutlich haben wir also vieles nicht ganz so schlecht gemacht.

Es war uns also wichtig, Stabilität zu erreichen und auch zu schaffen, damit wir in der Legislatur vorwärtsarbeiten können und darum haben wir diese Legislatur-Reform de facto eigentlich bereits 2023 abgeschlossen und euch dies hier auch im Zwischenbericht mitgeteilt. Der Gemeinderat hat immer gesagt, wenn man hier etwas ändern will, dann müsste dies nicht mit dem aktuellen Gemeinderat, sondern mit einem nächsten Gemeinderat gemacht werden.

Darum möchte ich jetzt gerne noch etwas über die Verwaltungsreform sagen, denn dort wurde weiter gearbeitet und ihr seht auch, was dort alles gemacht wurde. Wir haben ganz viele Sachen angeschaut, bei welchen es notwendig war, sie wieder einmal anzuschauen und zusammen zu besprechen. Die

sogenannte AKV – Aufgaben, Kompetenzen, Verantwortung – zum Beispiel, die Rolle des Kaders, wir haben auch zahlreiche Abläufe angeschaut und wir haben zur Digitalisierung, welche eine grosse Herausforderung ist, überlegt, wie wir diese klug umsetzen können und welche wir priorisierten. Das wisst ihr, das sind die Finanz- und Personalprozesse und die Digitalisierungsstrategie, welche ihr auch schon gesehen habt. Und wir sind dort dran und das wird auch nie fertig sein. Ihr seht auch die zahlreichen anderen Digitalisierungsprojekte: Dort geht es auch darum, die Kosten im Griff zu haben, Synergien mit anderen Gemeinden und vor allem auch mit dem Kanton zu finden. Es muss ja nicht jede Gemeinde das Rad neu erfinden, denn wir haben alle die gleichen Aufgaben. Dort sind wir dran.

Jetzt können wir sagen, das Programm hat Wirkung gezeigt, wir haben keine grosse Strukturreform gemacht, aber wir sind gezielt und wirksam vorgegangen. Wir sind organisatorisch und digital besser aufgestellt und bereit, noch weitere Herausforderungen anzugehen. Es wird uns also weiterhin beschäftigen, denn es ist eine Daueraufgabe, es braucht immer Verbesserungen und während wir diese Daueraufgabe erfüllen, wollen wir nicht die ganze Verwaltung lahm legen. Ich glaube, das wäre auch nicht in eurem Interesse, es müssen ja nebenbei noch einige andere Sachen gemacht werden. Es muss also in einem sinnvollen Mass sein.

Was jetzt noch gesagt wurde ist, dass dieser Bericht bereits überholt sei. Das glaube ich nicht, denn das ist der Bericht des alten Gemeinderates zu dieser Verwaltungs- und Direktionsreform. Aber, wie es gesagt wurde, es ist eine Daueraufgabe und auch das neue Gremium wird sich mit den operativen aber natürlich auch mit den strategischen Sachen befassen. Ihr habt jetzt eine Absichtserklärung gehört, aber die Fortsetzung dieses Berichts, diese folgt im nächsten Jahr in der neuen Legislatur. Und ich habe hier einige Sachen gehört, offene Fragen, welche ihr gerne beantwortet haben möchtet. Wir haben auch die Motion gelesen, welche von der GPK kam und wir sind sicher absolut dabei, damit wir euch dies zeitnah beantworten können, so dass ihr diese Informationen dann habt, wenn ihr auch über den nächsten Schritt entscheidet und wir hier wieder zusammen darüber sprechen können.

Ich möchte aber nochmals sagen: Es hat sich bewährt, man muss nicht immer alles auf den Kopf stellen, manchmal ist es klug, einen Weg auch konsequent weiter zu gehen, das ist so, wie ich Köniz eigentlich erlebe: Pragmatisch und auch immer mit dem Blick auf das, was möglich ist oder was vielleicht eher das Kind mit dem Bad ausschütten ist. Letzteres wollen wir eher nicht. Darum freue ich mich, wenn ihr positiv von diesem Bericht Kenntnis nehmt und auch der Abschreibung zustimmt, so dass wir dann diese Daueraufgabe angehen und in der nächsten Legislatur die nächsten Schritte machen können.

Beschluss

Das Parlament nimmt Kenntnis vom Schussbericht Programm "Verwaltungs- und Direktionsreform Gemeinde Köniz".

(Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen für zustimmende Kenntnisnahme, 21 Stimmen für teilweise zustimmende Kenntnisnahme, 0 Stimmen für ablehnende Kenntnisnahme)

PAR 2025/111

Motion V2127 (FDP) "Eine moderne Gemeinde braucht eine adäquate schlanke, effiziente und kostengünstige Verwaltungsstruktur"

Abschreibung; Direktion Präsidiales und Finanzen

1. Ausgangslage

Das Parlament hat an seiner Sitzung vom 17. Januar 2022 die Motion V2127 (FDP) "Eine moderne Gemeinde braucht eine adäquate schlanke, effiziente und kostengünstige Verwaltungsstruktur" erheblich erklärt.

In der Motion wird der Gemeinderat beauftragt, dem Parlament "einen Plan zur Neuorganisation der Verwaltung in der Gemeinde Köniz" vorzulegen, der im Wesentlichen folgende Ziele verfolgt:

- Prozesse optimieren und den heutigen Bedürfnissen anpassen
- Anpassung der Strukturen an die aktuellen Bedürfnisse der Gemeinde
- Effizienzsteigerung durch Vermeidung von Doppelspurigkeiten

- Reduktion der Kosten der Verwaltung u.a. ist auch eine Reduktion der Stellenprozente der Gemeinderatsmitglieder zu überprüfen
- Skaleneffekte generieren
- Klare Strategie zum In- und Outsourcing einzelner Gemeindeaufgaben auch im Hinblick auf die finanziellen Hintergründe und die Grössen der Direktionen

Mit dem Bericht "Verwaltungsreform Köniz: Programmplan" hat der Gemeinderat den vom Parlament in Auftrag gegebenen "Plan" zur vom Gemeinderat beschlossenen "Verwaltungsreform Köniz" dem Parlament zur Kenntnisnahme vorgelegt. Das Parlament hat im August 2023 diesen Programmplan zur Kenntnis genommen¹ und gleichzeitig die Verlängerung der Erfüllungsfrist auf Ende 2025 beschlossen, den geplanten Zeitpunkt des Programmabschlusses der Verwaltungsreform Köniz und des Abschlusses der laufenden Legislatur 2022-2025.

Obwohl mit dem vom Parlament im August 2023 zur Kenntnis genommenen Bericht das Kernanliegen der Motion eigentlich erfüllt war, sollte mit einem Schlussbericht die Kenntnisnahme der Ergebnisse des Programms durch das Parlament ermöglicht werden.

Mit dem parallel zum vorliegenden Abschreibungsantrag eingereichten Geschäft "Verwaltungs- und Direktionsreform Gemeinde Köniz – Schlussbericht, Kenntnisnahme", wird diesem Anliegen nachgekommen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird abgeschrieben.

Köniz, 24. September 2025

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Beantwortung, [Motion V2127 \(FDP\) "Eine moderne Gemeinde braucht eine adäquate schlanke, effiziente und kostengünstige Verwaltungsstruktur"](#)

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Bei diesem Geschäft handelt es sich um eine Abschreibung, zuständig ist die Direktion Präsidiales und Finanzen. Da die Erstunterzeichnerin Erica Kobel nicht mehr im Parlament ist, übernimmt Ronald Sonderegger ihre Rolle.

Anstelle der Erstunterzeichnerin, Ronald Sonderegger, FDP: Ich muss schon sagen, die FDP. Die Liberalen sind mit dem Antrag zur Abschreibung nicht wirklich einverstanden. Wenn wir die verschiedenen Aspekte anschauen, um welche es uns bei dieser Motion ging, dann wurde zwar dieser Bericht erstellt, die Verwaltungsreform Köniz, ein Programmplan - das Parlament hat davon im Jahr 2023 Kenntnis genommen und eine verlängerte Erfüllungsfrist bis Ende 2025 beschlossen.

Nur: Was ist seither passiert? Es läuft eigentlich alles ein bisschen entgegen dieser Motion: Wir haben mehr Personal. Kostengünstiger sind wir nicht wirklich geworden, im Gegenteil, wir machen uns Sorgen um die Mehrkosten, welche uns Kopfzerbrechen bereiten. Der ganze Plan schlägt sich nicht in Zahlen nieder und eine Reduktion der Verwaltung und der Verwaltungskosten ist schlicht nicht erfolgt und aus unserer Sicht auch nicht in Sicht. Wir führen ChatGPT ein, wenn dies nicht richtig angewendet wird, dann kommt es am Schluss noch teurer raus. Anscheinend wurde das Personal hier geschult, nur wo ist die Anwendung? Erfolgt diese denn privat? Uns fehlen strategische Ansätze. Hier braucht es eine

¹https://www.koeniz.ch/public/upload/assets/21090/2023-08-28_T11_V2127_Moderne%20Gemeinde.pdf?fp=1

Prozessanpassung und Überlegungen für die Zukunft. Wie sieht die Strategie im Outsourcing oder In-sourcing aus? Das fehlt uns total. Die Digitalisierung ist im Gange, aber wo ist die Einsparung? Das muss doch irgendwo zu Entlastungen führen? Zum Beispiel, wenn Fluktuationen sind, dass nicht immer gleich wieder jede Stelle neu besetzt wird. Mittlerweile findet auch KI Einzug und hier ist auch wieder anzuführen, dass diese aus unserer Sicht nicht in der Gemeinde genutzt wird und wir haben die Befürchtung, dass es dann wieder für private Nutzungen sein wird.

Aus unserer Sicht wurde hier zu wenig darauf eingegangen und die Begründungen zum Schlussbericht fehlen uns ein bisschen. Aus diesem Grund werden wir von der FDP. Die Liberalen dieser Abschreibung nicht zustimmen. Dominic Amacher wird als zukünftiger Gemeinderat in den Ausstand treten und sich der Stimme enthalten.

Fraktionssprecher SVP, Reto Zbinden: Wir unterstützen den Nichtabschreibungsantrag der FDP. Auch wir haben das Gefühl, dass hier noch nicht ganz alles erfüllt ist, was in der Motion gefordert ist. Insbesondere Skaleneffekte oder klare Strategien für das In- und Outsourcing fehlen uns in diesem Bericht. Es gibt durchaus Sachen, welche man wirklich jetzt mitnehmen kann, es ist jetzt gerade der richtige Moment, dies weiter zu ziehen und in die Überarbeitungen einfließen zu lassen, welche der Gemeinderat selber in Aussicht stellt.

Darum finde ich, es ist hier jetzt der völlig falsche Moment, dies hier abzuschreiben. Es hat in dieser Motion gute Punkte, welche man jetzt dem Gemeinderat nochmals mitgeben kann, damit er dies in die Organisationsreform einfließen lässt.

Darum: Auch die SVP ist gegen die Abschreibung.

Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer, SP: Ich habe den Vorstosstext vor mir und muss ehrlich gesagt sagen, dass wenn ihr diese Motion nicht abschreibt, ich sehr froh wäre, noch genauer zu wissen, was ihr euch vorstellt. Denn hier stehen verschiedene Punkte, wie man die Verwaltung neu organisieren soll. Es steht zum Beispiel: "Prozesse optimieren und den heutigen Bedürfnissen anpassen". Das haben wir festgestellt, das haben wir gemacht, aber es bleibt natürlich wichtig.

"Anpassung der Struktur an die aktuellen Bedürfnisse der Gemeinde": Auch daran haben wir wirklich gearbeitet. Wir haben Effizienzsteigerungen durch die Vermeidung von Doppelspurigkeiten. Wir haben das versucht, aber ich muss dazu sagen, so einfach ist das gar nicht. Wir haben im Gemeinderat sehr viel diskutiert, ob jetzt eine Effizienzsteigerung möglich ist und haben gemerkt, dass wir schon sehr schlank aufgestellt sind und es nicht so viele Doppelspurigkeiten gibt, wie man vielleicht denken könnte. Es geht auch noch um die Reduktion der Kosten in der Verwaltung: Es ist natürlich schwierig zu sagen, was anhand eines solchen Projekts eingespart wird. Wenn es aber die Erwartung ist, dass Köniz insgesamt kein Stellenwachstum mehr hat, dann ist dies nicht erfüllbar. Das einzige, was vermutlich erfüllbar ist, ist, dass wir weniger schnell wachsen. Es ist sehr schwierig, auseinander zu nehmen, was denn jetzt dank diesem Programm nicht nötig war.

Wir hatten auch noch ziemlich viel Nachholbedarf aus der Vergangenheit, bei welchem man sagen muss, im Vergleich mit der Komplexität, welche zugenommen hat und mit den Aufgaben, welche auch zurecht von euch und der Bevölkerung erwartet werden – jemand muss dies ja auch machen. Es ist also nicht so, dass wir stehen bleiben und dann sagen, man kann jetzt Stellen abbauen. Da müsste man dann klarer sagen, wo genau denn diese Reduktion möglich wäre.

Skaleneffekte, da weiss ich nicht genau: Skaleneffekte von was? Da wäre ich auch noch froh um ein Votum und um welche Skaleneffekte es genau geht, damit wir wissen, wo wir ansetzen sollen. Wenn damit gemeint wäre, dass wir dank der Digitalisierung Personal einsparen können, dann habe ich noch kein Projekt erlebt, bei welchem dies möglich gewesen wäre. Das haben wir aber auch nie behauptet. Die Schwierigkeit beim Digitalisieren ist vielmehr, dass dies erwartet und verlangt wird, wir können gar nicht nichts machen. Aber es hat in den seltensten Fällen dazu geführt, dass man drei Personen weniger braucht. Im Gegenteil, meistens braucht man zu Beginn noch mehr, um dies einzuführen. Aber es wird einerseits von der Bevölkerung erwartet. Ich sage diese eUmzug und eBau, das sind Sachen, welche uns zuerst Mehraufwand verursachen, weil es nicht immer gleich sofort funktioniert, aber es ist eine Erwartung, dass man diese Sachen auch digital machen kann. Es ist eine zusätzliche Dienstleistung. Und trotzdem wollen die Leute auch noch den Schalter, sie wollen auch noch zu uns kommen können. Man kann den Schalter nicht einfach schliessen. Dann ist gleich sofort wieder eine Frage, darf denn die Gemeinde nur noch digitale Dienstleistungen anbieten? Die Digitalisierung führt zu einem Mehraufwand, aber auch zu einer besseren Versorgung der Bevölkerung und das wurde bisher auch so erwartet. Wenn hier die Meinung wäre, dass man zum Beispiel auf die Schalteröffnungszeiten verzichten sollte oder dass man dort ansetzen sollte, dann müsst ihr das etwas klarer sagen. Da war der Gemeinderat immer dagegen.

Und das In- und Outsourcing: Wir haben in der Vergangenheit mehrfach darüber gesprochen. Es gab verschiedene Geschäfte, in welchen dies diskutiert wurde und wir waren der Meinung, dass man dies anhand dieser Geschäfte bereits angeschaut hat und wollten nicht nochmals eine Strategie machen, welche sozusagen "Trockenschwimmen" wäre, sondern wir hatten das Gefühl, dass anhand dieser verschiedenen Geschäfte wir dort schon genug administrativen Aufwand hatten. Wir haben dies nicht so verstanden, dass das noch gewünscht worden wäre. Wenn aber jemand eine zusätzliche neue Strategie will, dann sagt mir dies doch, dann machen wir noch eine Strategie. Uns ging es eben immer darum, die Ressourcen auch etwas einzuschränken. Alleine dieses Reformprogramm hat schon ziemlich viele Ressourcen verschlungen – es war zuvor auch schon mal die Frage, wie viel Aufwand gibt es, wenn man eine solche Strategie machen muss. Das bedeutet eben auch Aufwand, wenn man es richtig macht. Darum dachten wir, wir sind pragmatisch, auch im Sinne des Vorstosses, und machen einfach das, was wirklich etwas bringt.

Doch wenn ihr es nicht abschreiben wollt, dann wäre ich froh, wenn etwas genauer kommen würde, welche Punkte ihr nochmals sehen wollt. Anhand dieser beiden Voten wüsste ich persönlich jetzt nicht genau, was der Gemeinderat hier nochmals reinbringen soll. Ob er einen neuen Bericht bringen soll, ob er konkret ein neues Projekt anstossen soll, ob er eine Strategie bringen soll - da wäre ich sehr darauf angewiesen, dass ihr dies noch etwas präzisiert. Das wäre einfach ein Wunsch. Ihr müsst das natürlich nicht, aber es würde mir helfen - falls es denn überwiesen würde - auch das zu bringen, was euch noch fehlt.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Eine Bemerkung meinerseits: Das können sie nicht, weil die Redeordnung dies nicht vorsieht. Damit ist die Debatte geschlossen und wir kommen zur Abstimmung.

Beschluss

Die Motion wird abgeschrieben.

(Abstimmungsergebnis: 26 Stimmen für Abschreibung, 9 Stimmen gegen Abschreibung, 4 Enthaltungen)

PAR 2025/112

V2522 Motion (SVP-Fraktion, FDP-Fraktion, EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Mehr Transparenz bei der Bezeichnung öffentlicher Leistungen der Gemeinde Köniz"

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Vorstosstext

Der Gemeinderat wird beauftragt:

1. In neuen oder überarbeiteten Erlassen, Reglementen, Publikationen und amtlichen Informationen auf die Begriffe «gratis», «kostenlos», «unentgeltlich» o.ä. zu verzichten, wenn es sich um Leistungen handelt, die durch Steuergelder oder Gebühren finanziert werden. Stattdessen soll in solchen Fällen die Formulierung «aus Steuergeldern finanziert» oder «mit Gebühren finanziert» verwendet werden, um deutlich zu machen, dass die Leistungen zwar für die Nutzerin oder den Nutzer kostenlos erscheinen, aber durch die Allgemeinheit getragen werden. Bei bestehenden Erlassen, Reglementen, Publikationen und amtlichen Informationen soll die Umformulierung erst bei einer Überarbeitung erfolgen.
2. Die Gemeinde soll geeignete Massnahmen ergreifen, um die Bevölkerung auf diesen Zusammenhang aufmerksam zu machen und das Bewusstsein für den Wert und die Finanzierung öffentlicher Leistungen zu stärken. Dazu sollen auch die Kommunikationsrichtlinien der Gemeinde entsprechend angepasst werden.

Begründung

Viele Angebote und Dienstleistungen der Gemeinde – wie etwa der Schulunterricht, gewisse Sozialleistungen, Freizeitangebote oder Infrastrukturdienste – werden in der öffentlichen Kommunikation als «gratis» oder «kostenlos» bezeichnet. Dies ist aus Sicht der Nutzerinnen und Nutzer oder Leistungsbeziehenden zwar nicht falsch, kann aber leicht den Eindruck erwecken, diese Leistungen seien tatsächlich ohne Kosten für die Gesellschaft verbunden. Tatsächlich werden solche Leistungen durch Steuergelder finanziert – also durch die Bürgerinnen und Bürger selbst. Es ist daher sachlich und auch im Sinne der Transparenz angebracht, diesen Zusammenhang sichtbar zu machen. So wird der Beitrag der Bevölkerung gewürdigt und es entsteht ein bewussterer Umgang mit öffentlichen Ressourcen.

Im Sinne der Verwaltungseffizienz soll bei bestehenden Erlassen, Reglementen, Publikationen und amtlichen Informationen die Umformulierung erst bei einer Überarbeitung erfolgen.

Mittelhäusern, 05.06.2025

Reto Zbinden

Eingereicht

16.06.2025

Unterschrieben von 15 Parlamentsmitgliedern

Reto Zbinden, Roland Hofer, Kathrin Gilgen, Andrea Winzenried, Florian Moser, Mark Kobel, Dominic Amacher, Heidi Eberhard, Sandra Röthlisberger, Fabienne Marti, Roland Akeret, Arlette Mürger, Janka Hamm, Selin Lopez, Casimir von Arx

Antwort des Gemeinderates

1. Formelle Prüfung

Im Falle der Erheblicherklärung der Motion erteilt das Parlament dem Gemeinderat in Bezug auf Ziffer 1 einen verpflichtenden Auftrag und gibt ihm in Bezug auf Ziffer 2 eine Richtlinie vor (siehe Beilage 1, Motionsprüfung vom 8. Juli 2025)

2. Das Motionsanliegen

Der Vorstoss verlangt, dass die Gemeinde Köniz in Zukunft bei Erlassen, Reglementen, Publikationen und amtlichen Informationen auf die Begriffe «gratis», «kostenlos» und «unentgeltlich» verzichtet, wenn es sich um öffentliche Leistungen handelt und dass die Gemeinde die Finanzierung transparent macht. Bestehende Erlasse und Dokumente sollen bei einer Überarbeitung entsprechend angepasst werden. Zudem soll die Gemeinde Massnahmen zur Sensibilisierung der Bevölkerung ergreifen sowie die Kommunikationsrichtlinien entsprechend prüfen und anpassen.

Der Gemeinderat kann das Motionsanliegen im Grundsatz nachvollziehen: Es ist sinnvoll, wenn sich Nutzer:innen öffentlicher Dienstleistungen bewusst sind, dass auch unentgeltliche Angebote letztlich von der Allgemeinheit finanziert werden.

Zur Beurteilung des Vorstosses stellt sich für den Gemeinderat jedoch einerseits die Frage, ob tatsächlich ein Bedarf besteht, das Bewusstsein der Bevölkerung in dieser Hinsicht zu stärken. Andererseits ist zu prüfen, ob die vorgeschlagenen Massnahmen sinnvoll und praxistauglich sind. Diese beiden Aspekte werden im Folgenden erörtert.

3. Besteht in der Gemeinde ein Bedarf, das Bewusstsein zu stärken?

In der geltenden Gesetzgebung der Gemeinde Köniz (Gemeindeordnung, Reglemente, Verordnungen) finden sich nur vereinzelt Bestimmungen, in denen die Begriffe «gratis», «kostenlos» oder «unentgeltlich» verwendet werden. Beispiele sind:

- Art. 12 Gemeindeordnung: kostenlose Vorprüfung von Initiativbegehren durch den Gemeindevorsteher;

- Art. 24 Einsichtnahme in archivierte Unterlagen: Aufwand bis 15 Min. ist gratis;
- Art. 10 Verordnung über Abstimmungen und Wahlen; kostenlose Zustellung des Werbematerials der Wählergruppen an die Stimmbürger:innen;
- Verordnung über die Benützung des Schwimmbads Köniz Weiermatt, Anhang Gebührentarif: Einzeleintritte für Kinder (bis 6 Jahre) / Schwerstbehinderte / Könizer Schulklassen und Könizer Vereine (auf Voranmeldung) sind gratis; Kästchen pro Tag (Depotmat) sind gratis (mit CHF 2 Depot);
- Art. 9c, Absatz 5 Verordnung über die Benützung der öffentlichen Parkplätze: gratis Anwohner- und/oder Besucherparkkarten an das Schweizerische Rote Kreuz für die Aktion „2 x Weihnachten“ und an notfalldienstleistende Ärzte.

Auch in amtlichen Publikationen und der öffentlichen Kommunikation werden diese Begriffe nur selten verwendet. Dies ist auch deshalb der Fall, weil es eine Kernaufgabe der Gemeinde ist, vielfältige Dienstleistungen zu erbringen, für die in der Regel keine separate Gebühr erhoben wird. Die Begriffe «gratis» oder «unentgeltlich» werden nur dann eingesetzt, wenn es im konkreten Fall sinnvoll erscheint, besonders hervorzuheben, dass für eine spezifische Leistung keine separate Gebühr von der/dem Nutzer:in verlangt wird (z.B. bei Gratiseintritten).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die erwähnten Begriffe in der Gesetzgebung wie auch in der Kommunikation der Gemeinde Köniz nur in wenigen, spezifischen Fällen Anwendung finden.

Für die Mehrheit der Gemeindedienstleistungen – wie bei anderen Staatsebenen auch – werden keine gesonderten Gebühren verlangt. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass sich die Bevölkerung dieser Finanzierung durch die Allgemeinheit bewusst ist. Im dezentralen Staatsmodell der Schweiz, in dem die meisten Dienstleistungen auf Gemeindeebene erbracht werden, ist der Kontakt der Bürger:innen mit der Verwaltung eng und direkt. Zudem stimmen die Stimmberechtigten regelmässig über Steuerfragen ab, reichen ihre Steuerklärungen selbst ein, und sehen direkt, dass ein erheblicher Anteil ihrer Steuern an die Wohnsitzgemeinde geht. Dies alles trägt wesentlich zur Transparenz und zum Bewusstsein über die staatliche Finanzierung bei.

Der Gemeinderat ist daher überzeugt, dass die allermeisten Könizer:innen wissen, dass Angebote wie Schulunterricht, Sozialhilfe, Freizeitinfrastruktur und andere Dienstleistungen durch Steuern und Gebühren finanziert werden. Entsprechend sieht er keinen Anlass, mit zusätzlichen Massnahmen gezielt auf eine Stärkung dieses Bewusstseins hinzuwirken.

4. Beurteilung der vorgeschlagenen Massnahmen

Die Motion schlägt vor, künftig in Erlassen, Reglementen, Publikationen und amtlichen Informationen auf Begriffe wie «gratis», «kostenlos» oder «unentgeltlich» zu verzichten und stattdessen die Formulierungen «aus Steuergeldern finanziert» oder «mit Gebühren finanziert» zu verwenden.

Wie in Kapitel 3 dargestellt, kommen diese Begriffe ohnehin selten vor. Wenn sie verwendet werden, dann mit dem Ziel, klarzustellen, dass für die konkrete Leistung keine separate Gebühr zu entrichten ist. Eine Ersetzung durch Begriffe wie «aus Steuergeldern finanziert» würde die Verständlichkeit und rechtliche Klarheit beeinträchtigen. Zudem könnten solche Formulierungen zu Missverständnissen führen. Ein Beispiel: Der Hinweis, dass der Gratiseintritt für Kinder unter sechs Jahren «aus Steuergeldern finanziert» sei, könnte allenfalls fälschlich so interpretiert werden, dass nur Kinder von in Köniz steuerpflichtigen Erziehungsberechtigten davon profitieren würden.

Auch entsprechende Vorgaben und Richtlinien für eine öffentliche Kommunikation, z.B. den Schulunterricht nicht mehr als «unentgeltlich», sondern als «aus Steuergeldern finanziert» zu bezeichnen, erscheint aus Sicht des Gemeinderats wenig zielführend. Die Formulierung wäre sperriger und nicht notwendigerweise verständlicher.

Hinzu kommt die Frage der Umsetzbarkeit: Für viele Dienstleistungen ist der Finanzierungsmechanismus komplex und deshalb nur schwer vermittelbar. Die Leistungserbringung erfolgt häufig über mehrere Abteilungen oder sogar mehrere Staatsebenen hinweg. Ein Beispiel ist der Schulbetrieb: Planung, Bau, Unterhalt, Umgebungsplanung, Unterricht, Verwaltung, Reinigung, soziale Begleitung und kantonale Aufsicht greifen hier ineinander. Die entsprechenden Kosten fliessen aus verschiedenen Budgets. Zudem verfügt die Gemeinde Köniz zur (Co-)Finanzierung gewisser Leistungen Spezialfinanzierungen (z.B. Klimafonds, Mehrwertausgleichfonds), auch diese müsste konsequenterweise berücksichtigt werden. Auch Ko-Finanzierungen mit dem Kanton oder mit anderen Gemeinden (z.B. via Lastenausgleich) kommen zum Tragen und müssten berücksichtigt werden. Diese Komplexität macht es praktisch unmöglich, in allen Fällen eine einfach verständliche und vermittelbare Kommunikation zur

Finanzierungsquelle zu machen - und erst recht, diese systematisch und konsistent in Erlasse und Publikationen zu integrieren.

Der Gemeinderat kommt daher zum Schluss, dass die vorgeschlagene sprachliche Umstellung nicht nur schwer umsetzbar, sondern auch inhaltlich wenig sinnvoll ist.

5. Fazit

Der Gemeinderat anerkennt das Anliegen der Motion im Grundsatz, sieht jedoch keinen konkreten Handlungsbedarf. Die Begriffe «gratis», «kostenlos» und «unentgeltlich» werden in Köniz nur selten und in begründeten Ausnahmefällen verwendet. Eine systematische Ersetzung durch die Formulierungen «aus Steuergeldern finanziert» oder «mit Gebühren finanziert» ist in der Praxis schwer umsetzbar, potenziell missverständlich und aus Sicht des Gemeinderats weder erforderlich noch zielführend.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird abgelehnt.

Köniz, 29. 10. 2025

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Formelle Prüfung der Motion vom 8. Juli 2025

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Bei diesem Traktandum handelt es sich um eine Beantwortung der Direktion Präsidiales und Finanzen. Das Wort hat der Erstunterzeichner.

Erstunterzeichner, Reto Zbinden, SVP: Ich kann es gleich sagen, der Auslöser dieser Motion war der Vorstoss V2501 "Kostenloser ÖV für Könizer Kinder und Jugendliche". Damit ist auch klar, die Begriffe "gratis" und "kostenlos" werden tatsächlich immer wieder gebraucht – hier im Parlament, im Gemeinderat, in der Verwaltung und damit auch bei der Bevölkerung. Und immer für Leistungen, welche durch Steuergelder finanziert sind. Leider haben wir die Traktandenliste umgestellt, denn es wäre nämlich so gewesen, dass beim Traktandum zuvor, das ursprüngliche Traktandum 19, steht: *"Angebote für die Bevölkerung: Liegenschaftsbesitzende können ihre Neophyten gratis entsorgen. Informationen dazu und zu Neophyten allgemein gab und gibt es regelmässig im Köniz innerorts und auf der Homepage von Köniz."* Und nicht nur dort. Ihr könnt es in der Badi lesen, dort ist der Eintritt "gratis" für Kinder, Sozialberatung, unsere Beratung ist "kostenlos", wir bieten eine "kostenlose" Energieberatung an. Wir haben diverse Informationsanlässe, der Eintritt ist immer "kostenlos". Die Jugendarbeit macht alles "gratis" und sogar in der Parkkartenverordnung steht "gratis Parkkarten für die SRK-Aktion 2mal Weihnachten" – alles solche Beispiele.

Ich komme zu den Einwänden des Gemeinderates, warum er diese Motion ablehnt:

- Die Begriffe "gratis" oder "kostenlos" werden kaum verwendet. Ich glaube, ich habe zuvor bereits einige Beispiele genannt, ihr könnt auf der Webseite der Gemeinde schauen, ihr findet überall das Wort "gratis" oder "kostenlos". Und eben das sind Gemeindedokumente, das sind reale Beispiele und nicht nur ganz wenige Ausnahmen.
- Dann der zweite Einwand, die Bevölkerung wisse, dass alles durch Steuern finanziert ist. Nein, ansonsten müsste man nicht immer erklären, dass diese Massnahmen mit Steuergeldern finanziert werden, wenn das einfach so klar wäre. Ich glaube, es ist nicht für alle so klar. Für uns hier schon, für alle, welche sich intensiver mit der Politik und mit den Finanzen beschäftigen, ist dies klar. Aber

ich glaube wirklich nicht, dass es für alle immer so ganz klar ist, dass dies immer mit Steuergeldern finanziert ist.

- Der dritte Einwand, der Hinweis könnte zu Missverständnissen führen. Klare Formulierungen zum Beispiel in der Badi: "Der Eintritt ist für die Nutzer:innen kostenlos, finanziert wird er durch die Steuerzahlenden der Gemeinde Köniz." Damit würde Transparenz geschaffen und es wäre auch nicht mehr verwirrend.
- Dann gab es noch einen vierten Einwand, die Finanzierung sei komplex. Ja, das stimmt wirklich, das ist manchmal wirklich sehr komplex und um dies aufzuzeigen, sicherlich auch nicht ganz einfach, aber genau dort braucht es eben auch Transparenz, damit wir auch verstehen, was, wie genau finanziert wird. Denn das wissen zum Teil nicht einmal wir hier, was genau durch wen finanziert wird. Darum, wäre es dort eben umso wichtiger, dass wir Transparenz haben.
- Dann haben wir noch den Einwand, dass es etwas sperrig sei, immer "mit Steuergeldern finanziert" oder "durch die Steuerzahlenden finanziert" zu schreiben. Ja, das ist auch so, der englischen Ausdruck dafür heisst "taxpayers money", das ist natürlich viel eleganter und viel schöner zu sagen, ich würde jetzt aber darauf verzichten, hier auch noch einen solchen Anglizismus einzuführen, ich glaube "mit Steuergeldern finanziert" ist auch nicht so schlecht.
- Und sechstens, es besteht kein Bedarf: Falsche Begriffe und das haben wir hier nun mal – es sind falsche Begriffe, wenn man von "gratis" und "kostenlos" spricht. Jemand zahlt schlussendlich und mehr Transparenz würde dies verhindern. Ich glaube, wir schulden unseren Steuerzahlenden klar und ehrlich zu kommunizieren, wofür wir ihr Geld einsetzen. Das kann ja durchaus auch positiv formuliert sein, dass man den Steuerzahlenden aufzeigt, was sie eigentlich mit ihren Geldern alles bezahlen, welche guten Leistungen, welche unsere Gemeinde erbringt. Man muss dies ja nicht negativ formulieren, man kann dies wirklich als positive Formulierung reinnehmen. Transparenz ist nicht einfach nur "nice to have", sondern es ist eine Pflicht von uns. "Gratis" gibt es nicht, irgendjemand bezahlt es immer. Darum bitte ich euch, diese Motion anzunehmen.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Mir wurde der Wunsch zugetragen, das Fotografieverbot für heute Abend aufzuheben. Diesem Wunsch komme ich hiermit nach.

Fraktionssprecherin SP/JUSO, Géraldine Boesch, SP Frauen: Grundsätzlich hat die SP/JUSO-Fraktion durchaus Sympathien dafür, dass für die Steuerzahlenden einfacher sichtbar werden soll, wie ihre Steuergelder eingesetzt werden. Es geht aber aus der Antwort des Gemeinderates hervor, dass diese Begriffe "gratis", "kostenlos" und "unentgeltlich" in amtlichen Publikationen – und das ist hier der Fokus, also Reglemente und Erlasse – kaum verwendet werden und dass dies auch bei der Kommunikation nur in Einzelfällen passiert.

Warum passiert dies in Einzelfällen? Weil die Kommunikation darauf abzielt, Zielgruppen anzusprechen. Nur so können Angebote, welche niederschwellig geplant sind, auch tatsächlich niederschwellig sein, wenn sie als solche von der Zielgruppe auch wahrgenommen werden. Ich mache ein Beispiel aus der Gemeindepublikation Köniz innerorts: "Die freiwilligen Mitarbeitenden der Infotreffe Alter informieren ältere Menschen und ihre Angehörigen bei Fragen rund um das Thema Alter unverbindlich aus Steuergeldern finanziert ohne Anmeldung." Hä? Oder "Schulsozialarbeit für alle, freiwillig, aus Steuergeldern finanziert und niederschwellig, das sind die drei unverhandelbaren Grundprinzipien der Schulsozialarbeit." Und gerade dieses Beispiel zeigt eben auf, dass "kostenlos" in der Kommunikation nicht dasselbe meint, wie steuerfinanziert. Denn eines der drei Grundprinzipien der Schulsozialarbeit ist nicht, dass sie steuerfinanziert ist, das gilt für das ganze staatliche Handeln, dass es steuerfinanziert ist, sondern, dass es für jene, welche dieses Angebot nutzen wollen, "kostenlos" ist und das ist die relevante Information, welche beim Zielpublikum in einem solchen Fall ankommen sollte.

Die geforderte Formulierung baut wegen der Gefahr für Missverständnisse ausgerechnet bei niederschwelligen Angeboten Hürden auf. Das zeigt das Beispiel bezüglich dem Badi-Besuch in der Antwort des Gemeinderats eindrücklich, bei welchem Reto Zbinden eine abweichende Formulierung vorgeschlagen hat. Da sieht man, dass die Umsetzung doch komplizierter ist, als gedacht.

Zur Erwähnung, dass die SP-Motion "Gratis-ÖV" den Anstoss gegeben hat, möchte ich vielleicht anmerken, dass der exakt identische Vorstoss auf kantonaler Ebene eingereicht wurde. Dort hat der Regierungsrat sich aber sehr viel dezidierter dazu geäußert, er sagt nämlich: "Für den Regierungsrat ist es offensichtlich, dass keine Bürgerin oder kein Bürger ernsthaft glaubt, dass die öffentlichen Dienstleistungen, wie zum Beispiel der Unterricht an der Volksschule, das Strassennetz oder die unentgeltliche Rechtspflege, nichts kosten und von niemandem bezahlt werden. Im Gegenteil wissen alle, unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Bildungsniveau, dass staatliches Handeln in erster Linie aus den von Steuerpflichtigen entrichteten Steuern und Abgaben finanziert und folglich vom Gemeinwesen

getragen wird." Der Vorstoss hat denn auch im Grossen Rat – dem bürgerlich geprägten Grossen Rat – keine Mehrheit gefunden.

Kurz, der Vorstoss will ein Problem lösen, das es gar nicht gibt und schafft genau damit neue Probleme und generiert unnötigen Aufwand. Daher ist für die SP/JUSO-Fraktion klar, dass sie die Motion einstimmig ablehnen wird.

Fraktionssprecherin Grüne/Junge Grüne, Christina Aebischer, Grüne: Der Erstunterzeichner hat zwar begründet, dass der Vorstoss einen Zusammenhang mit dem Könizer Gratis ÖV-Vorstoss oder dem Neophyten-Bekämpfungs-Vorstoss hat, aber ich habe auch anderes gehört, dass er nämlich aus dem Grossen Rat kommt. Wir sind ja als Grüne/Junge Grüne sehr für Recycling, aber manchmal ist es etwas billig, wenn man copy paste macht und so kommt dann manchmal auch nicht besonders viel Wertvolles heraus.

Aus Sicht der Grünen/Jungen Grünen ist der Vorstoss absolut unnötig und ist die Kosten nicht wert, welche die Beantwortung produziert hat. Wir haben verschiedene Beispiele gehört - wie soll denn das konkret aussehen, wenn an der Badi beim Eingang steht: "Kinder bis 6 steuerfinanziert"? Oder "Parkplätze die ersten 30 Minuten steuerfinanziert"? Und wer soll denn das machen, wie viele Stellen braucht es denn und haben wir hier wirklich ein Problem?

Wir finden es auch ein bisschen herablassend gegenüber unserer Bevölkerung. Habt ihr wirklich das Gefühl, dass eure Leute nicht wissen, was ein Service public ist und dass das etwas kostet, dass wir dies über Steuern finanzieren und dass dies der eigentliche Sinn eines Steuerhaushaltes ist? Ich bin schon sehr erstaunt, dass ihr das eurer Stimmbevölkerung nicht zutraut.

Und jetzt spare ich auch noch etwas Kosten und halte mich kurz und gebe hier die Antwort von einem grünen Grossrat wieder: Wenn wir wirklich Transparenz schaffen wollen und so etwas festschreiben wollen, dann müssen wir nicht nur über Kosten sprechen, sondern auch über Nutzen. Denn zu jedem Kosten gibt es auch einen Nutzen und dann müssten wir auch jedes Mal hinschreiben, was denn die "gesunde Volksbildung" oder die "gratis Schule", welche für die Schülerinnen und Schüler kostenlos ist, was denn diese Leistung eigentlich bringt.

Das wäre dann echte Transparenz, darüber könnte man sprechen. Man könnte auch darüber sprechen, dass man etwas häufiger sagt, was, welche Kosten verursacht, aber diesen Vorstoss werden wir rundum ablehnen.

Fraktionssprecher FDP, Mark Kobel: Im Namen der Fraktion FDP. Die Liberalen danken wir dem Gemeinderat für die Beantwortung dieser Motion "Mehr Transparenz bei der Bezeichnung öffentlicher Leistungen der Gemeinde Köniz". Speziell danke ich auch, dass der Gemeinderat trotz klarer Abgrenzung im Motionstext bereits bestehende Erlasse und Reglemente, Publikationen und amtliche Informationen geprüft hat.

Wir von der FDP sind auf der einen Seite gespalten, auf der anderen Seite aber nach der Diskussion doch der Meinung, dass wir - grösstenteils zumindest - diese Motion ablehnen werden. Warum sind wir gespalten? Die Idee ist sicherlich wünschenswert, ist sicher diskussionswürdig und man hegt gewisse Sympathien zu Gunsten der Transparenz. Aber wir müssen leider sagen, in den meisten Fällen kann man dies nicht zielorientiert korrekt formulieren, dass dies Sinn macht und wir verkomplizieren viele Sachen, welche heute einfach klar sind, aus Blödsinn, könnte man beinahe sagen.

"Gratis", "kostenlos" und "unentgeltlich", das sind tatsächlich sehr plakative Ausdrücke, welche in jedem von uns im Kopfkino einen Film auslöst. So wird bei mir bei "gratis" eher so ein Schnäppchen vor die Augen geführt, bei welchem ich das Gefühl habe, ich muss dieses Angebot unbedingt nutzen oder ich muss ein Geschenk abholen. "Kostenlos" und "unentgeltlich" dagegen erscheinen viel nüchterner. "Kostenlos" und "unentgeltlich", diese lösen eher eine Reaktion mit in den Augen reiben aus und überlegen, ob ich das wirklich richtig gelesen habe und es steht eher unter dem Motto, muss ich das jetzt beziehen, es kostet ja nichts? Das Endergebnis ist aber bei allen drei Ausdrücken dasselbe, so richtig verstehen, tut man es nicht.

In allen Fällen wird klar signalisiert, dass der Leser, Nutzer oder Konsument beschenkt wird oder primär mal profitieren kann und das manchmal sogar ohne realen Mehrwert. Die Motion bewegt sich also im Spannungsfeld der Kommunikation und Kommunikation ist per se ein so grosses Gebiet, in welchem es enorm schwierig ist, die richtigen Hebeln zu finden. Die Hoffnung, dass unsere Bevölkerung bei Erlassen, Reglementen, Publikationen oder amtliche Informationen auch auf die entsprechenden möglichen Kosten sensibilisiert werden kann, schätzen wir als relativ gering ein. Die Motivation, diese Motion zu machen, war sicherlich, diese Informationen breiter zu machen, aber es ist sehr, sehr schwer und wahrscheinlich nicht realistisch. Die konsequente Umsetzung oder Ziel dieser Motion ist auch nicht praktikabel und generiert aus unserer Sicht einen Mehraufwand, welcher schlussendlich nicht

notwendig ist. In unseren Augen ist viel wichtiger, dass wir hier im Parlament richtig orientiert werden, wenn der Gemeinderat bei Erlassen oder Reglementen, Publikationen oder amtliche Informationen die Wörter "gratis", "kostenlos" und "unentgeltlich" einsetzt.

Ich bringe noch kurz ein Beispiel aus meiner Tätigkeit, ein Themenfeld, in welchem eine solche Kommunikation seit Jahren versucht wird und der Erfolg eigentlich sehr gering ist. Und zwar gibt es aus der Medizin ein Themenfeld, welches ich schildern kann: Bereits seit zwei Jahren müssen alle Ärzte und alle Apotheker den Patienten die Rechnungen, welche sie direkt mit der Kasse verrechnen, zustellen. Ich nehme an, ihr habt solche Rechnungen auch bereits gesehen. Die Idee dahinter, dannzumal von Bundesrat Berset erarbeitet, hatte das Ziel, die Bevölkerung auf die hohen Kosten im Gesundheitswesen zu sensibilisieren. Es ist müssig, über den Erfolg dieser Massnahme hier zu diskutieren. Die Gesundheitskosten wurden leider nicht eingedämmt. In diesem Sinn lehnt die FDP. Die Liberalen diese Motion grösstenteils ab und stimmt dem Antrag des Gemeinderates zu.

Andreas Hauser, GLP: Ich habe nur eine Frage: Reto Zbinden, nach dem, was du gehört hast, möchtest du diese Motion in ein Postulat umwandeln?

Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer, SP: Ganz kurz, weil es wurde bereits vieles gesagt und der Gemeinderat hat seine Haltung auch ausgeführt: Ihr habt sicherlich gehört, dass es vielleicht in der Umsetzung dann trotzdem nicht ganz so einfach ist, wie man sich dies vielleicht ursprünglich vorgestellt hat. Denn es hat natürlich einen Grund, wenn man sagt, dass eine Dienstleistung für Zielgruppen kostenlos ist. Das bedeutet nicht dasselbe, wie steuerfinanziert. Man müsste daher vermutlich trotzdem bei der Erklärung noch etwas ausholen. Vermutlich müsste man beschreiben, wie es finanziert ist und dann sagen, was jene, welche diese Dienstleistung beziehen, dafür bezahlen müssen. Ich sage euch einfach, es wirft sehr schnell, sehr viele Fragen auf und jetzt ist dieser Vorstoss eben nicht nach dem Gratis-ÖV gekommen, sondern nach dieser Verwaltungsreform, mit welcher man Skaleneffekten erzielen und Personalaufwand gering behalten möchte. Und ich kann euch einfach sagen, das kommt zwar etwas harmlos daher, aber es ist am Schluss trotzdem wieder Aufwand und die Haltung des Gemeinderates ist klar, wir sehen eigentlich das Problem heute nicht, sondern wir sehen das Anliegen der Motionär:innen, dass man zu diesen Leistungen Sorge tragen muss, der Service public ist für unsere Gemeinde wichtig, dieser ist nicht wertlos, das soll man auch betonen, was dies bedeutet, da sind wir völlig einverstanden, aber vermutlich ist der Weg dazu, einfach jedes "kostenlos" mit "steuerfinanziert" zu ersetzen, eben nicht zielführend. "Gemeinde" kommt ja von "Gemeinschaft" und sie ist auch gemeinschaftlich finanziert, das ist ein ganz wichtiger Wert, von ganz vielen Leistungen und das hat wirklich diesen Wert. Und insofern geben wir den Motionär:innen natürlich recht, dass wir dies auch immer wieder sichtbar machen und gut erklären müssen. Nur dieser Weg, welcher hier vorgeschlagen wird, diesen finden wir eher aufwändig, bürokratisch und nicht unbedingt zielführend und schiesst vielleicht etwas über das Ziel hinaus. Darum bitte ich euch, dem Gemeinderat zu folgen und diese abzulehnen.

Erstunterzeichner, Reto Zbinden, SVP: Noch kurz einen Input. Man hätte einfach schreiben können: "Für die Nutzer:innen kostenlos" und dann wäre das eigentlich für diese Leute doch auch klar gewesen, dass sie hier nichts zahlen müssen. Und der Vorstoss auf kantonaler Ebene war dann doch nicht genau dasselbe, aber er hatte zugegebenermassen dieselbe Stossrichtung. Vielleicht kann ich auch noch sagen, wir haben auch gelernt, ich habe es einige Male bereits erlebt, dass wir hier, gerade von linker Seite, Vorstösse vom Kanton hatten und umgekehrt und vielleicht haben wir hier jetzt etwas mitgenommen, das nehme ich durchaus mit.

Den Aufwand sehe ich nicht als riesig an, zum Beispiel das Wort "gratis" auf der Webseite zu ersetzen. Aber ja, ich nehme es mit, dass dieser Vorstoss nicht überall im Parlament gut angekommen ist, bin aber trotzdem auch sehr erstaunt, dass jetzt gerade die FDP zum Beispiel, als miteinreichende Fraktion hier ablehnen will.

Auch die Frage nach dem Postulat habe ich studiert: Nein, ein Postulat möchte ich nicht machen, das bringt wirklich nicht viel. Der Gemeinderat hat seine ablehnende Haltung gezeigt, da muss man jetzt nicht noch einen Bericht machen, das wäre dann wirklich Verwaltungsaufwand, welcher nichts bringt. Aber ich werde die Türe etwas auf tun: Ich verlange eine punktweise Abstimmung. Wenn ihr seht, dass Punkt 1 vielleicht zu weit geht, aber Punkt 2 nur will, dass die Gemeinde geeignete Massnahmen ergreift, um die Bevölkerung auf diesen Zusammenhang aufmerksam zu machen und das Bewusstsein für den Wert und die Finanzierung öffentlicher Leistungen zu stärken. Dazu sollen auch die Kommunikationsrichtlinien der Gemeinde entsprechend angepasst werden. Diese Kommunikationsrichtlinien kann man auch anpassen, wenn man es ohnehin macht. Das wäre wirklich überschaubar und man könnte sogar den Punkt, welchen Christina Aebischer eingebracht hat, dass es eben auch eine

Gegenleistung gibt, reinnehmen, da hätte ich absolut nichts dagegen. Darum verlange ich eine punktweise Abstimmung.

Und jetzt noch, weil es die letzte Sitzung von Casimir von Arx ist, beantrage ich bei Punkt 2 mit Namensaufruf abzustimmen.

Beschluss über Antrag für Namensaufruf

Das Parlament stimmt dem Antrag für Namensaufruf betreffend Ziffer 2 zu.

(Abstimmungsergebnis: mehr als 10 Personen)

Beschluss

Ziff. 1 der Motion wird abgelehnt

(Abstimmungsergebnis: 9 Stimmen für erheblich erklären / 27 Stimmen für ablehnen / 3 Enthaltungen)

Ziff. 2 der Motion wird abgelehnt.

(Abstimmungsergebnis: 17 Stimmen für erheblich erklären / 22 Stimmen für ablehnen)

Ergebnis Abstimmung Namensaufruf:

Für erheblich erklären:

Dominic Amacher, Corina Burren, Heidi Eberhard, Kathrin Gilgen, Andreas Hauser, Mark Kobel-Itten, Selin López, Fabienne Marti Locher, Florian Moser, Matthias Müller-Stähli, Sladjan Petrovic, Tatjana Rothenbühler, Sandra Röthlisberger, Ronald Sonderegger, Casimir von Arx, Andrea Winzenried, Reto Zbinden

Für Ablehnen:

Franziska Adam von Däniken, Christina Aebischer, Roland Akeret, Géraldine Boesch, Bülent Celik, Toni Eder, Lukas Erni, Mayra Faccio Vasquez, Sara Gasser, Jutta Gubler Kläne-Menke, Janka Hamm, Laura Hoffman, Christine Müller, David Müller, Urs Mumenthaler, Arlette Münger, Brigitte Rohrbach, Monika Röthlisberger, Isabelle Steiner, Katja Streiff, Roger Tanner, Klaus von Muralt

Enthaltungen:

-

PAR 2025/113

V2524 Postulat (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Bilingualer Unterricht an den Könizer Schulen"

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

Vorstosstext

Der Gemeinderat wird beauftragt, gemeinsam mit den zuständigen Organen, die folgenden Anliegen und Massnahmen zu prüfen.

1. Mit welchen Massnahmen und unter welchen Rahmenbedingungen an der Könizer Volksschule ein zweisprachiger Unterricht (deutsch/französisch) eingeführt werden kann.
2. Wie die Direktion Bildung und Soziales die Schulen bei der Konzeption, Einführung und Umsetzung eines bilingualen Unterrichts gezielt unterstützen kann.
3. Wie das Ziel eines zweisprachigen Unterrichts in der nächsten Überarbeitung der Bildungsstrategie systematisch verankert werden kann.

Begründung

Die neuste Überprüfung des Erreichens der Grundkompetenzen im Fach Französisch (als Zweit- oder Drittsprache) förderte besorgniserregende Resultate zutage.² Die Grundkompetenzen sind nationale Mindeststandards. Sie beschreiben, welche Kompetenzen praktisch alle Schülerinnen und Schüler am Ende des 8. bzw. des 11. Jahres der obligatorischen Schulzeit erreicht haben sollen. Die Grundkenntnisse im Leseverstehen werden in der Deutschschweiz nur von 51 Prozent der Schüler und Schülerinnen erreicht, die Grundkenntnisse im Hörverstehen nur von 58 Prozent. Die Werte im deutschsprachigen Teil des Kantons Bern liegen zwar etwas über dem Deutschschweizer Durchschnitt, aber unter den Werten in den deutschsprachigen Teilen der anderen zweisprachigen Kantone (FR, VS).

Offenkundig werden also selbst die Minimalziele in Französisch mit der jetzigen Unterrichtsform, inkl. Frühfranzösisch, von grossen Teilen der Schülerinnen und Schüler nicht erreicht. Mit bilingualetm Unterricht werden wesentlich bessere Resultate erzielt, wie etwa das Programm PRIMA des Kantons Neuenburg zeigt.³ Von bilingualetm Unterricht spricht man, wenn der Unterricht in der lokalen Schulsprache und in einer weiteren Sprache unterrichtet wird, und zwar ausserhalb des eigentlichen Unterrichts in der weiteren Sprache, beispielsweise in den Fächern Sport, Gestalten oder Musik. Bilingualer Unterricht ermöglicht ein natürlicheres, anwendungsorientierteres Erlernen der Zweitsprache und mehr Freude an ihrem alltäglichen Gebrauch. Dieser Vorstoss bezweckt, die Einführung des bilingualen Unterrichts mit Deutsch als lokaler Schulsprache und Französisch als weiterer Sprache an den Schulen der Gemeinde Köniz zu prüfen. Das Ziel soll durch einen kontinuierlichen Auf- und Ausbau des bilingualen Unterrichtsangebots – möglichst beginnend im Kindergarten – Schritt für Schritt erreicht werden und schliesslich die ganze obligatorische Schulzeit umfassen.

Wie kürzlich bekannt wurde, baut die Stadt Bern ihr Angebot an bilingualetm Unterricht ab. Dies ist ein zusätzlicher Anlass für die Gemeinde Köniz, den bilingualen Unterricht einzuführen. Sie verschafft sich dadurch einen Standortvorteil. Der Standortvorteil bezieht sich sowohl auf die Attraktivität für Schüler und Schülerinnen, die vom bilingualen Unterricht profitieren, als auch auf die Attraktivität für Lehrpersonen, die bilingual unterrichten möchten. Ziel dieses Vorstosses ist aber nicht, das Angebot der Stadt Bern, welches bald eingestellt wird, eins zu eins zu kopieren. Es soll nicht ein zentrales Angebot in Sonderklassen für die ganze Gemeinde geschaffen werden, sondern die Angebote sollen niederschwellig in allen Schulkreisen entstehen und sich im Einzelnen nach den dortigen Möglichkeiten und Bedürfnissen richten. Das Angebot soll in enger Zusammenarbeit mit der Schulleitungskonferenz erarbeitet werden, so dass die Sicht der Schulleitungen und der Lehrpersonen einfließen kann. Ein besonderes Augenmerk soll darauf gelegt werden, dass alle sozialen Schichten effektiv Zugang zu den bilingualen Klassen haben. Grundsätzlich soll der bilinguale Unterricht ohne zusätzlichen Schulraum und ohne zusätzliche Klassen eingeführt werden.

Köniz, 15. Juni 2025, Katja Streiff

Eingereicht

16.06.2025

Unterschrieben von 20 Parlamentsmitgliedern

Katja Streiff, Sladjan Petrovic, Matthias Müller, Andreas Hauser, Roland Akeret, Laura Hofman, Fabienne Marti, Klaus von Muralt, Sandra Röthlisberger, Casimir von Arx, Selin Lopez, Heidi Eberhard, Tatjana Rothenbühler, Ronald Sonderegger, Dominic Amacher, Mark Kobel, Arlette Mürger, Janka Hamm, Toni Eder, Reto Zbinden

² Siehe <https://www.edk.ch/de/die-edk/news/mm22052025> und die dort verlinkten Dokumente.

³ Mehr zum Programm PRIMA siehe <https://www.ne.ch/autorites/DFDS/SEEO/projets/Pages/PRIMA-Projekt.aspx>.

Antwort des Gemeinderates

Mit dem vorliegenden Vorstoss ersuchen die Postulantinnen und Postulanten den Gemeinderat, Möglichkeiten zur Einführung eines zweisprachigen Unterrichts (Deutsch/Französisch) an der Könizer Volksschule zu prüfen. Der Vorstoss zielt insbesondere darauf ab, zu klären, unter welchen Rahmenbedingungen ein solches Angebot denkbar wäre, in welcher Form die Gemeinde die Schulen dabei allenfalls unterstützen würde und wie die Thematik gegebenenfalls in der nächsten Überarbeitung der Bildungsstrategie aufgenommen werden könnte.

1. Ausgangslage

Die Förderung der Mehrsprachigkeit gehört zu den zentralen Bildungszielen der Schweiz. Die von der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) publizierten Ergebnisse der Überprüfung des Erreichens der Grundkompetenzen (ÜGK 2023) verdeutlichen, dass die angestrebten Minimalziele in Französisch vielerorts nicht erreicht werden.

Vor diesem Hintergrund schlagen die Postulantinnen und Postulanten vor, den bilingualen Unterricht (Deutsch/Französisch) auch in Köniz zu prüfen. Ihr Anliegen zielt auf einen kontinuierlichen Auf- und Ausbau entsprechender Angebote, möglichst beginnend im Kindergarten und über die gesamte obligatorische Schulzeit hinweg. Damit verbunden ist die Hoffnung, die Sprachkompetenzen wirksamer zu fördern, die Freude am alltäglichen Sprachgebrauch zu stärken und Köniz im Vergleich zu anderen Gemeinden bildungspolitisch attraktiv zu positionieren.

Als Referenz verweisen die Postulantinnen auf Erfahrungen aus anderen Kantonen, namentlich auf das Programm PRIMA in Neuenburg, das positive Resultate im Bereich Sprachkompetenzen und Motivation gezeigt hat. Darüber hinaus existieren in der Schweiz weitere Modelle: bilinguale Angebote im Kanton Zürich, zweisprachige Züge im Kanton Basel-Landschaft sowie seit längerem etablierte bilinguale Schulmodelle in Biel und Fribourg. Diese Beispiele verdeutlichen, dass bilinguale Ansätze unter bestimmten Bedingungen erfolgreich umgesetzt werden können, ihre Ausgestaltung jedoch stark vom jeweiligen Kontext abhängt.

Die Zuständigkeit für das Festlegen von Rahmenbedingungen im Fremdsprachenunterricht liegt beim Kanton. Der Handlungsspielraum der Gemeinde Köniz beschränkt sich auf die Unterstützung und Begleitung von Initiativen, die von den Schulen selbst angestossen werden.

In der Gemeinde Köniz bestehen bislang weder bilinguale Klassen noch andere etablierte bilinguale oder immersive Unterrichtsformen im Sinne des Vorstosses. Zwar stossen einzelne Schulstandorte punktuell Projekte oder Sequenzen in einer Fremdsprache an, der Schulkommission sind jedoch keine längerfristigen oder systematisch verankerten Angebote bekannt. In der Fachliteratur werden unter bilingualem Unterricht unterschiedliche Modelle verstanden: von vollständig bilingual geführten Klassen über teilweise Immersion in einzelnen Fächern (z. B. Sport, Musik, Gestalten) bis hin zu temporären Modulen oder Projekten, in denen eine Fremdsprache als Unterrichtssprache genutzt wird.

2. Bewertung des Anliegens durch den Gemeinderat

Der Gemeinderat anerkennt, dass bilingualer Unterricht Chancen eröffnet. Er kann zur Stärkung der Sprachkompetenzen beitragen, die Freude am Gebrauch einer Fremdsprache fördern und die Attraktivität einzelner Schulstandorte erhöhen. Zudem lassen sich damit innovative Unterrichtsformen erproben, die auch über die Sprachförderung hinaus Impulse für die Schulentwicklung geben können.

Gleichzeitig sind jedoch erhebliche Herausforderungen zu beachten. Besonders ins Gewicht fällt der Fachkräftemangel: Bereits heute ist es schwierig, genügend Lehrpersonen mit den erforderlichen Qualifikationen für den regulären Unterricht zu gewinnen. Für bilingualen Unterricht braucht es zusätzliche Kompetenzen, insbesondere sichere Sprachbeherrschung und methodisch-didaktische Erfahrung im Unterrichten in zwei Sprachen. Solche Profile sind auf dem Arbeitsmarkt rar und im Wettbewerb zwischen Gemeinden und Kantonen besonders begehrt. Entsprechend wäre der Aufbau neuer Angebote in Köniz nur schwer planbar.

Hinzu kommen organisatorische Fragen wie Stundenplanung, geeignete Lehrmittel und Beurteilungssysteme. Ein weiteres Risiko besteht in der sozialen Selektivität, da solche Angebote häufig eher von privilegierten Familien gesucht werden. Zudem fehlt in Köniz eine zweisprachige Umgebung, die für eine nachhaltige Sprachpraxis förderlich wäre. Seitens der Schulleitungskonferenz wurde darauf hingewiesen, dass keine Konkurrenz zwischen den einzelnen Schulstandorten entstehen darf und dass bilinguale Angebote nicht den Charakter eines elitären Programms oder gar eines Fremdkörpers im bestehenden System annehmen sollen. Familien mit Migrationshintergrund könnten durch zusätzliche sprachliche Anforderungen zudem stärker belastet werden, was Fragen der Durchmischung und Chancengerechtigkeit aufwirft und bei einer Einführung besonders sorgfältig beachtet werden müsste.

Vor diesem Hintergrund hält der Gemeinderat fest, dass mögliche Entwicklungen in Richtung bilingua-lem Unterricht in Köniz nicht von oben verordnet werden sollen, sondern aus der schulischen Praxis heraus entstehen müssen. Die Rolle der Gemeinde sieht er dabei in erster Linie als Unterstützer und Ermöglicher: Sie kann günstige Rahmenbedingungen schaffen, den Erfahrungsaustausch fördern und punktuelle Initiativen begleiten. Erfahrungen aus anderen Kantonen zeigen, dass bilinguale Angebote vor allem dann erfolgreich sind, wenn sie "bottom up" entwickelt und von den Schulen selbst getragen werden. Eine breitflächige Umsetzung liegt aus seiner Sicht und unter den heutigen Rahmenbedingungen ausser Reichweite.

Ein aktuelles Beispiel zeigt, wie die Unterstützung durch die Gemeinde künftig konkret aussehen könnte: Die Schule Spiegel hat beantragt, ab dem Schuljahr 2026/27 am interkantonalen Projekt «En route für den bilingualen Unterricht» teilzunehmen. Dieses von der PH Bern und der FHNW getragene Vorhaben begleitet Schulen über mehrere Jahre bei der Einführung von bilingualen Sequenzen in ausgewählten Fächern. Der Antrag wird an der Sitzung der Schulkommission vom 14. Oktober 2024 beraten, das Ergebnis liegt beim Verfassen dieser Beantwortung noch nicht vor. Der Gemeinderat begrüsst jedoch grundsätzlich Initiativen, die von den Schulen selbst ausgehen, weil sie in aller Regel durch das Kollegium breit abgestützt und im Schulalltag verankert sind. Das konkrete Projekte verdeutlicht, wie die Gemeinde durch Genehmigung, Koordination und Erfahrungsaustausch gezielt unterstützen kann, ohne flächendeckend neue Angebote einzuführen.

3. Aufnahme in die nächste Überarbeitung der Bildungsstrategie

Die Bildungsstrategie der Gemeinde Köniz bildet den strategischen Orientierungsrahmen für die mittel- bis langfristige Entwicklung der Volksschule. Sie soll Planungssicherheit schaffen, Prioritäten setzen und Veränderungen geordnet steuern. Die letzte Strategie lief 2024 aus; sie enthielt Schwerpunkte etwa zu Führung, Tagesschulen und Heterogenität, behandelte aber die Frage des bilingualen Unterrichts nicht ausdrücklich.

Mit dem per 1. August 2026 in Kraft tretenden Bildungsreglement liegt die Verantwortung für die Bildungsstrategie künftig beim Gemeinderat. Er wird die Überarbeitung aufnehmen, sobald die neue kantonale Bildungsstrategie vorliegt, um eine kohärente Ausrichtung sicherzustellen. Auf kantonaler Ebene lag der Fokus bisher auf Fremdsprachenförderung im Rahmen des Lehrplans 21, bilinguale oder immersive Unterrichtsformen waren nicht systematisch verankert. Nach Einschätzung des Gemeinderates ist jedoch davon auszugehen, dass die kantonale Revision der Bildungsstrategie Aspekte des bilingualen Unterrichts aufnehmen wird.

Der Gemeinderat ist bereit, solche kantonalen Impulse in die neue Könizer Bildungsstrategie zu adaptieren und stufengerecht zu konkretisieren. Dabei wird er sich an den in dieser Beantwortung dargelegten Grundsätzen orientieren: Bilinguale Ansätze sollen "bottom up" entstehen, durch die Gemeinde gezielt unterstützt und in die bestehenden Rahmenbedingungen eingebettet werden. Auf diese Weise wird gewährleistet, dass das Thema im Gesamtkontext der Schul- und Unterrichtsentwicklung betrachtet, seine Umsetzungschancen realistisch eingeschätzt und Fragen der Chancengerechtigkeit, der Durchmischung sowie der Ressourcenlage angemessen berücksichtigt werden.

4. Finanzen

Sollten einzelne Schulen punktuelle Projekte oder Pilotvorhaben zum bilingualen Unterricht entwickeln, könnten zusätzliche Kosten entstehen. Solche Aufwände wären im Einzelfall zu prüfen und im Rahmen der ordentlichen Budgetprozesse zu behandeln.

Die Aufnahme des Themas in die nächste Überarbeitung der Bildungsstrategie verursacht keinen spezifischen Mehraufwand, da dies Teil der ohnehin vorgesehenen Strategierevision ist.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Punkt 1 wird erheblich erklärt.

Punkt 1 wird abgeschrieben.

Punkt 2 wird erheblich erklärt.

Punkt 2 wird abgeschrieben.

Punkt 3 wird erheblich erklärt.

Köniz, 22. Oktober 2025

Der Gemeinderat

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Bei diesem Geschäft handelt es sich um eine Beantwortung mit Antrag auf teilweise Abschreibung der Direktion Bildung und Soziales. Das Wort hat die Erstunterzeichnerin.

Erstunterzeichnerin, Katja Streiff, EVP: Avec ce postulat, nous souhaitons donner un important élan, tourné vers l'avenir, à l'éducation à Köniz. Les résultats de l'Évaluation des compétences fondamentales sont clairs: Dans la branche du français, de nombreux élèves n'atteignent aujourd'hui même pas les compétences minimales. Ce n'est pas simplement une note de bas de page statistique – c'est un signal d'alarme pour notre politique éducative.

Bilingualer Unterricht ist ein erprobter und wirksamer Weg, um Sprachkompetenzen nachhaltig zu verbessern. Das sehen wir nicht nur in Forschung und Praxis, sondern ganz konkret in der Schweiz: Das Programm PRIMA in Neuchâtel zeigt, wie gut funktionierende zweisprachige Angebote aussehen können. Und es zeigt auch: Es braucht dafür keine komplizierten Sonderstrukturen, sondern eine klare Vision, gute Unterstützung – und Schulen, die wollen.

Genau hier möchte ich drei Punkte besonders hervorheben:

1. Bilingualer Unterricht gelingt nur, wenn Lehrpersonen wollen – und wenn sie vorhanden sind. Ohne motivierte Lehrpersonen mit der entsprechenden Sprachkompetenz bleibt jedes Konzept ein Stückwerk. Wir müssen darum jene unterstützen, die Eigeninitiative zeigen und neue Wege ausprobieren wollen. Sie sind die Träger dieses Wandels. Es darf nicht so sein wie in der Stadt Bern, wo das bilinguale Angebot am Ende fast an seiner eigenen Komplexität gescheitert ist. Köniz muss es einfacher, pragmatischer, niederschwelliger machen.
2. Niederschwellig heisst: Im Alltag, in einzelnen Fächern, ohne Sonderklassen. Bilingualer Unterricht muss nicht heissen, dass ganze Klassen komplett zweisprachig geführt werden. Das kann – und soll – dort beginnen, wo es unkompliziert möglich ist: Im Sport, in Musik, im Gestalten oder in anderen geeigneten Fächern. Fächer, welche die Schulen selbst auswählen, je nach Team, Kompetenzen und Motivation. Das ist realistisch, das ist praxisnah und das funktioniert.
3. Erfolg entsteht "bottom-up" – nicht "top-down". Die Gemeinde muss unterstützen, aber nicht verordnen. Erfolgreiche bilinguale Modelle entstehen dort, wo ein Kollegium dahintersteht, wo Lehrpersonen Lust haben, neue Unterrichtsformen auszuprobieren und wo die Schulleitungen diesen Prozess aktiv tragen.

Darum freue ich mich sehr, dass zum Beispiel die Schule Spiegel sich entschlossen hat, beim Projekt "En route für den bilingualen Unterricht" mitzumachen. Das ist genau der richtige Weg: ein freiwilliges

Engagement einer Schule, die etwas ausprobieren will – und die von der Gemeinde dabei unterstützt wird.

Für die Zukunft wünsche ich mir, dass Zweisprachigkeit und Mehrsprachigkeit in Köniz weiterhin als zentrales Element unserer Bildungspolitik verstanden werden. Das Thema gehört in die Bildungsstrategie und es braucht langfristig tragfähige Strukturen, damit gute Einzelinitiativen nicht versanden.

Wir müssen Köniz als Bildungsstandort stärken – für unsere Schülerinnen und Schüler, aber auch für Lehrpersonen, die innovative Unterrichtsformen schätzen und weiterentwickeln wollen.

Aus diesem Grund danke ich euch, wenn ihr Ziffer drei unterstützt.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen: Dieser Vorstoss verlangt keine sofortige flächendeckende Einführung, sondern eine Prüfung, Klärung und strategische Verankerung. Genau darum sollten wir zustimmen. Denn wenn wir die Grundlagen schaffen, können unsere Schulen Schritt für Schritt Angebote entwickeln – einfach, niederschwellig, motivierend und pädagogisch sinnvoll.

Aus den genannten Gründen unterstützt auch die EVP-GLP-Mitte-Fraktion den Antrag des Gemeinderats mit Annahme und Abschreibung von Ziffer 1 und 2, sowie Annahme von Ziffer 3. Merci für eure Unterstützung.

Gemeinderat Thomas Marti, GLP: Ich möchte noch eine Korrektur zum schriftlichen Bericht mitteilen: Im Bericht steht, dass wir am 14. Oktober 2024 in der Schulkommission diesen Antrag für "En route" diskutiert haben. Das war natürlich im Jahr 2025, als dies passiert ist, das haben wir nicht bereits vor einem Jahr gemacht. Das ist das eine und es ist richtig, dieser Antrag wurde von der Schulkommission gutgeheissen und das heisst, im Spiegel wird dies jetzt dann auch als Versuch durchgeführt.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Wenn der Antrag des Gemeinderates bestritten wird, dann teilt dies in den Voten bitte mit, ansonsten stimmen wir nicht darüber ab.

Fraktionssprecherin Grüne/Junge Grüne, Christina Aebischer, Grüne: Die Grüne/Junge Grüne Fraktion dankt den Postulatinnen für diesen Vorstoss und dem Gemeinderat für seine ausführliche Antwort. Der Kanton Bern ist ein zweisprachiger Kanton, immer noch, wenn auch flächenmässig reduziert seit diesem Jahr, aber dem kulturellen und sprachlichen Reichtum wird aus unserer Sicht ausserhalb der Grenzgebiete vom Seeland und dem Berner Jura oft zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt und es freut uns, wenn man sich in Köniz damit befasst.

Zwei- oder Mehrsprachigkeit ist ein Reichtum, aber es ist nicht immer ganz spannungs- und komplexitätsfrei. Ich komme ja selber aus Kanton Freiburg, wo man diese Zweisprachigkeit vielleicht noch etwas aktiver pflegt und lebt und dies etwas mehr Bedeutung hat. Doch ich habe dort auch Phasen erlebt, als sich diese Sprachen-Interessenverbände arg gestritten haben, wie Zweisprachigkeit gehandhabt wird. Bei Zwei stellt sich ja oft die Frage, wer ist die Eins und wer die Zwei. Und zum Beispiel bei der Frage, ob am Bahnhof zuerst "Freiburg" oder zuerst "Fribourg" steht oder zuerst "Fribourg" und dann "Freiburg", da haben sich handfeste Differenzen und Krähe entwickelt und es gibt Leute, die reden nicht mehr zusammen wegen solchen Differenzen - und dort hilft dann auch Fremdsprachkompetenz nichts mehr.

Aber darum gilt grundsätzlich umso mehr: Es ist wichtig, von Klein auf damit anzufangen, die Grundkompetenzen zu stärken in den Schulen und das Verstehen und das gegenseitige Verständnis zu fördern, das gehört ja zusammen, damit ist die Grüne/Junge Grüne Fraktion völlig einverstanden. Die Frage ist, auf welchem Weg kommen wir dahin?

Man könnte jetzt ein bisschen hämisch sagen, dass es kein Zufall ist, dass der Link in dem Motionstext, der auf das Projekt PRIMA im Kanton Neuenburg führen sollte, nicht funktioniert oder zumindest für mich nicht zugänglich war. Weil es eben gerade symbolisch ist dafür, was mit vielen von diesen Förderprojekten passieren kann: Gut gemeint, aber letztendlich ein sehr reduzierter Zugang für ganz Wenige. Darum begrüssen wir explizit die Forderung der Postulat:innen, dass hier nicht separate "classe bilingues" für Wenige entstehen sollen, sondern Wege gesucht werden, die das Angebot niederschwellig und breit zugänglich machen.

Der Gemeinderat beschreibt in seiner Antwort genau die Herausforderungen, welche es mit dieser Thematik gibt, welche Möglichkeiten es gibt und auch welche Rahmenbedingungen respektiert werden müssen. Wir begrüssen sehr, dass der Gemeinderat Initiativen, welche in den einzelnen Schulen entstehen, unterstützt und dort den Freiraum lässt, diesen immersiven Unterricht durchzuführen.

Wir begrüssen und vertrauen auch darauf, dass sich der Gemeinderat das Ziel von der Förderung von zweisprachigem Unterricht vornimmt und dies in der nächsten Bildungsstrategie reflektiert und - so hoffen wir - stark einbaut. Wir werden deshalb dem Antrag des Gemeinderates in allen Punkten folgen, also 1 und 2 annehmen und abschreiben und 3 erheblich erklären.

Fraktionssprecher FDP, Dominic Amacher: Auch wir danken der zuständigen Direktion für die nachvollziehbare Beantwortung dieses Postulats. Wir von der FDP stehen seit jeher für Bildungsvielfalt an den Könizer Schulen ein und darum unterstützen wir die Haltung des Gemeinderates.

Und jetzt sehe ich es bereits ein bisschen durch die rosarote Brille, wenn ich hier nach hinten schaue: Nein, ich habe relativ viele Punkte aufgeschrieben, welche Katja Streiff bereits gesagt hat und ich verzichte hier jetzt auf die Wiederholung. Wir werden selbstverständlich dem Antrag des Gemeinderates einstimmig folgen.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, ist die Diskussion geschlossen. Niemand hat den Antrag des Gemeinderates bestritten, dann erübrigt sich eine Abstimmung.

Beschluss

Punkt 1 wird erheblich erklärt.

Punkt 1 wird abgeschrieben.

Punkt 2 wird erheblich erklärt.

Punkt 2 wird abgeschrieben.

Punkt 3 wird erheblich erklärt.

(Abstimmungsergebnis: stillschweigende Zustimmung zu allen Punkten)

PAR 2025/114

Verschiedenes

Folgende Vorstösse wurden eingereicht:

V2542 Motion (EVP-GLP-Mitte-Fraktion, Lukas Erni) "Köniz schöpft das Potenzial der Sport- und Freizeitanlage Weiermatt aus"

Diskussion

David Müller, Grüne: Heute Vormittag hat der Gemeinderat per Medienmitteilung bekannt gegeben, dass er gegen den Entscheid der kantonalen Bau- und Verkehrsdirektion betreffend Bauhaus, Beschwerde einreichen wird. Für mich absolut unverständlich.

Denn: Im Oktober 2019 wurde publik, dass Bauhaus fast 15 Jahre lang die Behörden und Öffentlichkeit über die Zahl der generierten Fahrten belogen hatte. Seit etwa 20 Jahren wird somit geltendes Recht verletzt. Nachdem das publik wurde, versuchte Bauhaus mit einem nachträglichen Baugesuch den rechtswidrigen Zustand zu legalisieren. Der Gemeinderat hat das Verfahren dann aber einfach sistiert. Im März 2023 schloss der Gemeinderat sogar eine Vereinbarung mit Bauhaus ab, welche der Gemeinde einen Teil der Parkgebühren zusichert, solange sie die Auflagen der rechtsgültigen Baubewilligung nicht durchsetzt. Heute konnten wir in der Medienmitteilung des Gemeinderates lesen, dass da noch kein Geld geflossen sei. Gemäss BVD fehlt aber sowieso die rechtliche Basis für so eine Vereinbarung, der Zweck der Vereinbarung ist also fraglich.

Aber weiter in der Geschichte: Im Oktober 2024 hiess die BVD eine Rechtsverzögerungsbeschwerde des VCS gut und wies die Gemeinde Köniz an, das sistierte nachträgliche Baubewilligungsverfahren wieder aufzunehmen und unverzüglich einen Bauentscheid zu fällen. Erneut etwa ein halbes Jahr später lehnte die Gemeinde Köniz das nachträgliche Baugesuch zwar ab, die Gemeinde verzichtete aber

erneut explizit auf die Wiederherstellung des rechtmässigen Zustands. In Kurz war die Message: Ihr tut etwas Illegales aber macht nur weiter so.

Also gelangte der VCS wieder an den Kanton. Am 7. November 2025 hiess die BVD nun auch diese Beschwerde gut. Dabei verwendete sie deutliche Worte. Und da stehen wir jetzt.

Es geht mir nicht darum, dass beim Bauhaus gar keine Fahrten mehr anfallen dürfen. Auch ich denke nicht, dass dieser Standort für so eine Nutzung völlig verkehrt ist. Aber Bauhaus soll das Gesetz einhalten, wie alle anderen auch und die Verantwortung dem Klima gegenüber wahrnehmen.

Die Gemeinde spielt aber lieber weiter auf Zeit, anstatt die Zeit bis zu einer allfälligen Erhöhung des Fahrtenkontingents konstruktiv zu nutzen und die Massnahmen zu prüfen, die in der Baubewilligung schon immer vorgesehen waren und auch weitere einfach umsetzbare Vorschläge für Massnahmen zu prüfen. Denn es gibt Massnahmen: So zum Beispiel eine Kombination aus verbesserter ÖV-Erschliessung und einem gratis Lieferdienst. So können Leute die Ware mit dem Velo oder ÖV vor Ort anschauen, aber die Lieferungen des Materials gepoolt und so Fahrten reduziert werden. Dies als ein mögliches Beispiel.

Es ist schade und unverständlich, dass der Gemeinderat nach sechs Jahren Verfahren und zwei Entschieden der BVD zu Ungunsten der Gemeinde weiter auf Zeit spielt und von irgendwelchen radikalen Massnahmen spricht, statt konkrete umsetzbare Massnahmen zur Verbesserung der Situation prüfen zu lassen. Wie lange sich das Verfahren weiter verzögert, wissen wir aktuell noch nicht. Ich hoffe schwer, es geht nicht weitere sechs Jahre. Die ganze Geschichte sollte aber auf jeden Fall strukturiert aufgearbeitet werden.

Gemeinderat Christian Burren, SVP: Ich glaube, man muss hier etwas in den Kontext stellen. Ich gehe davon aus, David Müller hat hier nicht im Interesse der Gemeinde Köniz gesprochen, sondern als VCS-Funktionär.

Wir wollen alle das Beste für Köniz. Und dazu möchte ich hier einmal ganz klar festhalten: Wir haben dort einen Missstand, welcher nicht einer gültigen Baubewilligung entspricht. Das stimmt. Aber wir haben dort verkehrsmässig aktuell auch kein Problem, solange nicht alle Baufelder vollständig überbaut sind. Ich möchte hier festhalten: Wir haben kein Problem.

Und dazu, dass man nichts gemacht habe, keine Massnahmen ergriffen habe: 3'800 Fahrten wurden gezählt, als wir dies festgestellt haben. Aktuell sind wir etwa bei 2'600 Fahrten, bei Bauhaus. Und diese wurden vom Bauhaus, wie auch durch uns als Gemeinde gemessen. Man hat massive Massnahmen ergriffen, diese Fahrtenzahlen runter zu holen.

Jetzt sind wir dran, wir sind dort an einem Entwicklungsschwerpunkt und zwar nicht nur von der Gemeinde, sondern von kantonaler und regionaler Bedeutung. Ich habe gehört - und das hat mich gefreut, David - der Baumarkt ist dort am richtigen Ort. Ist es denn aber auch richtig, wenn man dort jetzt einschneidende Massnahmen – und es bräuchte einschneidende Massnahmen, damit man diese Fahrten noch unter 2'000 bekommt - ergreifen würde? Die Schliessung eines Parkdecks, mit dem Risiko eines Rückstaus auf die Autobahn? Einschränkung der Verkaufszeit oder der Verkaufsfläche? Die Kunden wollen trotzdem mit dem Auto im Baumarkt einkaufen gehen. Dann fahren sie halt nach Matran im Kanton Fribourg. Dort können sie parkieren und brauchen nichts zu bezahlen, keine Diskussion. Hilft das unserem Klima?

Und darum hatte der Gemeinderat das Gefühl von der Verhältnismässigkeit. Wenn man dort einen Entwicklungsschwerpunkt von kantonaler Bedeutung seiner richtigen Nutzung zuführen will - und wir uns alle einig sind, dieser Baumarkt ist am richtigen Ort - und nicht nur der Baumarkt, wir wollen ja das gesamte Gebiet noch weiterentwickeln. Und jetzt Massnahmen zu ergreifen, welche drastische Einschränkungen zur Folge hätten, das haben wir als Unverhältnismässig beurteilt.

Warum haben wir diese Beschwerde gemacht? Die BVD, welche diesen Entscheid beurteilt hat, hat mit keinem Wort zur Verhältnismässigkeit Stellung bezogen. Nicht zuletzt: Ein Fahrtenkontingent das auf eine Vereinbarung aus dem Baubewilligungsprozess zwischen Bauhaus und dem Verkehrsclub Schweiz basiert. Und das hat dann zu dieser Auflage geführt. Und die Verhältnismässigkeit, ob wir jetzt damit das Klima retten, das überlasse ich euch allen.

Und ich glaube, dieser Baumarkt ist dort am richtigen Ort, in bester Verkehrslage, und entspricht einem Bedürfnis. Und das ist auch die Aufgabe des Gemeinderates, nicht nur der Buchstabe einer über 20jährigen Baubewilligung umzusetzen, sondern auch die Verhältnismässigkeit von Massnahmen zu prüfen. Und das haben wir gemacht und darum sind wir zu diesem Schluss gekommen.

Ronald Sonderegger, FDP: Liebe Grünen, bevor ihr bei den anderen wischen geht, wischt mal vor der eigenen Türe: Zum Beispiel beim Spiegel, da hat es immer noch Wahlplakate von euch und diese gehören dort auch nicht hin, diese sind nämlich auch nicht am richtigen Ort, wo sie bewilligt werden. Da könntet ihr zum Beispiel mal etwas machen.

David Müller, Grüne: Vielen Dank Ronny, das nehme ich gerne zur Kenntnis, aber das hat nichts mit dieser Sache hier zu tun.

Ich will noch kurz reagieren: Genau, das ist so, ich bin Mitglied vom Vorstand des VCS in der Sektion Bern, doch ich glaube, das liegt im Interesse der gesamten Bevölkerung, dass die Gemeinde verlässlich ist, wenn es darum geht, geltendes Recht durchzusetzen. Das als erster Punkt.

Dann finde ich die Argumentation recht spannend: Man hat eine Reduktion der Fahrten von 3'800 auf 2'600 erreicht. Da kann man sagen, ja, das ist eine wesentliche Reduktion. Aber: Diese 2'600 Fahrten liegen immer noch mehr als 30% über dem, was bewilligt wurde. Wenn wir hier zum Beispiel über das Budget diskutieren und wenn wir dort eine Abweichung von 30% hätten, dann wäre hier vermutlich die Hölle los.

Dann die Argumentation zu sagen, wir haben jetzt mit gewissen nicht so einschneidenden Massnahmen, wenn ich dies richtig interpretiert habe, eine Reduktion von 3'800 auf 2'600 erreicht, aber der nächste Schritt wäre desaströs und nur mit super einschneidenden Massnahmen zu erreichen, das leuchtet einfach absolut nicht ein. Und das was wir verlangen ist ja, dass dort zusätzliche Massnahmen geprüft werden, zum Teil Massnahmen, welche bereits seit 20 Jahren bekannt sind, schon seit 20 Jahren umgesetzt sein sollten und darum ist das für mich wirklich nach wie vor unverständlich.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Nachdem keine allgemeine Voten mehr vorliegen, welche nicht Verabschiedungen sind, komme ich zuerst zu einigen Mitteilungen:

- Am 4. Dezember hat die Einführungsveranstaltung für neue Parlamentsmitglieder stattgefunden. Das Feedback der Neuen zu diesem Format war sehr positiv. Es gab eine Folienpräsentation zu dieser Einführungsveranstaltung, diese findet ihr im Teamraum Parlament Köniz, im Ordner "Grundlagen".
- Dann weise ich darauf hin, dass nach dieser Sitzung zum Legislaturende ein Apéro durch die abtretenden Parlamentsmitglieder sowie von Hansueli Pestalozzi und Christian Burren spendiert wird. Ihr seid herzlich eingeladen, es ist alles gratis, auch das, was ihr bei Ruffi bestellen könnt – oder durch Parlaments- und Gemeinderatsgelder finanziert und nicht steuerfinanziert, wobei ich jetzt nicht weiss, woher die beiden Gemeinderäte ihr Einkommen beziehen.
- Kathrin Gilgen und Dominic Amacher scheiden zwar auch aus dem Parlament aus, sie haben aber angekündigt, dass sie im Februar oder März einen Apéro als Zwischenverpflegung spendieren werden. Jene, welche im nächsten Jahr noch mit dabei sind, können sich darauf freuen.
- Die erste Parlamentssitzung der neuen Legislatur mit anschliessender Präsidentinnenfeier findet am 9. Januar 2026, um 17.00 Uhr statt.

Bevor wir mit den Verabschiedungen beginnen, kommen wir zu einer Abstimmung: Das Verfahren läuft gemäss dem Verfahren für geheime Abstimmungen. Ihr bekommt von den Stimmzählenden einen Stimmzettel ausgeteilt, die 1. Vizepräsidentin wird, sobald ihr die Stimmzettel habt, die Frage vorlesen, welche ihr beantworten müsst. Ich bitte, die Stimmzählenden, die Stimmzettel zu verteilen.

1. Vizepräsidentin Christine Müller, Grüne: Die Frage lautet: Wie viele Vorstösse und Parlamentarische Initiativen hat Casimir von Arx in seiner Zeit als Parlamentsmitglied von Köniz eingereicht? Achtung, gemeint sind nur Vorstösse und Parlamentarische Initiativen, bei welchen er von Beginn an als Erstunterzeichner fungiert hat, also keine geerbten Geschäfte.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Ich bitte die Stimmzettel wieder einzusammeln. Während wir jetzt mit den Verabschiedungen beginnen, bitte ich die Stimmzählerin und den Stimmzähler, die Auszählung vorzunehmen und das Abstimmungsprotokoll auszufüllen.

Wir kommen zu den Verabschiedungen der scheidenden Gemeinderatsmitglieder. Gibt es Voten aus dem Parlament?

Kathrin Gilgen, SVP: Lieber Christian: Parlamentssitzung am 8. Dezember 2025 im Rossstall Schloss Köniz. Wir verabschieden dich nach zwei Legislaturen aus dem Gemeinderat Köniz. Vor 12 Jahren am 9. Dezember 2013 hat dich der Fraktionspräsident Stefan Lehmann nach drei Legislaturen als Parlamentsmitglied hier unter anderem mit den Worten, "vielleicht werden wir Christian Burren dereinst wieder in der Könizer Politik sehen", verabschiedet. Ja, wir durften dich nochmals sehen und sind stolz auf

dich und dein Wirken auf Ebene Gemeinderat in den letzten acht Jahren. Du hast mit der Direktion Planung und Verkehr eine arbeitsintensive, aber auch einflussreiche Direktion geführt, welche aber auch viel Angriffsfläche bietet und bei welcher das Spektrum der Erwartungen nicht grösser sein könnte. Aber genau dich hat es dort an diesem Ort gebraucht. Mit deinem übersichtlichen, guten und motivierenden Führungsstil konntest du deine Mitarbeitenden abholen und sie haben sich für dich und die Gemeinde eingesetzt und gerne für dich gearbeitet.

Du hast Arealentwicklungen vorangetrieben, Fuss-Velo-Köniz umgesetzt, allgemeine Konflikte gelöst - auch für andere, warst Problemlöser und immer bereit für Mehrleistungen. Du warst stets dossiersicher und zuverlässig unterwegs und bist dabei ruhig und gelassen geblieben. Du warst die richtige Person am richtigen Ort. Kaum jemand anderes hätte dies so prästiert wie du.

Aber auch bei dir hat dieser Job Spuren hinterlassen: Du arbeitest und gestaltest zwar immer noch gerne für diese Gemeinde, aber verschiedene Vorfälle und auch Kritik, besonders die unberechtigte, steckt auch der Stärkste nicht immer weg. Du willst dir treu bleiben und deine Prinzipien sind dir wichtig. Darum hast du deine Reissleine gezogen – für dich und deine Familie und das ist richtig so. Einerseits kam es für die Fraktion zwar etwas überraschend, aber wir können deinen Entscheid klar nachvollziehen.

Lieber Christian, wir danken dir herzlich für deinen wertvollen und unermüdlichen Einsatz für Köniz. Wir wünschen dir für die Zukunft alles erdenklich Gute, beste Gesundheit und mehr Zeit für dich und Christine und erholsame und ruhigere Zeiten ab nächstem Jahr. Dir soll dieses warme Kerzenlicht in der besinnlichen Zeit Freude bereiten und dass der feine Waldduft dich erfreut, weiss ich, denn im Wald bist du ja fast am liebsten und jetzt hast du dann ja auch etwas mehr Zeit, um dort hin zu gehen.

Christian, merci viel, oftmals für alles. Deine Kolleginnen und Kollegen der SVP-Fraktion.

Gemeinderat Christian Burren, SVP: Diese Abschiedsworte sind für mich wirklich berührend, merci oftmals. Ich weiss ja, wenn man scheidet, dann war alles gut. Ich habe die letzten acht Jahre dies gerne für die Gemeinde Köniz gemacht und ich habe stets gesagt, auf einer Seite werde ich mit einem weinenden Auge gehen, auf der anderen Seite mit einem lachenden, das ist selbstverständlich.

Aber ich will mich hier an dieser Stelle auch bei euch Parlamentarierinnen und Parlamentarier bedanken, für diese Zeit und das Vertrauen, das ich hier erleben durfte. Ich habe dies eigentlich immer geschätzt. Die Auseinandersetzungen, welche manchmal etwas harmonischer waren oder eben dann auch etwas weniger, aber ich glaube, genau das hat es ausgemacht und der gegenseitige Respekt, welchen man stets hatte, diesen habe ich sehr positiv erlebt.

Und ich werde nicht – auch wenn Kathrin dies richtig gesagt hat, die Zeit war manchmal belastend – hier frustriert aus diesem Amt gehen, sondern ich gehe freudig aus diesem Amt, mit guten Erinnerungen an diese Zeit und das wünsche ich auch dir Kathrin als meine Nachfolgerin und auch Dominic. Wirklich, geniesst diese Zeit, es ist eine Aufgabe, wie man sie sonst selten gestellt bekommt und darum nochmals merci oftmals.

David Müller, Grüne: Lieber Hansueli, seit acht Jahren vertrittst du die Grünen im Könizer Gemeinderat. Davor bereitest seit 2005 im Parlament, zu Beginn noch als Mitglied des Grünen Bündnis. Seit 20 Jahren bist du also in der institutionellen Könizer Politik eine starke grüne Stimme. Per Ende Jahr endet nun diese Zeit und wir möchten dir von Herzen für dein grosses und langjähriges Engagement danken. Bereits im Parlament hast du immer wieder konkrete Themen auf die Agenda gebracht und Lösungen angeregt. Neben, für heutige Verhältnisse, Standardforderungen, wie zum Beispiel Begegnungszonen, hast du dabei auch immer wieder visionären Geist gezeigt. Zum Beispiel im Zusammenhang mit der Prüfung einer Metro-Option für Köniz oder der Überbauung der Autobahn. Neben solchen Verkehrsthemen konntest du auch in der Biodiversitäts- und Klimapolitik deine Schwerpunkte setzen und wichtige grüne Erfolge erzielen. Als Parlamentarier zum Beispiel, mit der Forderung nach einem Ökoprozent oder als Gemeinderat mit Wärmeverbünden oder der erstmaligen Erstellung eines Biodiversitätskonzepts.

Besonders schön ist natürlich auch, dass du die Idee des Ökoprozents in etwas abgewandelter Form und etwa 15 Jahre später als Gemeinderat im Rahmen des Klimareglements bzw. Spezialfinanzierung Klimaschutz verabschieden konntest. Auch da warst du wohl deiner Zeit damals voraus. Mit dem Netto-Null-Ziel 2045 für die Gesamtgemeinde und 2035 für die Gemeindeverwaltung wirst du aber auch die Zukunft der Gemeinde weiter prägen.

Neben diesen klassisch grünen Themen hast du als Gemeinderat dafür gesorgt, dass die Gemeinde langsam aber sicher im digitalen Zeitalter ankommt. Und wer dich in der Fraktions- oder Parlamentssitzung über die Digitalisierung sprechen hörte, durfte ein nicht minder angefressenen Hansueli erleben.

Wir werden dein grosses thematisches und politisches Wissen vermissen und ich bin sicher, ich bin nicht der einzige, der sich auch in Zukunft an die hansuelischen Antworten und Varia erinnern wird. Denn wer ausser dir kann mit so einer Begeisterung als Referenzzeitraum für die Begründung, dass wir endlich handeln sollten, die letzten 10 Mio. Jahre herbeiziehen. Für die Neueren hier: Kein Witz, es ging damals um die Biodiversität und die wunderschönen Orchideen in Köniz.

Ich hoffe das nehmen wir von dir mit: Diese Begeisterung wünsche ich uns allen für den künftigen Parlamentsbetrieb und generell das politische Miteinander. Und dir wünsche ich alles Gute – im Ruhestand kann man wohl nicht sagen – aber auf jeden Fall alles Gute für Dich mit der Familie und natürlich auch auf der geplanten längeren Reise, welche jetzt dann ansteht. Und natürlich hoffe ich auch, dass du danach mit neuen Ideen wieder zurück nach Köniz kommst und uns ausserhalb des Gemeinderats- und Parlamentsbetriebs erhalten bleibst. Wir werden dich im Parteirahmen noch ausgiebig verdanken und verabschieden können, aber an dieser Stelle bereits merci viel, viel, vielmals, Hansueli.

Gemeinderat Hansueli Pestalozzi, Grüne: Ganz herzlichen Dank für diesen Applaus. Es ist so, wie es David gesagt hat: Ich habe dies immer mit Freude gemacht, ich bin jetzt seit gut 20 Jahren hier in der Könizer Politik, ich habe es mit Freude gemacht, aber ich habe jetzt wirklich das Gefühl, es ist jetzt der genau richtige Moment aufzuhören, dann wenn ich es noch mit Freude machen kann. Es kam in der Pause die Frage auf, an wie vielen Parlamentssitzungen ich jetzt in diesen gut 20 Jahren schon teilgenommen habe. Überschlagsmässig waren es etwa 200 und da habe ich mir gedacht, das wäre doch jetzt eine gute Aufgabe für KI, es soll mal kurz die Protokolle durchgehen und schauen, wo ich überall anwesend war. Ich habe dies zuvor versucht, doch KI hat gesagt, nein, das könne sie nicht, das sei ihr zu kompliziert. Es waren wohl gut 200 und wie gesagt, ich habe dies immer mit Freude gemacht. Ich habe auch immer gerne mit euch, mit dem Parlament, zusammengearbeitet. Es hat mir auch Freude gemacht, das Pingpong in der GPK, das Aushandeln von Lösungen, gerade mit dem Klimareglement ging das ja einige Male hin- und her und ich hatte wie Christian auch, immer das Gefühl, wir sind uns hier mit Respekt begegnet und sind zusammen gemeinsam zu guten Lösungen gekommen, welche hoffentlich in Zukunft auch weiter wirken werden.

Ja, nochmals danke euch allen für die gute Zusammenarbeit, es hat mir wirklich immer Freude bereitet. Ich werde dann auch noch meinen Leuten von der Verwaltung danken, einzelne sind hier - auch das ist mir ein grosses Anliegen. Ohne Verwaltung wäre das alles nicht möglich, da steckt eine riesige Arbeit dahinter und gerade in meiner Direktion, in welcher es darum geht, den Service public - worüber wir heute ja auch viel gesprochen haben - aufrecht zu erhalten und sicher zu stellen, dass dieser immer in sehr guter Qualität erfolgt - manchmal auch mit Problemen - aber da bin ich doch stolz darauf und ich habe das Gefühl, ich kann Kathrin Gilgen, welche meine Direktion übernehmen wird, eine gute Direktion übergeben. Nochmals vielen Dank und bis später im Apéro.

Selin López, FDP: Wir haben diverse Verabschiedungen. Eine Person hat sich leider bereits verabschiedet, Hans-Peter Kohler war leider heute nicht anwesend, wir werden ihn dann am Parteianlass gebührend verabschieden.

Wer verlässt uns sonst noch aus der Fraktion? Das sind zwei Leute, welche lange mit dabei waren, einerseits Heidi Eberhard, welche die Amtszeitbeschränkung mit ihren 12 Jahren erreicht hat und Dominic Amacher, welcher etwas runter oder rauf rutscht, je nach Perspektive und den Gemeinderat hoffentlich bereichern wird.

Einige Worte zuerst für Heidi: Ich habe Heidi Eberhard vor zirka neun Jahren kennen gelernt. Ich bin damals relativ frisch in Köniz zugezogen und habe mich total euphorisch bei der FDP gemeldet und ging dann an eine Parteiversammlung und habe dort Heidi kennengelernt. Für mich war es gefühlt so, dass mich Heidi von da an, an die Hand genommen hat – an ihre FDP. Die Liberalen-Hand – und sie hat mir ihr Wissen und viele Kontakte mitgegeben und das hat sie auf eine so natürliche sympathische Art gemacht, das hat mich unglaublich beeindruckt. Was bei ihr so schön ist: Es gibt ja diesen Spruch "Wissen ist Macht", aber das ist bei Heidi nur die halbe Wahrheit, denn bei Heidi ist "Wissen *teilen* ist die wahre Macht" und das hat sie vorbildlich vorgelebt. Und wenn man jemanden als politisches Vorbild nehmen kann, dann nimmt Heidi, unbedingt. Sie hat sich in den letzten gemeinsamen Jahren als super tolle Parteikollegin und insbesondere als toller Mensch in meinem Herz einen Platz ergattert.

Wir werden sie mit ihrem trockenen Humor vermissen und mit ihrer unglaublichen Hilfsbereitschaft war sie für mich und unsere Parteikollegen aus der Fraktion stets eine gute Freundin. Ihr Verantwortungsbewusstsein kam immer zur Geltung. Sie ist an jeder Sitzung gewesen, war immer super organisiert, war immer perfekt vorbereitet und war die Zuverlässigkeit in Person in diesen Jahren.

Heidi, wir werden dich vermissen. Als Höhepunkt darfst du nun als Präsidentin der GPK nach 12 Jahren Amtszeit auch politisch auf der Gemeindeebene in den Ruhestand treten. Wir danken dir für alles, was

du für Schliern, für die Gemeinde Köniz und unsere Partei in den letzten 12 Jahren gemacht und angestossen hast. Vielen Dank.

Nicht nur Heidi verlässt unsere Fraktion, sondern auch Dominic - als Gemeinderat. Auch ihn durfte ich vor neun Jahren kennen lernen und er war jetzt acht Jahre in diesem Parlament, nicht ganz so lange wie Heidi, aber immerhin. Und er sitzt voraussichtlich die nächsten vier Jahre auch wieder hier, eben einfach an einem anderen Ort.

Und er konnte seine politische Duftmarke in weiten Bereichen hinterlassen. Schon nach kurzer Zeit wurde dieser "Herr Finanzkommissionspräsident" – wer hätte das gedacht. Und nicht nur das, er war auch in ganz vielen anderen Kommissionen. Als ich vor vier Jahren neu in dieses Parlament gekommen bin, hatte er für mich eine sehr wichtige Rolle. Er war Fraktionspräsident und ich hatte keine Ahnung von Politik. Ich hatte zwar Verwaltungsrecht etc. und habe das alles in der Theorie gelernt, aber das war sowas von weit weg. Und Dominic war jener, welcher mir dies schlussendlich als Fraktionspräsident näherbringen konnte und ich danke ihm für all das, was er gemacht hat. Er hat nämlich wie kein anderer – finde ich persönlich – unsere politischen Werte der FDP. Die Liberalen in sich getragen. Er hat das aber nicht nur in sich getragen, sondern er *ist* FDP. Die Liberalen. Er hat dies so stark in sich drin, das ist nicht nur eine Duftnote, sondern das sprüht förmlich von FDP. Und wenn ich mir nur eine kleine Scheibe davon abschneiden könnte, dann würde ich das sofort machen. Vielen herzlichen Dank.

Er hatte auch unsere Fraktion jederzeit total im Griff. Das ist nicht immer einfach, weil wir nicht immer alle gleich gut vorbereitet waren, wie Heidi, muss man ehrlich sagen, er hat dies aber immer sehr souverän gemacht. Er ist ein sehr guter Stratege, er ist auch immer sehr gut mit anderen Parteien im Dialog getreten und hat uns politisch unglaublich weit vorangebracht – und zwar als kleine Partei, wenn wir schauen, wie viele Mitglieder wir hatten und das ist unglaublich beeindruckend und ich finde sein umsichtiger Umgang mit anderen Leuten, das ist das, was ihn in diesem Gremium auch hervorstechen lässt. Er hat Fingerspitzengefühl bewiesen und er ist auch immer wieder einmal für ein Spässchen zu haben gewesen, ob es jetzt angebracht war oder nicht, sei dahingestellt.

Wir werden auf alle Fälle Dominics liberalen Kompass in der Fraktion stark vermissen. Ich hoffe, ich kann vielleicht nicht gleich in seine Fussstapfen treten, aber zumindest in die Nähe davon gelangen und dabei die Orientierung auch ohne seinen liberalen Kompass hoffentlich beibehalten.

Wir freuen uns für dich Dominic, dass du uns bzw. der Gemeinde in deiner neuen Funktion als Gemeinderat erhalten bleibst. Wobei "erhalten" ist zu wenig präzise, wir freuen uns, dass du unsere Werte als Gemeinderat vertrittst und wir wünschen dir weiterhin den Durchblick ohne die Orientierung zu verlieren, mit deinem liberalen Kompass. Wir werden dich vermissen und wir danken dir für deine Arbeit in den letzten acht Jahren in der Fraktion und insbesondere auch als Fraktionspräsident. Du wirst uns und mir insbesondere sehr fehlen.

Heidi Eberhard, FDP: Liebe Alle, ich war 12 Jahre in der Fraktion und habe eine Amtszeitbeschränkung. Ich bin im August 2011 nachgerutscht. Ich habe die Zeit tatsächlich auch genossen, mir hat es sehr gut gefallen, muss ich sagen.

Ich danke hier der FDP, welche mich früher aufgestellt hat, damit ich überhaupt das Amt ausführen konnte, und jenen, welche mich gewählt haben, auch noch danke vielmals. Euch allen, welche mit mir gearbeitet haben, besten Dank – ich bin ein Schütze, also immer sehr direkt, ich habe Aszendente Krebs und nehme dann auch mal wieder etwas zurück, was ich gesagt habe – aber grundsätzlich hat es mir sehr gefallen, mit euch zu debattieren und auch Köniz vorwärts zu bringen, wie dies die FDP wollte. Ich hoffe, es geht auch so weiter. Dominic wünsche ich auch alles Gute, jetzt dann als Gemeinderat. Es hat mit euch "gfügt", I'm gonna miss you. Merci vielmals Selin für deine Worte.

David Müller, Grüne: Liebe Laura, dein Abgang aus dem Parlament tut weh. Einerseits, und vor allem natürlich, weil wir künftig auf dich als Person verzichten müssen und andererseits auch, weil wir künftig nur noch eine junggrüne Vertretung im Parlament haben werden.

An dieser Stelle aber kurz ein Blick zurück: Vor zwei Jahren bist du ins Parlament nachgerutscht. Dein erstes Votum hast du dann zu Begegnungsräumen gehalten. Bereits in diesem ersten Votum zum gesellschaftlichen Miteinander hast du gezeigt, dass dir eine wissenschaftliche Herangehensweise an neue Themen gegeben ist, das dir das liegt. Es ging nicht nur um unsere politische Haltung, sondern auch um eine Einordnung und was das nun in unserem Kontext bedeutet.

Auch bei deinen verschiedenen weiteren Voten mit Schwerpunkt im Bereich Bildung oder Soziales konnten wir diese Herangehensweise immer wieder beobachten und es freut mich, dass du so das Könizer Parlament in den letzten zwei Jahren bereichert hast.

Ich möchte dir deshalb herzlich für deinen Einsatz danken und insbesondere für deinen Einsatz hier im Parlament. Aber ich möchte die Gelegenheit auch gleich nutzen, dein Engagement ausserhalb des Parlaments, zum Beispiel im Rahmen der Einbürgerungskommission zu verdanken. Wie wir letztes Mal gehört haben, war das ja mit einigen Stunden Arbeit verbunden.

Und nicht zuletzt danke ich dir von Herzen für deine Inputs und dein Engagement innerhalb unserer Fraktion. Es war schön, konnten wir die letzte Fraktionssitzung mit dir und dank dir in der Heitere Fahne bei leckerer Pizza abhalten.

Merci vielmals und ich wünsche dir für die Zukunft alles Gute und hoffe natürlich, dass du dein politisches Engagement auch in der Stadt Bern künftig in anderer Form weiterführen kannst. Merci für Dein Engagement.

Laura Hoffman, Junge Grüne: Vielen Dank David für diese ganz lieben Worte. Ich möchte die Gelegenheit nicht verpassen, um euch allen nochmals merci für die zwei Jahre zu sagen. Für mich war dieses Parlament ein Sprung ins kalte Wasser, ich stand zuvor, wie es David gesagt hat, ausserparlamentarisch in zwei Ämtern und fand dies äusserst spannend und dann habe ich diese Chance auch genutzt, um nach zu rutschen. Schade ist, die Jungen Grünen bleiben mit nur einem Sitz – ich bedauere das. Wir werden das Beste daraus machen, wir wollen, dass die jungen Stimmen – ich sage jetzt mal unter 30 Jahren – auch gehört werden können, denn ich habe unter 30 hier begonnen und jetzt bin ich in diesem Jahr 30 geworden und ja, jetzt geht es halt anders weiter. Und ich fand auch diese Debattenkultur interessant, hier zu verfolgen und werde das mitnehmen, was ich für mich mitnehmen kann, in meinem Rucksack und bei anderen Gelegenheiten, wie es David gesagt hat, versuchen, dies dann wieder auszuschöpfen. Darum merci vielmals.

Fraktionssprecherin EVP-GLP-Mitte, Sandra Röthlisberger, GLP: Lieber Roger: Du bist in dieser Legislatur nachgerückt. Du hast ein gutes Jahr in dieser Fraktion mitgewirkt. Du hast in dieser Zeit aber erkannt, dass dir die Parlamentsarbeit doch zu wenig Freude bereitet - oder anders gesagt: Du hast hat nicht richtig Feuer gefangen. Und darum bist du bei den Wahlen dann auch nicht mehr ambitioniert angetreten.

Trotzdem hast du uns sehr hilfsbereit unterstützt: Im Wahlkampf, im Vorstand, aber auch bei uns in der Fraktion und als Kollege. Feuer und Flamme bist du bei Arbeitgeberthemen. Da kannst du aus der Erfahrung - und aus dem Stehgreif ein Votum halten und überzeugen. Wir haben es das letzte Mal gehört. Und sprichst dem Verleger Jaqueraud aus dem Herzen.

Du gehörst in unserer Fraktion dem Industrie-Flügel an. Du bist ein Macher. Das politische "Klein-klein" ist aber nicht deins. Du verleihst den Vorstössen, selbst wenn sie mal aus unseren Reihen kommen, auch mal das Prädikat "hafechäs". Du bist somit auch nicht schuld an unserer hohen Vorstössdichte. Du wirst also künftig nicht nur von uns vermisst.

Wir sagen dir herzlich danke. Wir wünschen dir eine neue freudige Freizeitbeschäftigung. Du bekommst hier einen Veloplus-Gutschein, um dich entsprechend auszurüsten. Beim Velofahren ist dann die Wirkung auch unmittelbarer.

Roger Tanner, GLP: Eigentlich bin ich ja nicht gerne hier vorne - das ist aber sicher nicht der Grund, dass ich aufgehört habe, aber das macht ja auch keine Falle. Ich habe nach zwei, drei Sitzungen das feststellen müssen, was meine Frau mir fast täglich sagt: Ich bin einfach kein allzu guter Zuhörer. Und darum habe ich mich entschieden, hier nicht mehr weiter zu machen, auch im Wissen darum, dass wir in der Partei, viele engagierte Männer und Frauen haben, welche diesen Sitz gerne übernehmen. Und mit diesem Hintergrund konnte ich gut sagen, ich mache nicht mehr weiter. Ich habe diese Zeit aber sehr genossen. Abgesehen von der FDP haben mich alle Gemeinderäte in der Firma besucht, das hat mich sehr stolz gemacht und ich habe einen Höllenrespekt vor dem, was ihr hier leistet und mit wie viel Einsatz ihr dies macht und ich freue mich, dass ich hier jetzt vom Beckenrand zuschauen darf, wie ihr dies weiterführt. Vielen Dank.

Kathrin Gilgen, SVP: Liebe Corina, am Montag, 13. März 2023 warst du zusammen mit Andrea Winzenried das erste Mal hier im Rossstall als Parlamentarierin an einer Sitzung. Ihr beide seid für Fritz Hänni und David Burren ins Parlament nachgerutscht. Du hast dich mit deiner klaren Haltung von Beginn an gut integriert und dein junges Alter und dein Wissen in vielen Bereichen, aber besonders über das Schulwesen, war für die Fraktionsarbeit interessant und unterstützend. Allgemein hat die Tatsache, dass die weibliche Empathie in der Fraktion gestiegen ist, die ganze Fraktionsarbeit etwas verändert. Ich habe es als positiv empfunden.

Speziell war, dass du bereits am 13. Februar 2023, also schon vor deiner ersten Parlamentssitzung, als Mitglied in die Redaktionskommission gewählt wurdest. Diese hast du dann ab Januar 2024 als Kommissionspräsidentin bis zum heutigen Zeitpunkt souverän geleitet.

Corina, die SVP-Fraktion bedankt sich ganz herzlich für deinen Einsatz und deine vielen geleisteten Stunden. Du hattest manchmal Terminüberschneidungen und musstest an die Sitzungen eilen. Dein Beruf – oder präziser gesagt – deine Berufung als Lehrperson, nimmt viel Zeit in Anspruch und wir sind froh, dass jemand mit so bodenständigen und traditionellen Ansichten und Grundwerten sich so aufopfernd für die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen einsetzt. Zudem bist du noch so jung, da muss auch noch Zeit für vieles anderes bleiben, als nur für Aktenstudium und all die Arbeiten für das Könizer Parlament.

Somit waren wir auch nicht besonders erstaunt, als du uns mitgeteilt hast, dass du noch diese Legislatur fertig machst, aber nicht mehr zu den Wahlen antreten wirst.

Liebe Corina, wir wünschen dir für die Zukunft alles Gute, beste Gesundheit und dass du viele deiner Ziele verwirklichen kannst und ab und zu auch ein Traum in Erfüllung geht. Wir hoffen, dass du dich an diesem warmen Licht dieser Kerze erfreuen kannst und der Kranz den Geschmack von frischem Waldboden in deine Wohnung zaubert. Mit dem beiliegenden Gutschein kannst du dir dann etwas kaufen, was dir Freude macht. Merci nochmals für deinen Einsatz in den letzten drei Jahren.

Corina Burren, parteilos, Sitz der SVP: Merci vielmals, Kathrin, ich hatte Freude an deinen Worten. Es ist so, es reicht nicht für alles. Ich kam mit sehr viel Begeisterung vor knapp drei Jahren. Ich bekam die Politik in die Wiege gelegt, es ist etwas, das mich von Klein auf gepackt und interessiert hat und auch nach wie vor. Ich werde die Politik weiterhin verfolgen, aber eben, wie es so ist, man hat nicht Zeit für alles.

Ich habe mich entschieden, dass ich meine Zeit weiterhin für das, wofür mein Herz schlägt, für die Kinder, für meine Schüler und Schülerinnen, investieren will. Und eben, ich werde die Politik weiterhin von aussen verfolgen und ich habe ganz viel gelernt hier und möchte die Zeit nicht missen.

Reto Zbinden, SVP: Liebe Kathrin, ich musste ganz weit zurückschauen, um deine Arbeit hier im Parlament zu würdigen. Du bist bereits 2013 für die Gemeindewahlen angetreten, damals hat dich, so glaube ich, ein gewisser Moser Hans überzeugt, auf die Liste zu kommen, einige kennen ihn vielleicht noch, aber vermutlich inzwischen die Wenigsten hier drin. Und es war vielleicht auch nicht ganz ein Zufall, dass du für ihn ins Parlament nachrutschen konntest. Deine erste Parlamentssitzung fand am 17. August 2015 statt. Du hattest deine erste Sitzung gleichzeitig mit Christina Aebischer, das habe ich im Protokoll nachgeschaut. Ihr seid genau gleich lange im Parlament. Und es sind selten Leute so lange im Parlament. Über 10 Jahre, das ist alles andere als selbstverständlich.

Du warst nicht einfach nur Parlamentsmitglied, du kamst auch sofort in die Finanzkommission und wurdest dann auch bald einmal Fraktionspräsidentin der SVP. Dann, 2022 hattest du dein grosses Jahr als Parlamentspräsidentin – ich glaube, damals hatten wir noch keine pinkfarbenen Kleider an – aber uns ist viel geblieben, von deiner Art, wie du das Parlament geleitet hast.

Auch nach diesem Jahr hast du dich weiterhin extrem für uns eingesetzt, hast GPK-Mitglied gemacht, etwas, was sehr anstrengend ist, was sehr viel Einsatz braucht. Jene, welche dort dabei sind, wissen es. Du bist dann wieder als Fraktionspräsidentin eingesprungen, du warst immer bereit in die Presche zu springen, wenn wir irgendwo Not an der Frau hatten.

Dann, am 28. September 2025 war dein grosser Tag: Du wurdest in den Gemeinderat gewählt. Herzliche Gratulation nochmals. Du hast deine politischen Schwerpunkte hier immer auch für die Landwirtschaft eingesetzt. Der Schutz von Fruchtfolgeflächen und allgemein die Vertretung des ländlichen Gebiets, war dir immer sehr wichtig. Das hast du auch als Präsidentin des Ortsvereins Oberwangen gemacht. Auch die Unterstützung des Gewerbes, des KMU's, lag dir am Herzen und natürlich als bürgerliche Politikerin solide Finanzen und eine effiziente Verwaltung. Allgemein bist du durch eine extreme Bodenständigkeit und einer Nähe zur Bevölkerung aufgefallen. Das haben auch immer die grandiosen Wahlergebnisse gezeigt, welche du erreichen konntest.

Ich will noch kurz einige Highlights erwähnen: Im kann mich erinnern, 2017 hast du persönlich ein super Resultat gemacht, das hat dich dann berührt, das konntest du fast nicht glauben, dass dir so viele Leute schon damals das Vertrauen geschenkt haben. Dann war für dich ganz speziell, als deine Motion "In-sourcing der Friedhofspflege" beraten wurde. Es sind nicht mehr viele mit dabei, das war damals noch im Sek-Schulhaus, während der Coronazeit – ihr wisst vielleicht noch, als wir das Plastiksäckchen über das Mikrofon legen mussten – es war allgemein eine etwas düstere Stimmung, es war nämlich auch im Herbst und sehr speziell – und dann sind ganz viele Gewerbler trotz dieser Restriktionen an diese Sitzung gekommen und das ist dir immer geblieben, das weiss ich. Das hat dir auch Kraft gegeben, um

dann politisch weiter zu fahren, wie du dort dein Votum für diese Leute, welche damals zuschauen gekommen sind, vertreten konntest.

Ein weiteres Highlight war natürlich das Präsidialjahr. Da ist mir unter anderem geblieben, dass du einmal mit dem Kehrlichtfahrzeug zusammen mit der Gemeindepräsidentin umhergefahren bist und auch sonst hast du dort sehr viele Sachen erlebt, das würde jetzt zu weit führen, hier alles aufzuzählen, aber du konntest dort auch sehr viel für die Zukunft lernen.

Etwas, was mir auch geblieben ist, das ist dein Respekt vor den Voten, welche du gehalten hast. Ganz zu Beginn musste man dir gut zureden, dass du dieses Votum halten sollst, du kannst das, du schaffst das – du hattest immer sehr Respekt vor Voten. Und dann erinnere ich mich an all diese Highlights an den Präsidiumsfeiern, an welchen du immer die Voten für all diese Präsidentinnen und Präsidenten, welche wir in den letzten Jahren hatten, gehalten hast. Diese waren immer so genial, wir konnten immer wieder lachen, weil du es so auf den Punkt gebracht hast. Und darum: Unglaublich eigentlich, wie du dich in den letzten zehn Jahren auch als Person entwickelt hast.

Und wir haben zusammen manchen Wahlkampf durchgemacht. Zehn Jahre lang haben wir immer gekämpft in der Politik und manche Niederlage eingefahren, immer wieder aufgestanden, weitergekämpft und ich danke dir nochmals vielmals für all diesen Einsatz, welchen du für die SVP Köniz in den letzten zehn Jahren geleistet hast. Du hast es mehr als nur verdient, dass du jetzt den nächsten Schritt machen darfst. Ich bin sehr froh, ist es hier kein Abschiedsvotum, sondern ein Votum, welches dir viel Erfolg, Zuversicht und gutes Gelingen in deinem Amt wünscht. Merci vielmals für die letzten zehn Jahre und hoffentlich nochmals auf weitere zehn Jahre.

Kathrin Gilgen, SVP: Das werden nicht meine letzten Worte hier sein. Merci vielmals Reto, für deine Worte. Merci vielmals an die Fraktion, auch für das Geschenk, welches ich jetzt gerade erhalten habe. Vielen Dank euch, es war eine gute Zeit und sie endet ja noch nicht, ich kann noch mehr hier reden und darum machen wir hier jetzt vorwärts. Merci.

Andreas Hauser, GLP: Lieber Präsident – lieber Casimir. "Unus pro omnibus" - ein ganzes Jahr haben wir in der EVP-GLP-Mitte-Fraktion darüber gerätselt, was du uns mit diesem Motto hast sagen wollen. Wobei, das mit dem "omnibus", war für uns eigentlich schnell klar, worum es dir geht: Doppelgelenkbusse, elektrisch betrieben.

Auch das mit dem "pro" war eigentlich nicht schwierig: Du bist ein Pro, durch und durch. Obwohl auch du die ganze Politik ja eigentlich in deiner Freizeit machst.

Aber das "Unus"? Das haben wir nicht so ganz begriffen. Vor allem dann, als du die Fraktion geleitet hast, da war es so: Jemand hat moderiert, jemand hat protokolliert, jemand hat wichtige Hintergrundinformationen eingebracht, jemand hat während der Sitzung nebenbei noch Rückmeldungen aus einer anderen Fraktionen eingeholt und jemand hat eine gute Lösung vorgeschlagen. War das wirklich immer nur Einer? Oder waren das Fünf?

Du hast im Parlament eine grosse Schaffenskraft an den Tag gelegt, wir durften zuvor alle schätzen. Ich habe keine Ahnung, bei wie vielen Vorstössen du Erstunterzeichner warst, geschweige denn mitgeprägt hast oder dafür gesorgt hast, dass etwas mehrheitsfähig wurde. Mir ist aber inhaltlich vieles von deiner Schaffenskraft geblieben. Du hast dem Parlament neue Trumpfkarten in die Hand gegeben. Ich denke zum Beispiel an die Planungserklärung oder an die Parlamentarische Initiative. Faire Spielregeln im Sinne von Checks and Balances waren dir immer ein grosses Anliegen. In diese Kategorie gehört auch die Unabhängigkeit der Finanzkontrolle oder auch die unverzerzte Proporzwahl – auch wenn dieses letzte Anliegen an der letzten Sitzung nicht durchgekommen ist.

Du hast dich aber auch für Themen eingesetzt, zum Beispiel im Zusammenhang mit der Spez-Sek, wo es dir um Chancengerechtigkeit ging. Du hast dich von 2016 bis 2020 in der Finanzkommission für nachhaltige Gemeindefinanzen eingesetzt – im zweiten Teil auch als Präsident dieser Kommission – und jetzt gibst du uns heute noch eine Vision für das Badi-Areal mit auf den Weg.

Und Schwupps, ist dein Präsidialjahr auch schon wieder vorbei. In diesem Präsidialjahr hast du über die Spielregeln gewacht und wir erinnern uns an einen Parlamentsausflug, an welchem du uns alle in pink ins Landorf geführt und uns gegenseitig Vorstösse für die jeweils anderen schreiben lassen hast. Casimir, du warst einer für alle – oder wie gesagt, gefühlt mehr als einer. Du wirst sehr fehlen. Ich bin persönlich sehr dankbar, bleibst du uns im Vorstand der Partei erhalten.

Als Geschenk haben wir dir einen Korb von Burrens Burehofmärit mitgebracht. Dort kaufst du fast jeden Samstag ein, seit diese auf pflanzliche Kost umgestellt haben. Und dazu ein Buch von Eni Yousuf. Eni Yousuf ist aus den Fängen der Taliban geflohen – "Nach oben und von dort über die Dächer" - er hat mit YouTube Deutsch gelernt und betreibt heute in Wabern ein Restaurant. Mit diesen kleinen Sachen, möchten wir dir ganz herzlich danken.

1. Vizepräsidentin Christine Müller, Grüne: Werter Parlamentspräsident, lieber Casimir, geschätzter Pink Panther. Wir alle vom Parlamentsbüro von links bis rechts, tragen heute zu deinen Ehren pink und das soll etwas heissen. Jetzt waren vielleicht noch nicht alle von euch im besagten Sommer/Herbst 2023 im Könizer Parlament und fragen sich vielleicht, was dies mit dieser Farbe pink soll. Ist Casimir vielleicht ein verkappter Feminist? Ich kläre euch gerne auf. Es war so: Im Wahlkampf um den Nationalrat wollte Casimir mit dem guten Image von uns Grünen punkten. Und vielleicht, Casimir, hättest du besser den akzentvollen farbigen Dress anbehalten, anstatt diesen gegen deinen eher farblosen Anzug einzutauschen. Ich möchte noch ein Beweismaterial anfügen, so hat dies damals während der Wahlkampagne ausgesehen und jetzt, Herr Pinkpräsident, äh, Parlamentspräsident: Ist dies überhaupt erlaubt, dass ich hier vorne irgendwelche Gegenstände mitnehmen darf? Heute ja. Das war übrigens an der Einführungsveranstaltung für die neuen Parlamentsmitglieder eine Frage und eigentlich eine ziemlich gute Frage. Und ich habe Casimir das erste Mal erlebt, als er nicht wie aus der Pistole geschossen, die Antwort gewusst hat. Es ist nämlich nicht ganz klar, ob wir dies in Köniz dürfen oder nicht. Ich habe gemeint, es sei nicht geregelt.

Also, zurück zur Farbe pink: Wir haben damals im Parlamentsbüro entschieden, dass es eine gute Idee wäre, solche Stimmkarten aufzuhalten und haben uns lange überlegt, was diese für eine Farbe haben sollten. Wenn wir grün oder rot nehmen, dann wird es kompliziert, dann brauchen wir zwei Farben, dann haben wir gesagt, wir gehen auf das Corporate Design der Gemeinde Köniz. Und das ist, wie ihr wisst, ein dunkles Pink. Und dann haben wir nicht gewusst, ob wir ein Casimir-Pink für die letzten zwei Sitzungen wählen sollten und irgendein schlaues Gspändli aus unserem Büro fand, das ist doch dasselbe, Köniz-Pink und Casimir-Pink, das ist genau dasselbe. Und ja, Casimir: Pink ist deine Farbe, es ist die Farbe von Köniz und du bist Köniz. Du hast dich mit Herzblut für unsere Gemeinde engagiert und wie kein anderes Parlamentsmitglied Akzente gesetzt und ich bezweifle auch, dass dies irgendjemand nach dir machen wird. Du wirst uns hoffentlich noch verkünden, wie viele Vorstösse, du in deinem Namen eingereicht hast.

Im Parlamentsbüro haben wir dich enorm geschätzt und wir werden deinen Scharf- und Spürsinn natürlich sehr vermissen. Du warst ein wandelndes Archiv und hast uns mit sicherer Hand durch den Reglements-Dschungel geführt, denn Sicherheit ist übrigens auch ein Attribut von deiner Anzugfarbe. Manchmal warst du uns etwas zu schnell, zwei bis drei Schritte vorausgerannt, hast uns aber immer wieder an die Hand genommen, warst geduldig und vor allem, was wir sehr geschätzt haben, du hast Fragen immer im offenen Dialog mit uns geklärt.

Dir ist es auch wichtig, dass unsere neuen Kollegen, die Spielregeln des Parlaments kennen. Ich bin jetzt nicht die erste, welche heute Abend eine Analogie zum Spiel zieht, bevor sie sich dann bei uns an den Tisch setzen. Du hast für sie ein Spielkartenset entworfen. Denn für dich hat das Parlament etwas mit Spielen zu tun. Man soll mit diesen Karten spielen können. Man muss wissen, wann man welches Instrument zücken kann und liebe Parlamentsgspändli, ich empfehle euch wirklich, die Präsentation, welche im Teamraum hinterlegt ist, anzuschauen.

Politik ist für dich eine Leidenschaft, ein Spiel, bei dem man gewinnen und verlieren kann, das gehört dazu und etwas war dir immer wichtig: Das ein und alles, das ist Fairplay. Und apropos das Wort "alles": Du warst nicht nur "unus pro omnibus", sondern eben auch *Einer* für *Alles*. Und dafür danken wir dir aus vollem Herzen im Namen des ganzen Parlamentsbüros.

Bei meiner Recherche zur Farbe Pink – und ich gebe es zu, Kl sei Dank – habe ich erfahren, dass in Japan, die Farbe Pink für Kirschblüten steht. Und diese ihrerseits stehen für den Neuanfang. Lieber Casimir, du stehst nicht nur am Ende deines Präsidialjahres, du stehst auch am Ende von 12 Jahren und drei vollen Legislaturen im Parlament Köniz. Wir wünschen dir viel Erfüllung und Erfolg, in was auch immer hinter deinem Neuanfang stehen mag. Eines ist sicher, du wirst dich mit Freude und Optimismus – auch dafür steht die Farbe Pink – und vollem Engagement weiter für deine Herzensthemen einsetzen. Wir wünschen dir alles Gute vom Parlamentsbüro. Bleib pink im Herzen und verbunden mit unserer Gemeinde.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Geschätzte Parlamentsmitglieder, werte Mitglieder, werte Mitglieder des Gemeinderats, werte Mitarbeitende der Fachstelle Parlament und von der Verwaltung, liebe Eltern, lieber Sascha, lieber Rufi. Jetzt ist es soweit, wir kommen zum einzigen Votum im Jahr, bei welchem niemand die Redezeit kontrolliert.

Drei Legislaturen, 12 Parlamentsjahre, 146 Parlamentssitzungen - ich habe es nachgezählt, Hansueli. Ist das lange? Ist das viel? Von der 105jährigen Geschichte des Könizer Parlaments ist dies nur ein Bruchteil. Um ein Gefühl dafür zu vermitteln, wie lange 12 Parlamentsjahre sind, will ich einen Rückblick machen. Wenn ihr aber jetzt einen spätabendlichen Vortrag ohne Redezeitbegrenzung befürchtet, kann

ich euch beruhigen. Ich will kein Votum machen, welches gefühlt 12 Jahre geht, sondern ich will einen Blick zurück ins Jahr 2014 machen. Denn in unserer schnelllebigen Zeit, blendet man leicht aus, wie es früher war:

- Vor 12 Jahren waren die Gebäude auf dem Schlossareal noch nicht mit ihrem Namen angeschrieben.
- Vor 12 Jahren gab es noch getrennte Redaktionen von "Bund" und "BZ" und normalerweise war aus beiden Redaktionen jemand bei uns im Parlament anwesend.
- Vor 12 Jahren sass die SVP ganz vorne rechts und die GLP hinten links.
- Vor 12 Jahren lag der Steuersatz noch bei 1.49.
- Vor 12 Jahren gehörte das Gemeindehaus noch der Pensionskasse.
- Vor 12 Jahren hat man GLP noch klein geschrieben.
- Vor 12 Jahren war "die Mitte" noch eine Parteienfamilie, darunter die Parteien BDP und CVP.
- Vor 12 Jahren hatte Oberbalm noch eine eigenständige Wasserversorgung.
- Vor 12 Jahren war Thömus Bikepark noch nicht bewilligt.
- Und vor 12 Jahren hatte das Parkhaus vom Bauhaus in Niederwangen noch keine Barriere.
- Personell hat sich in dieser Zeit beinahe alles verändert: Vor 12 Jahren waren von den aktuellen Parlamentsmitgliedern nur Heidi und ich mit dabei.
- Vor 12 Jahren war noch keines der aktuellen Gemeinderatsmitglieder im Amt, aber drei von ihnen im Parlament.
- Vor 12 Jahren waren Chantal und Stefan noch nicht in der Fachstelle Parlament und vor 12 Jahren wurde das Parlamentsprotokoll noch nicht von Ursula Wüst verfasst.
- Vor 12 Jahren war noch nicht einmal Pascal der Gemeindeschreiber.
- Vor 12 Jahren hatten 12 von 13 Abteilungen der Gemeindeverwaltung eine andere Leitung. Natürlich gibt es für alles eine Ausnahme, Rufi hat bereits vor 12 Jahren für die Technik und unser leibliches Wohl gesorgt.
- In der Schweiz gehört die Demokratie ja zur Grundausstattung. Niemand hat dies hier in unserem Land anders erlebt. Darum könnte man der Fehlannahme unterliegen, dass unser demokratisches System schon immer so war, wie heute. Der Blick 12 Jahre zurück zeigt aber, dass dem nicht so ist. Auch auf der institutionellen Ebene gab es Veränderungen. Vor 12 Jahren, wie Andreas bereits gesagt hat, gab es noch keine parlamentarische Initiative, keine Planungserklärung und noch kein letztes Wort.
- Vor 12 Jahren war die Gemeindeschreiberin die Stellvertreterin der Leiterin der Fachstelle Parlament.
- Vor 12 Jahren, war die Finanzkommission noch keine drei Jahre alt.
- Vor 12 Jahren hat das Parlament noch keine eigenen Medienmitteilungen verschickt.
- Und vor 12 Jahren war Sascha noch nicht bei der Könizer Zeitung.

Dieser Blick zurück zeigt, unser demokratisches System ist in Bewegung – mit kleinen Schritten zwar, aber es steht nicht still und das ist auch richtig so, denn wie heisst es doch: Wer nicht mit der Zeit geht, der geht mit der Zeit. Das Könizer Parlament zeigt immer wieder, dass es das demokratische System weiterentwickelt.

So viel zum Rückblick, jetzt zurück in die Gegenwart: In den letzten Monaten haben mir gegenüber Leute ihre Überraschung ausgedrückt, dass ich aus dem Parlament zurücktrete. Einige haben mich auch mit einem mitleidigen Blick angeschaut und gesagt, ohne es auszusprechen, es ist vermutlich nicht so schön, wenn man abgewählt wird. Ich habe dies als Geste der Wertschätzung genommen und habe die Leute über das Wesen der Amtszeitbeschränkung aufgeklärt. "Aha", hat es unisono geheissen. Es könnte natürlich auch sein, dass es andere Stimmen gibt: "Endlich", könnte sich der eine oder andere gedacht haben. Wer 12 Jahre lang aktiv politisiert, macht sich nicht nur Freunde und Verbündete. Das gehört zur Politik, aber das macht nichts, denn man lernt sehr viele Leute kennen, auch solche, welche man im Alltag, in der eigenen Bubble nicht kennen lernen würde. Das habe ich als sehr bereichernd empfunden. Und Freundschaften habe ich auch geschlossen. Mehr als das.

Einige sagen in ihrer Abschiedsrede, ich gehe mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Ich sage, ich gehe jetzt, wenn es am Besten ist. Denn ich habe in diesem Parlament viel erlebt, ich habe zahlreiche Funktionen ausgefüllt und ich habe hie und da einen An- oder Vorstoss gegeben. Und im Präsidialjahr, da sind nochmals einige neue Aufgaben und Erfahrungen dazu gekommen.

Eines meiner grossen Anliegen, wie auch bereits gesagt wurde, war, dass Köniz ein starkes Parlament hat. Eines, das seine Rolle im demokratischen System wahrnimmt. Eines, das über die nötigen Instrumente verfügt und diese auch einsetzt. Vor kurzem stand in einer Wochenzeitung, es sei eine demokratische Tugend, genau hinzuschauen. Das finde ich auch, aber das reicht nicht. Denn vom Hinschauen alleine, ändert sich wenig. Nur wer bei Bedarf auch handelt, nimmt die Aufgabe vollständig

wahr. Neben vielen Informationen, welche wir den neuen Parlamentsmitgliedern an der Einführungsveranstaltung letzte Woche mitgegeben haben, habe ich ihnen diesen Ratschlag gegeben: Seid scharfsinnig und mutig. Hinschauen und handeln. Ich bin gespannt, was sie daraus machen und wie sich das Parlament weiter entwickelt. Vielleicht wird eines der neugewählten Parlamentsmitglieder in 12 Jahren zurückschauen und wieder einige Neuerungen im Parlament benennen können.

Insofern trete ich zufrieden zurück und es ist für mich in Ordnung, wenn jetzt die Amtszeitbeschränkung greift. Und ich bin ja nicht weg von der politischen Welt. Einerseits sind die Wege in Köniz kurz und andererseits bin ich hier parlamentarisch auf den Geschmack gekommen und kann im Grossen Rat weiter wirken.

Apropos Geschmack: Ich verschiebe den Fokus meines Votums langsam vom Parlamentarismus in Richtung Kulinarik, denn wir nähern uns auch dem Apéro.

Ich konnte mein Präsidialjahr unter anderem mit einem veganen Geschenkkorb der SVP beginnen. Dieser Korb war nach guter SVP-Manier mit regionalen Produkten gefüllt, hat aber bemerkenswerterweise auch zwei Flaschen von österreichischem Wein der Marke Haider enthalten. Diese Geste trage ich gerne weiter – also den Geschenkkorb. Liebe Chantal, lieber Stefan, liebe heute abwesende Ursula: Herzlichen Dank für eure grossartige Arbeit. Ihr habt mir in diesem Präsidialjahr den Rücken freigehalten und seid für jede Idee zu haben gewesen, welche das Parlament weiterbringt. Ich überreiche auch euch einen veganen Geschenkkorb aus Liebewil, es ist ironischerweise praktisch derselbe, welchen ich jetzt auch erhalten habe, aber wir wussten nicht voneinander. Marke Burren, dieser Namen gehört ja auch irgendwie zu diesem Parlament.

Ich danke ausserdem dem Parlamentsbüro in verschiedenen Konstellationen für den Teamgeist, für die kontroversen Gespräche und die Diskussionen über vegane "Nidle" – das ist ein Insider. Ich danke zwei Generationen von Gemeinderatsleuten für das eine oder andere Armdrücken. Ich danke der EVP-GLP-Mitte-Fraktion für die gute Diskussionskultur, welche ohne Fraktionszwang häufig zu einem einheitlichen Abstimmungsverhalten führt, für die warme Gesellschaft und Fraktionsausflüge und für das gegenseitige Wohlwollen. Ihr seid die beste Fraktion, welche man sich wünschen kann.

Ich komme zum Schluss: Der Leitspruch für mein Präsidialjahr war "Unus pro omnibus" – also: Einer für alle. Ich habe diesen Leitspruch einige Male variiert. An der Parlamentspräsidentenfeier gab es zwei Preise zu gewinnen. Diese waren beschriftet mit "omnes pro uno" bzw. "omnes pro una" – Alle für einen oder für eine. Im Verlaufe des Jahres habt ihr alle je einen Pin erhalten. Auf dem Zettel stand, für alle einen oder "pro omnibus unum".

Heute Abend heisst es vielleicht, "omnes pro omnibus", also Alle für alle: Die zwei Schachteln Pralinen aus dem Emmental, welche ich hier mitgebracht habe, können wir uns dann jetzt alle teilen, aber nur, wenn bei der Abstimmung von zuvor, mindestens jemand die richtige Zahl genannt hat.

Ich komme zur Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: Bevor ich das Abstimmungsprotokoll vorlese, bitte ich die Vizepräsidentin aufzulösen.

1. Vizepräsidentin Christine Müller, Grüne: Casimir von Arx hat zwischen 2014 und 2025 eingereicht: 2 Anfragen, 17 Interpellationen, 2 Postulate, 22 Motionen, 2 Parlamentarische Initiativen. Das gibt ein Total von 45. Es hat noch einen kleinen Hinweis darauf, er hat auch noch zwei Planungsbeschlüsse eingereicht, diese haben aber gemäss Art. 47c, Abs. 1 GRP keine Erstunterzeichner.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Danke Christine, wir kommen zum Abstimmungsprotokoll: Ausgeteilte Stimmzettel 39, eingelangte Stimmzettel 38, gültig 38. Richtige Antworten: 2. Ich muss auch sagen, wenn es keine runde Zahl gewesen wäre, hätte ich vielleicht auf die andere Variante meines Skripts wechseln müssen. Aber ich habe es bereits bei meiner Antrittsrede gesagt, ihr seid das beste Gemeindeparlament der Schweiz.

Jetzt heisst es "omnes pro omnibus" – ich wünsche "en Guete". Damit schliesse ich die Sitzung. Meine letzte Könizer Parlamentssitzung – zumindest für die nächsten vier Jahre. Der Apéro ist eröffnet.

Im Namen des Parlaments

Casimir von Arx
Parlamentspräsident

Chantal Fuchs
Leiterin Fachstelle Parlament